

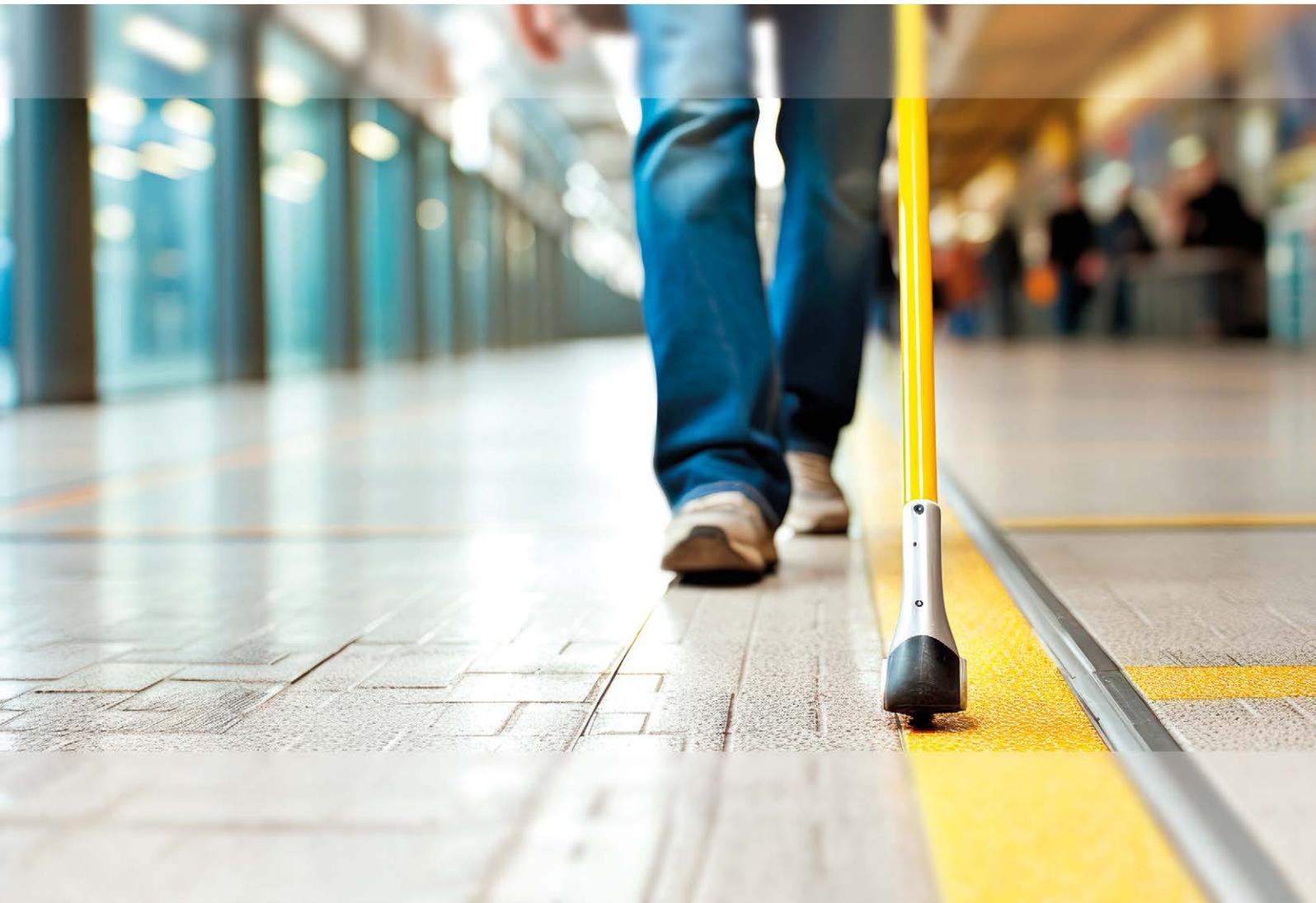


Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

09 | 2024

STATISTISCHE MONATSFESTE



Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Schwerbehinderte Menschen

Europawahl 2024: Wahlbeteiligung



Fotonachweis

Titelfoto: © Garnar – stock.adobe.com

Rund fünf Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter haben eine Schwerbehinderung. Mit fortschreitendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit einer Erkrankung, die zu einer Schwerbehinderung führt, deutlich: Unter den 55- bis unter 65-Jährigen ist jede bzw. jeder Zehnte betroffen. Angeborene oder infolge eines Unfalls entstandene Beeinträchtigungen machen nur einen kleinen Teil aller Schwerbehinderungen aus.

Beilage: Werbekarte des Arbeitskreises „Nachhaltige Entwicklung“

09 | 2024

STATISTISCHE MONATSFESTE

77. Jahrgang

kurz + aktuell	523
Industrie ■ Baugewerbe ■ Außenhandel ■ Tourismus ■ Bildung ■ Gesundheitswesen ■ Verkehr	
Verbraucherpreise	538
Rheinland-Pfalz in Karten: Neugeborene 2023	539
Zur Situation schwerbehinderter Menschen im erwerbsfähigen Alter – Beeinträchtigung, Qualifikation, Erwerbstätigkeit und Lebensunterhalt	540
Wahlbeteiligung bei Europawahl nimmt zu – AfD und BSW gewinnen dort, wo nur wenige Menschen abstimmen	552
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	569
Unsere Produkte und Informationsangebote	584

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
Ø	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/publikationen/monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2024

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Anstieg der Industrieproduktion im Juni

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion nahm im Juni zu. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der Produktionsindex preis-, kalender- und saisonbereinigt 4,8 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

Das Wachstum ist auf Produktionssteigerungen der Investitionsgüter- und der Vorleistungsgüterindustrie zurückzuführen, deren Output im Juni um elf bzw. 5,3 Prozent stieg. Die Ausbringung der Konsumgüterproduzenten war hingegen um vier Prozent geringer als im Mai.

Die drei umsatzstärksten Industriebranchen entwickelten sich positiv. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die zur Investitionsgüterindustrie gehören und unter den umsatzstärksten Branchen an zweiter Stelle stehen, steigerten ihre Produktion im Juni um 15 Prozent. Der Maschinenbau, der ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt und die drittgrößte rheinland-pfälzische Industriebranche ist, verzeichnete einen Zuwachs von elf Prozent. In der Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie gehört und die umsatzstärkste Industriebranche ist, nahm die Ausbringung im Juni um 7,9 Prozent zu.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die Industrieproduktion im Juni

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Jun 2024		Jan bis Jun 2024	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	Mai 2024	Jun 2023	Jan bis Jun 2023	
Entwicklung der Produktion				
Industrie	4,8 % ↑	-1,2 % ↓	-6,4 % ↓	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	5,3 % ↑	11,2 % ↑	-0,4 % ↓	
Investitionsgüterproduzenten	11,2 % ↑	-16,7 % ↓	-16,9 % ↓	
Konsumgüterproduzenten	-4,0 % ↓	-3,4 % ↓	-4,7 % ↓	
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	7,9 % ↑	24,7 % ↑	3,9 % ↑	
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	14,7 % ↑	-33,6 % ↓	-29,5 % ↓	
Maschinenbau	11,0 % ↑	-6,4 % ↓	-8,5 % ↓	
Entwicklung der Auftragseingänge				
Industrie	-3,2 % ↓	-4,8 % ↓	-0,8 % ↓	
Inland	6,2 % ↑	-2,6 % ↓	-7,0 % ↓	
Ausland	-8,6 % ↓	-6,1 % ↓	3,4 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	3,2 % ↑	4,6 % ↑	3,8 % ↑	
Investitionsgüterproduzenten	-6,5 % ↓	-10,4 % ↓	-4,4 % ↓	
Konsumgüterproduzenten	-14,9 % ↓	-18,2 % ↓	-5,2 % ↓	
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	3,4 % ↑	8,4 % ↑	5,5 % ↑	
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-5,6 % ↓	-9,0 % ↓	-6,4 % ↓	
Maschinenbau	-4,9 % ↓	-4,4 % ↓	-3,1 % ↓	

¹ Vergleich mit dem Vormonat: vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. Vergleich mit dem Vorjahresmonat und dem Vorjahreszeitraum: vorläufige preis- und kalenderbereinigte Werte.

2024 preis- und kalenderbereinigt um 1,2 Prozent geringer aus. Der Grund dafür sind Einbußen in der Produktion von Investitions- und Konsumgütern.

Der Ausstoß der Vorleistungsgüterhersteller nahm dagegen zu. Die Entwicklung in den drei umsatzstärksten Industriebranchen war ebenfalls

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:





gegenläufig. Der Rückgang des Outputs in der Investitionsgüterindustrie ist insbesondere auf die schwache Entwicklung der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie zurückzuführen. Aber auch im Maschinenbau war die Ausbringung geringer als im Juni 2023. Die Chemieindustrie konnte dagegen ihre Produktion im Vergleich zum Vorjahresmonat steigern.

Auftragseingänge in der Industrie sinken im Juni

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten nahm im Juni 2024 ab. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 3,2 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Der Grund dafür ist ein Rückgang der Bestellungen aus dem Ausland (-8,6 Prozent); die Inlandsnachfrage erhöhte sich um 6,2 Prozent.

In zwei der drei Güterhauptgruppen schrumpfte im Juni das Ordervolumen. Die Hersteller von Konsumgütern mussten die stärksten Einbußen verkraften (-15 Prozent). In der Investitionsgüterindustrie gingen 6,5 Prozent weniger Aufträge ein als im Vormonat. Die Produzenten von Vorleistungsgütern verzeichneten hingegen 3,2 Prozent mehr Bestellungen als im Mai.

Die geringere Nachfrage nach Investitionsgütern ist unter anderem auf das gesunkene Ordervolumen in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie sowie im Maschinenbau zurückzuführen. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erhielten im

Juni 5,6 Prozent weniger neue Aufträge als im Monat zuvor. Im Maschinenbau nahmen die Bestellungen um 4,9 Prozent ab. Zum Zuwachs in der Vorleistungsgüterindustrie trug insbesondere die Chemieindustrie bei, deren Auftragseingänge um 3,4 Prozent stiegen.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat war das Ordervolumen rückläufig. Die preis- und kalenderbereinigten Auftragseingänge lagen 4,8 Prozent unter dem Niveau von Juni 2023. Das Auslandsgeschäft schrumpfte um 6,1 Prozent und das Inlands-geschäft um 2,6 Prozent. Zwei der drei Güterhauptgruppen verzeichneten Einbußen; nur die Produzenten von Vorleistungsgütern verbuchten einen Zuwachs. Auch in zwei der drei größten Branchen gingen weniger Bestellungen ein als im Vorjahresmonat.

Industriebetriebe erzielen im ersten Halbjahr weniger Umsätze

Von Januar bis Juni 2024 lagen die nominalen Industrieumsätze in Rheinland-Pfalz unter dem Vorjahresniveau. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gingen die nominalen Umsätze um 7,6 Prozent zurück (Deutschland: -4,8 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten stieg um ein Prozent; deutschlandweit blieb sie nahezu unverändert.

Der Gesamtumsatz der Industrie betrug im ersten Halbjahr 2024 rund 50 Milliarden Euro. Davon erwirtschafteten die Industriebetriebe 28,1 Milliarden Euro im Ausland und 22 Milliarden Euro im Inland (-7,5 bzw. -7,6 Prozent). Die Exportquote stieg um 0,1 Pro-

zentpunkte auf 56,2 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland nahmen die Umsätze aus dem Ausland um 3,8 Prozent und die aus dem Inland um 5,9 Prozent ab. Die Exportquote betrug 52,4 Prozent (+0,6 Prozentpunkte).

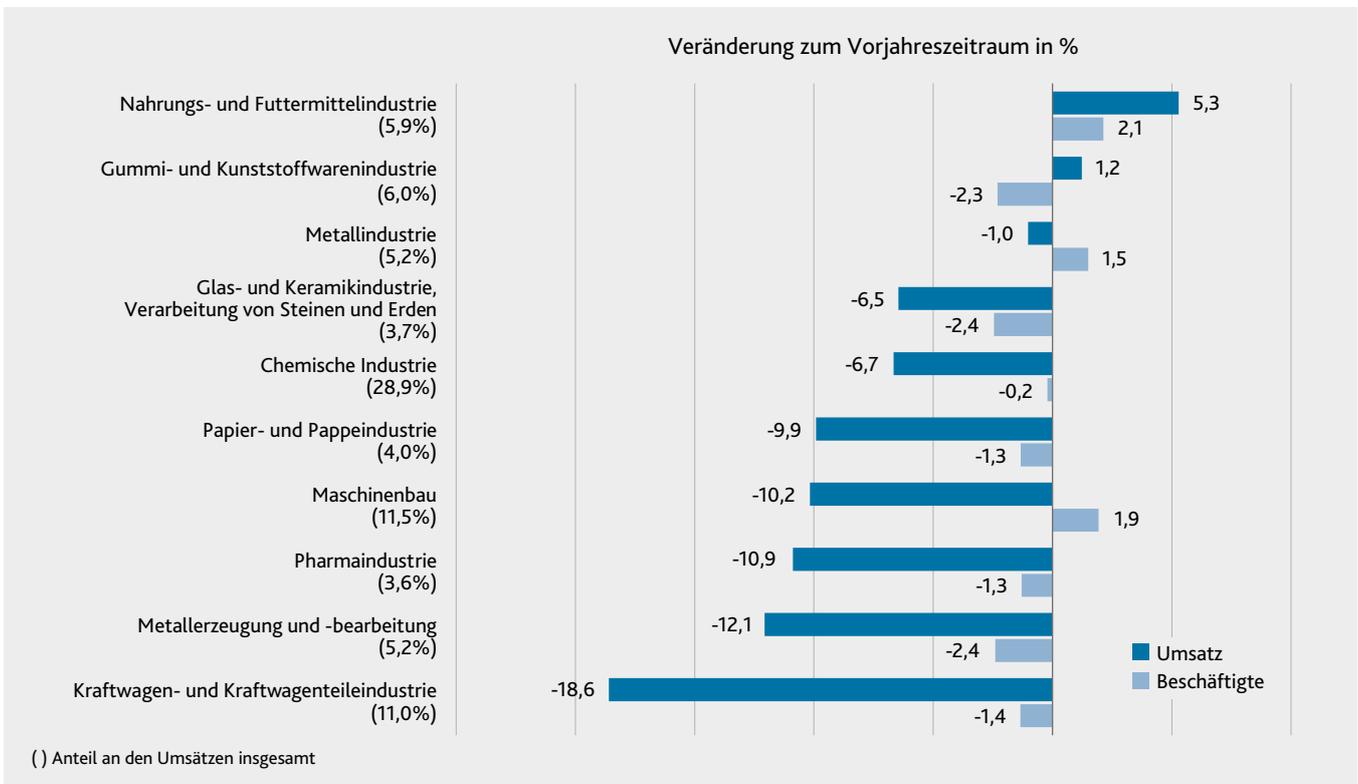
Acht der zehn umsatzstärksten Branchen erzielten in den ersten sechs Monaten weniger Umsätze als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. In der Chemischen Industrie gingen die Umsätze um 6,7 Prozent zurück. Die Maschinenbauer erwirtschafteten zehn Prozent weniger Erlöse. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen verbuchten die höchsten Umsatzrückgänge (-19 Prozent). Zweistellige Einbußen gab es auch bei den Metallerzeugern und Metallbearbeitern sowie in der Pharmaindustrie (-12 bzw. -11 Prozent). Dagegen stiegen die Umsätze der Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln sowie in der Gummi- und Kunststoffwarenindustrie um 5,3 Prozent bzw. 1,2 Prozent.

Im Durchschnitt beschäftigten die Industriebetriebe von Januar bis Juni rund 263 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum waren das aufgrund der erweiterten Abgrenzung Beschäftigter in der Druckindustrie rund 2 600 mehr (+1 Prozent). Ohne diesen Effekt wäre die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesunken (-0,6 Prozent).

In sieben der zehn umsatzstärksten Branchen nahm die Zahl der Beschäftigten ab. Die größten Rückgänge gab es bei den Herstellern von Glaswaren



Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis Juni 2024 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



sowie bei den Metallerzeugern und Metallbearbeitern (beide –2,4 Prozent). In der Gummi- und Kunststoffwarenindustrie lagen die Abnahmen bei 2,3 Prozent und in der Chemischen Industrie bei 0,2 Prozent. Dagegen verzeichneten die Nahrungs- und Futtermittelindustrie sowie der Maschinenbau Beschäftigungszuwächse (+2,1 bzw. +1,9 Prozent). Auch die Hersteller von Metallerzeugnissen zählten mehr Personal (+1,5 Prozent).

Im Juni 2024 gingen die Umsätze der Industriebetriebe im Vergleich zum Vorjahresmonat um zehn Prozent auf 8,3 Milliarden Euro zurück. Die Erlöse aus dem Ausland lagen bei 4,5 Milliarden Euro, die aus dem Inland bei 3,7 Milliarden Euro (–10 bzw. –11 Pro-

zent). Zum Vergleich: Deutschlandweit nahmen die Umsätze um 8,8 Prozent ab. Der Inlands- und der Auslandsumsatz gingen ebenfalls um jeweils 8,8 Prozent zurück.

Die Zahl der Beschäftigten stieg gegenüber Juni 2023 um 0,6 Prozent (Deutschland: –0,4 Prozent). Ohne die Definitionsausweitung in der Druckindustrie läge die Zahl der Beschäftigten um ein Prozent niedriger.

Anstieg der Auftragseingänge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im Juni

Bei den Betrieben des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes gingen im Juni 2024 deutlich mehr Aufträge ein als im Vormonat. Das Ordervo-

lumen erhöhte sich kalender- und saisonbereinigt um 59 Prozent. Die baugewerblichen Umsätze lagen 3,2 Prozent über dem Niveau des Monats Mai.

Gegenüber dem Vorjahresmonat nahmen die Auftragseingänge in jeweiligen Preisen kalenderbereinigt um 19 Prozent zu. Die baugewerblichen Umsätze waren 0,5 Prozent höher als im Juni 2023.

Der Anstieg der Auftragseingänge gegenüber dem Vormonat resultiert aus positiven Entwicklungen im Tiefbau und im Hochbau. Der Tiefbau erhielt im Juni 78 Prozent mehr Bestellungen als im Mai: Im Straßenbau erhöhte sich das Ordervolumen aufgrund eines Großauftrages außer-

**Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz**

Indikator	Jun 2024		Jan bis Jun 2024	
	Veränderung des Wertes ¹ zu			
	Mai 2024	Jun 2023	Jan bis Jun 2023	
Auftragseingang	58,8 % ↑	18,8 % ↑	-5,1 % ↓	
Hochbau insgesamt	26,1 % ↑	-24,5 % ↓	-17,1 % ↓	
Wohnungsbau	-19,6 % ↓	-18,0 % ↓	-19,5 % ↓	
Gewerblicher Hochbau	/	-11,8 % ↓	-34,9 % ↓	
Öffentlicher Hochbau	29,1 % ↑	-50,4 % ↓	43,2 % ↑	
Tiefbau insgesamt	78,1 % ↑	55,2 % ↑	5,5 % ↑	
Gewerblicher Tiefbau	1,5 % ↗	11,1 % ↑	-12,0 % ↓	
Straßenbau	174,0 % ↑	88,9 % ↑	30,5 % ↑	
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	41,2 % ↑	21,3 % ↑	-11,4 % ↓	
Baugewerblicher Umsatz	3,2 % ↑	0,5 % ↗	-0,6 % ↓	
Hochbau insgesamt	0,9 % ↗	-5,5 % ↓	-9,2 % ↓	
Wohnungsbau	-1,4 % ↓	-11,5 % ↓	-22,3 % ↓	
Gewerblicher Hochbau	-1,2 % ↓	-6,1 % ↓	-5,3 % ↓	
Öffentlicher Hochbau	10,9 % ↑	9,2 % ↑	14,3 % ↑	
Tiefbau insgesamt	5,0 % ↑	5,5 % ↑	8,2 % ↑	
Gewerblicher Tiefbau	-18,2 % ↓	-12,2 % ↓	10,0 % ↑	
Straßenbau	16,9 % ↑	14,3 % ↑	4,7 % ↑	
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	15,3 % ↑	12,6 % ↑	11,9 % ↑	

/ Keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug

¹ Vergleich mit dem Vormonat: endgültige kalender- und saisonbereinigte Werte. Vergleich mit dem Vorjahresmonat und dem Vorjahreszeitraum: endgültige kalenderbereinigte Werte.

gewöhnlich stark (+174 Prozent). Im sonstigen öffentlichen Tiefbau stieg die Nachfrage mit einem Plus von 41 Prozent ebenfalls kräftig. Der gewerbliche Tiefbau verzeichnete hingegen nur einen leichten Zuwachs (+1,5 Prozent). Im Hochbau lagen die Auftragseingänge um 26 Prozent über dem Niveau des Vormonats: Im öffentlichen Hochbau, der Aufträge von Körperschaften des öffentlichen Rechts und Organisationen ohne Erwerbszweck umfasst, stieg das Ordervolumen um 29 Prozent. Auch im gewerblichen Hochbau gingen mehr Bestellungen ein als im Mai. Der Wohnungsbau musste einen Rück-

gang der Nachfrage um 20 Prozent hinnehmen.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat verzeichnete der Tiefbau einen deutlichen Anstieg der kalenderbereinigten Auftragseingänge (+55 Prozent). Im Hochbau fiel die Nachfrage 25 Prozent niedriger aus als im Juni 2023.

Die baugewerblichen Umsätze lagen sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau im Juni 2024 über dem Niveau des Vormonats. Die Erlöse im Tiefbau stiegen kalender- und saisonbereinigt um fünf Prozent. Umsatzsteigerungen erzielten hier der Straßenbau (+17 Pro-

zent) und der sonstige öffentliche Tiefbau (+15 Prozent). Im gewerblichen Tiefbau sanken die Erlöse gegenüber dem Vormonat um 18 Prozent. Im Hochbau nahmen die Umsätze um 0,9 Prozent zu. Das Plus ist auf das Umsatzwachstum im öffentlichen Hochbau zurückzuführen (+11 Prozent). Die Erlöse im Wohnungsbau und im gewerblichen Hochbau waren rückläufig (-1,4 bzw. -1,2 Prozent).

Gegenüber dem Vorjahresmonat verbuchte der Tiefbau ein Umsatzplus von 5,5 Prozent. Im Hochbau waren die kalenderbereinigten Erlöse hingegen 5,5 Prozent geringer als im Juni 2023.

Baugenehmigungen im Wohnbau im ersten Halbjahr weiterhin rückläufig

Im ersten Halbjahr 2024 wurden in Rheinland-Pfalz deutlich weniger Genehmigungen zur Errichtung von neuen Wohngebäuden erteilt als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl sank um rund 22 Prozent auf rund 1500. Die Anzahl der Wohnungen, die in diesen Gebäuden entstehen sollen, reduzierte sich auf gut 4 000 (-32 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2023).

Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohngebäude ist das dritte Jahr in Folge rückläufig. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wurden 1 100 Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser erteilt (-22 Prozent). Ähnlich ist die Entwicklung bei den Zweifamilienhäusern. Hier gehen die Genehmigungen im Vergleich zum



Genehmigte Wohngebäude (Neubau) im 1. Halbjahr 2014–2024 nach Anzahl der Wohnungen im Gebäude



Vorjahreszeitraum um 21 Prozent auf 191 zurück. Auch die Zahl der Genehmigungen von Mehrfamilienhäusern sank um 20 Prozent auf 273, die der darin geplanten Wohnungen sogar um 37 Prozent.

Der insgesamt deutliche Rückgang bei der Zahl der Baugenehmigungen dürfte auch auf die merklich gestiegenen Finanzierungskosten zurückzuführen sein. Die Baukosten insgesamt fielen auf rund 1,04 Milliarden Euro; dies sind 29 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die im Durchschnitt veranschlagten Baukosten pro Quadratmeter genehmigter Wohnfläche stiegen gegenüber dem ersten Halbjahr 2024 leicht um 1,2 Prozent.

Die Zahl der genehmigten Wohnungen sank sowohl in den Landkreisen als auch in den kreisfreien Städten: In den Landkreisen ging der Wert um

gut 15 Prozent auf 3 300 Wohnungen zurück. Die Anzahl der genehmigten Wohnungen in den kreisfreien Städten verringerte sich um 63 Prozent auf 768.

Landesweit kamen auf 10 000 im Land lebende Menschen rechnerisch 9,7 Baugenehmigungen für Wohnungen in Wohngebäuden, wobei ein deutlicher Niveauunterschied zwischen den kreisfreien Städten (sieben Wohnungen) und den Landkreisen (elf Wohnungen) besteht. Unter den kreisfreien Städten wies Trier mit fast 17 Wohnungen den mit Abstand höchsten Wert auf, gefolgt von Neustadt an der Weinstraße mit 13 Wohnungen. Die niedrigsten Werte gab es in Speyer und Koblenz mit jeweils knapp drei Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Unter den Landkreisen lag der Donnersbergkreis mit fast 22 Wohnungen an der Spitze, gefolgt von Ahrweiler mit

gut 19. Die niedrigsten Werte unter den Landkreisen verzeichneten Altkirchen und die Südliche Weinstraße mit jeweils rund fünf Wohnungen je 10 000 Personen.

Weniger Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude im ersten Halbjahr

Die Zahl der Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude ist im ersten Halbjahr 2024 zurückgegangen. Die Bauaufsichtsbehörden bewilligten den Bau von 674 neuen Nichtwohngebäuden, das waren 5,5 Prozent weniger als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres.

Die veranschlagten Baukosten je Bauvorhaben stiegen um 38 Prozent auf rund 1,2 Millionen Euro. Die Summe der Baukosten aller Bauvorhaben erhöhte sich auf rund 820 Millionen Euro (+31 Prozent). Der umbaute Raum lag um 17 Prozent und die Nutzfläche



um 14 Prozent höher als im ersten Halbjahr 2023.

Gut zwei Drittel der genehmigten neuen Gebäude waren sogenannte nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude. Hierunter fallen zum größten Teil Handels- und Lagergebäude, aber auch Fabrik- und Werkstattgebäude sowie Hotels und Gaststätten. Die Zahl der Genehmigungen für nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude sank gegenüber dem Vorjahreszeitraum um rund zwei Prozent auf 475.

Rund 53 Prozent der Bauherren waren Unternehmen. Die Zahl der Baugenehmigungen für diese Bauherren sank um drei Prozent auf 354. Die zweitstärkste Gruppe bildeten mit rund 34 Prozent die privaten Haushalte; hier war ein Rückgang um 13,5 Prozent auf 231 Genehmigungen festzustellen.

Fast 36 000 Tonnen Südfrüchte mehr importiert als noch vor zehn Jahren

Südfrüchte sind vor allen Dingen in den Sommermonaten beliebt und bringen Urlaubsgefühle nach Hause.

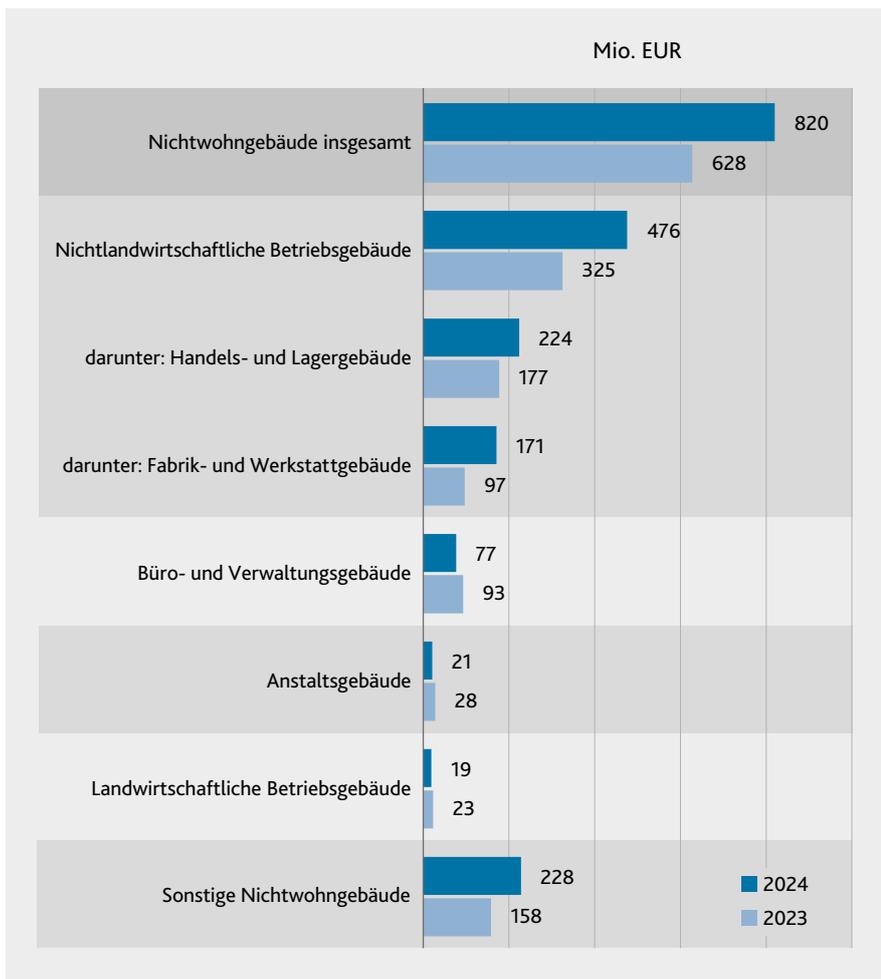
Die Nachfrage hierzulande ist in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen: Im Jahr 2023 wurden fast 40 700 Tonnen Kokosnüsse, Ananas, Guaven, Mangos, Wassermelonen, Melonen und Papayas nach Rheinland-Pfalz importiert – ein Anstieg von 35 800 Tonnen gegenüber 2013 (+741 Prozent).

Ungeschlagener Spitzenreiter ist weiterhin die Wassermelone. Der Import des erfrischenden Sommerobstes machte 2023 gut 74 Prozent der gesamten Einfuhr ausgewählter tropischer Früchte aus. Im Zehnjahresvergleich zeigt sich die wachsende Beliebtheit der Wassermelone: Während die Einfuhr 2013 bei 2 100 Tonnen lag, wuchs diese bis 2023 mit 30 200 Tonnen fast auf das 15-Fache – abermals ein neuer Rekordwert. Damit kamen auf jede Rheinland-Pfälerin bzw. jeden Rheinland-Pfälzer rechnerisch sieben Kilogramm Wassermelone. Der Wert der importierten Wassermelonen betrug 2023 rund 16,1 Millionen Euro.

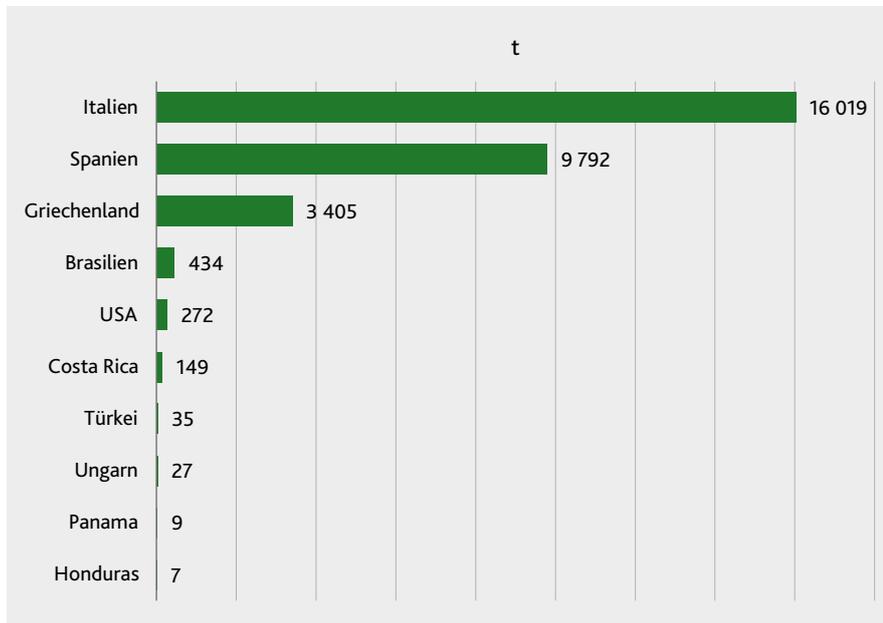
Die meisten Wassermelonen wurden im Juni und Juli importiert; in den warmen Monaten von Juni bis September 2023 kamen in Summe rund 21 600 Tonnen bzw. 72 Prozent der Jahresmenge ins Land.

Gut 16 000 Tonnen bzw. 53 Prozent der nach Rheinland-Pfalz importierten Wassermelonen stammten 2023 aus Italien. Aus Spanien wurden knapp 9 800 Tonnen bzw. 33 Prozent und aus Griechenland etwa 3 400 Tonnen bzw. elf Prozent eingeführt.

Voraussichtliche Baukosten genehmigter Nichtwohngebäude (Neubau) im 1. Halbjahr 2023 und 2024 nach Gebäudearten



Import von Wassermelonen 2023 nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern



Warenwerte der Aus- und Einfuhren im ersten Halbjahr unter Vorjahresniveau

Im ersten Halbjahr 2024 verzeichnete der Außenhandel in Rheinland-Pfalz einen Rückgang sowohl der Warenwerte der Exporte als auch der Importe im Vergleich zu Januar bis Juni 2023. Nach vorläufigen Angaben reduzierten sich die Ausfuhrwerte um 6,1 Prozent auf knapp 30 Milliarden Euro (Deutschland: -1,6 Prozent). Die Importe sanken um 4,8 Prozent und betragen rund 23 Milliarden Euro (Deutschland: -6,2 Prozent).

Die Menge der ausgeführten Waren nahm gegenüber dem ersten Halbjahr 2023 um 3,1 Prozent ab. Dagegen stieg die Importmenge um 5,2 Prozent.

Die Warenwerte der Ausfuhren in die EU-Länder gingen gegenüber dem ersten Halbjahr 2023 um fünf Pro-

zent zurück. Die Exporte in die Länder der Eurozone nahmen um 4,7 Prozent ab. Überdurchschnittlich fielen dabei die Rückgänge der Ausfuhren in die Niederlande (-8,9 Prozent), nach Italien (-8,4 Prozent) sowie Frankreich (-6,9 Prozent) aus. Dagegen legten die Ausfuhren nach Spanien zu (+2,4 Prozent). In die Länder außerhalb der Eurozone wurden 6,1 Prozent weniger exportiert, mit den stärksten Ausfuhrückgängen nach Tschechien und nach Schweden mit -16 bzw. -12 Prozent. Die EU-Länder sind mit einem Anteil von 59 Prozent an allen Ausfuhren das wichtigste Zielgebiet für rheinland-pfälzische Ausfuhren. Die Exporte in die Länder des übrigen Europa reduzierten sich um 2,2 Prozent, wobei gestiegene Ausfuhren in die Schweiz (+2,4 Prozent) sowie in die Türkei (+7,8 Prozent) den Rückgang dämpften.

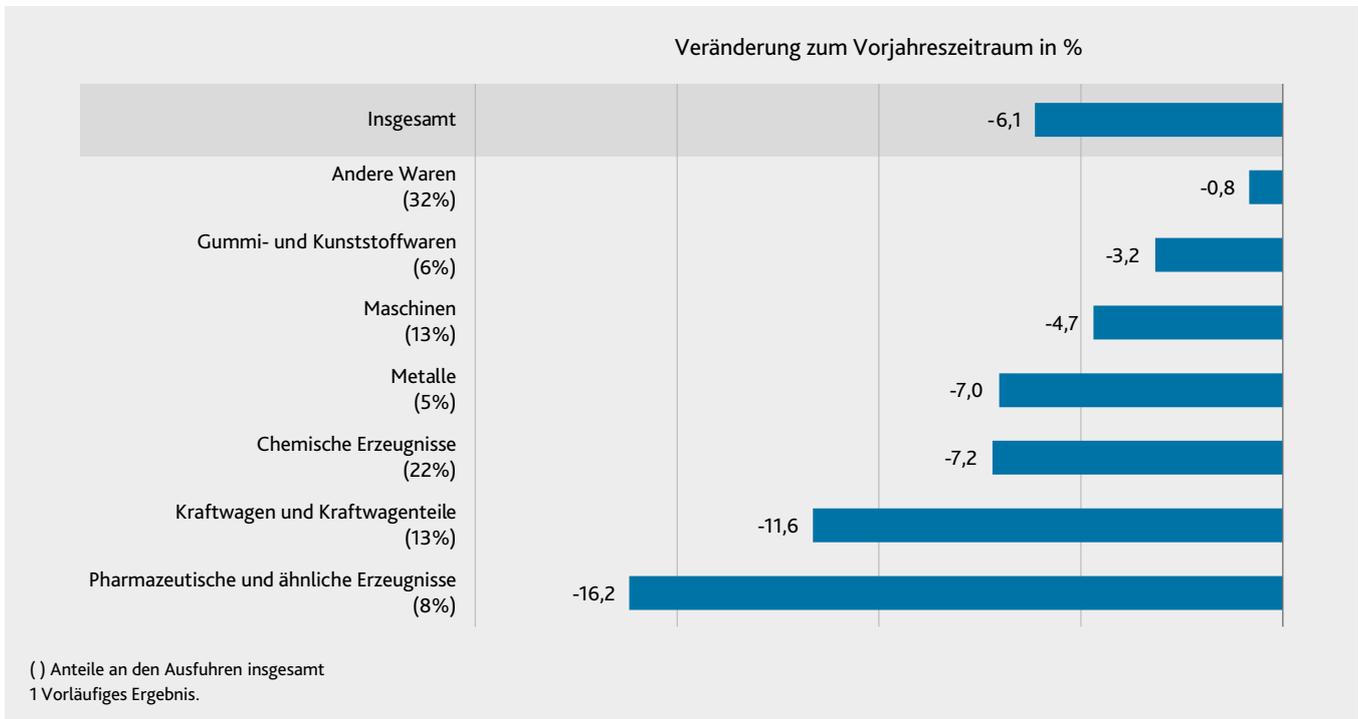
Die Exporte nach Amerika gingen um 8,7 Prozent zurück, die in die USA um zwölf Prozent. Nach Asien flossen zwölf Prozent weniger Exporte. Während der Wert der ausgeführten Waren nach China um zwei Prozent zulegte, brach die Nachfrage aus Japan um 42 Prozent ein.

In allen sechs für den Export bedeutsamen Güterabteilungen sanken die Ausfuhren. Die Nachfrage nach chemischen Erzeugnissen nahm um 7,2 Prozent ab. In den Sparten Kraftwagen und Kraftwagenteile sowie Maschinen lagen die Rückgänge bei zwölf bzw. 4,7 Prozent. Am stärksten verringerten sich die Exporte von pharmazeutischen Erzeugnissen, die um 16 Prozent zurückgingen.

In den ersten sechs Monaten lag der Warenwert der Importe bei knapp 23 Milliarden Euro. Das entspricht einem Rückgang von 4,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Importe aus EU-Staaten sanken leicht um 0,5 Prozent. Diese stellen mit einem Anteil von 64 Prozent den Großteil der Importe. Aufgrund der Importzunahmen aus Spanien und den Niederlanden (+34 bzw. +1,7 Prozent) stiegen die Einfuhren aus den Euroländern insgesamt um 0,3 Prozent an. Die Importe aus den Ländern außerhalb der Eurozone sanken um 2,8 Prozent. Die Rückgänge aus dem übrigen Europa lagen bei 13 Prozent. Hier gab es besonders deutliche Abnahmen bei den Importen aus der Türkei und der Schweiz (-28 bzw. -12 Prozent).



Ausfuhren von Januar bis Juni 2024¹ nach Güterabteilungen



Aus Amerika importierte Rheinland-Pfalz 8,2 Prozent weniger (USA: -14 Prozent). Die Importe aus Asien sanken im ersten halben Jahr um 15 Prozent (China: -12 Prozent).

Mehr Gäste und Übernachtungen im ersten Halbjahr

Die Tourismusbetriebe in Rheinland-Pfalz verbuchten von Januar bis Juni 2024 mehr Gäste und Übernachtungen als im Vergleichszeitraum 2023. Im ersten Halbjahr besuchten knapp 3,9 Millionen Gäste Rheinland-Pfalz (+1,3 Prozent). Die Zahl der Übernachtungen stieg um ein Prozent auf 9,8 Millionen.

Gegenüber dem Vor-Corona-Niveau 2019 lagen die Gäste- und Übernachtungszahlen niedriger (-4,1 bzw. -1,3 Prozent).

Nicht alle Tourismusregionen verbuchten ein höheres Gäste- und Übernachtungsaufkommen. Zuwächse gab es in den touristisch beliebten Regionen Pfalz (Gäste: +2 Prozent; Übernachtungen: +2,3 Prozent) sowie Rheinhesen (Gäste: +5,5 Prozent; Übernachtungen: +4,4 Prozent). Ausgehend von einem niedrigen Ausgangsniveau stiegen die Gäste- und Übernachtungszahlen in der Region Naheland um zehn bzw. 6,9 Prozent. Die hohen Zuwächse in der Eifel sind vor allem auf vorübergehende Betriebsschließungen im Vorjahr zurückzuführen (Gäste: +11 bzw. Übernachtungen: +14 Prozent). Der Aufbauprozess in der Region Ahr nach der Jahrhundertflut 2021 schreitet zwar voran (Gäste: +12 bzw. Übernachtungen: +24 Prozent), allerdings zeigen sich

noch deutliche Abweichungen zum Vor-Corona-Niveau 2019: Die Zahl der Gäste lag um 46 Prozent und die der Übernachtungen um 45 Prozent niedriger. Rückläufige Gäste- und Übernachtungszahlen gab es in den gut frequentierten Regionen Mosel-Saar (Gäste: -6,9 Prozent; Übernachtungen: -8,7 Prozent) sowie Mittelrheintal (Gäste: -1,8 Prozent; Übernachtungen: -2,9 Prozent). Auch der Hunsrück verbuchte weniger Gäste und Übernachtungen (-3,3 bzw. -4,1 Prozent). Die Region Westerwald registrierte mehr Gäste (+1,7 Prozent); die Zahl der Übernachtungen ging hingegen um 3,9 Prozent zurück.

In fünf der zehn Betriebsarten stieg die Zahl der Übernachtungen. Die Hotel garnis verbuchten Zuwächse

von 1,5 Prozent; bei den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken waren es 6,8 Prozent. Die Jugendherbergen und Hütten zählten 4,8 Prozent mehr Übernachtungen. Bei den Ferienhäusern und Ferienwohnungen lag die Zahl der Übernachtungen in etwa auf dem Vorjahresniveau (+0,1 Prozent). Aufgrund von Betriebsschließungen im Vorjahr stiegen die Übernachtungen in den Ferienzentren um 27 Prozent an. Rückläufige Übernachtungszahlen verbuchten die Hotels (-0,5 Prozent). Die Camping- und Reisemobilplätze registrierten elf Prozent weniger Übernachtungen. Bei den Pensionen und Gasthöfen betrug die Rückgänge 2,2 bzw. 7,7 Prozent.

Im ersten Halbjahr begrüßte Rheinland-Pfalz 3,2 Millionen Besucherinnen und Besucher aus dem Inland (+1,1 Prozent). Diese buchten knapp acht Millionen Übernachtungen (+1,2 Prozent).

Die Zahl der Gäste aus dem Ausland stieg um zwei Prozent auf rund 685 000 Personen. Die Zahl ihrer Übernachtungen lag mit 1,9 Millionen auf dem Niveau des Vorjahres.

Im Juni sank die Zahl der Gäste im Vergleich zum Vorjahresmonat um 3,3 Prozent auf knapp 900 000. Die Zahl der Übernachtungen ging um 5,4 Prozent auf 2,3 Millionen zurück. Ein Grund für diesen Rückgang dürften die Witterungsverhältnisse im Juni mit starken Temperaturschwankungen und hohen Niederschlägen gewesen sein. Der Juni 2023 war dagegen laut Deutschem Wetterdienst sehr warm, sonnig und trocken.

Zahl der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger erstmals seit 2012 nicht rückläufig

Im Jahr 2023 wurden in Rheinland-Pfalz rund 24 700 Personen, dar-

unter 19 900 Studierende, nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) finanziell unterstützt. Die Zahl der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger stieg gegenüber dem Vorjahr geringfügig (+0,1 Prozent). Damit wurde erstmals seit zehn Jahren kein Rückgang verzeichnet.

In der Langzeitbetrachtung sank die Zahl der Förderempfängerinnen und -empfänger jedoch deutlich: Während 2013 noch 31 200 Studierende und 13 000 Schülerinnen und Schüler Zuschüsse und Darlehen nach dem BAföG bezogen, waren es 2023 nur noch 19 900 Geförderte an Hochschulen bzw. 4 800 an Schulen. Der bürokratische Aufwand, zu niedrige Elternfreibeträge, zu hohe Darlehensanteile oder alternative Förderangebote werden häufig als Ursache des Rückgangs der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger genannt.

Die größte Empfängergruppe waren Studierende (81 Prozent), gefolgt von Schülerinnen und Schülern an berufsbildenden Schulen (14 Prozent). Die Förderung von Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen (zwei Prozent) und an Abendschulen bzw. Kollegs (vier Prozent) machten hingegen nur einen geringen Anteil aus.

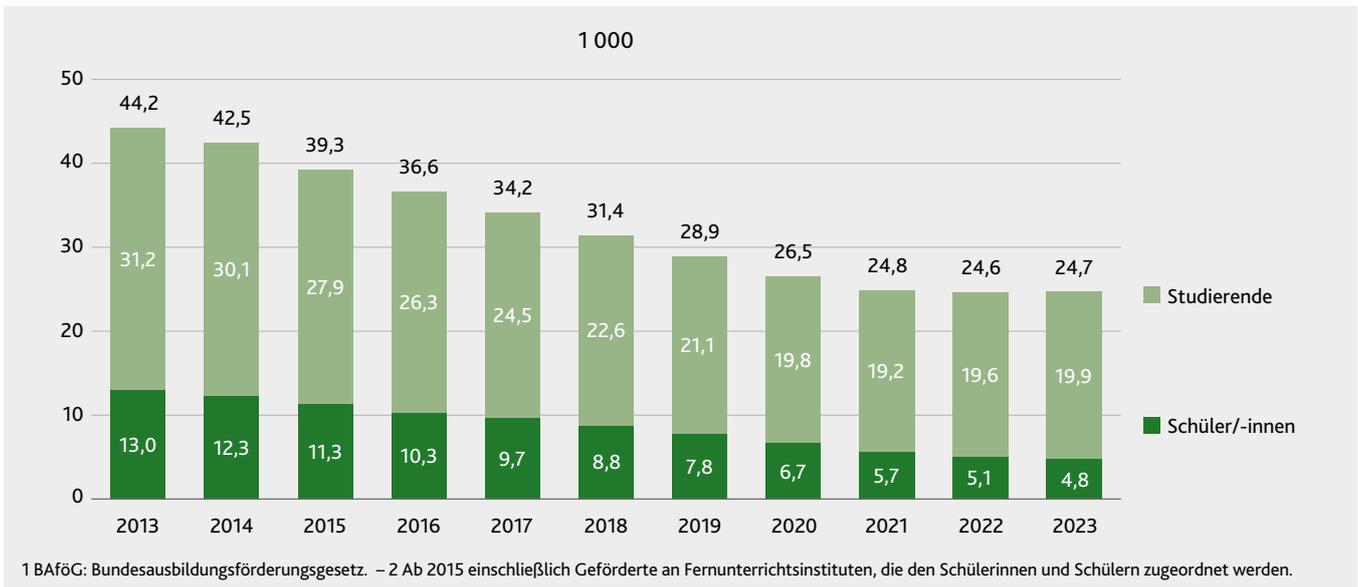
Mit insgesamt rund 128 Millionen Euro im Jahr 2023 lagen die Förderbeträge rund 13 Millionen über denen des Vorjahres. Der durchschnittliche monatliche Förderbetrag, den die Jugendlichen und jungen Erwachsenen erhielten, ist gegenüber dem Vorjahr um rund acht Prozent gestiegen. Mit durchschnittlich 638 Euro emp-

Übernachtungen und Gäste von Januar bis Juni 2015–2024¹





Empfänger/-innen von Leistungen nach dem BAföG¹ 2013–2023 nach Empfängergruppen²



fangen die Geförderten 47 Euro pro Monat mehr als im Vorjahr. Dabei bekamen Schülerinnen und Schüler (502 Euro) 163 Euro weniger als Studierende (665 Euro).

Seit dem Jahr 1971 werden auf der Grundlage des BAföG Jugendliche und junge Erwachsene finanziell in ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung unterstützt, im Wesentlichen um ihre Chancen im Bildungs- und Berufssystem zu erhöhen. Die Förderberechtigung, die Höhe des monatlichen Förderbetrags und die Förderungsart (Zuschuss oder Darlehen) hängen von der Art der Ausbildung und den familiären Rahmenbedingungen ab. Im Rahmen von Änderungsgesetzen wird das BAföG regelmäßig angepasst, um auf gesellschaftliche und finanzielle Anforderungen zu reagieren und die Attraktivität des Förderprogramms zu steigern.

Jeder vierte Hochschulabschluss ist ein „Einsler-Abschluss“

Im Jahr 2023 haben in Rheinland-Pfalz rund 27 Prozent der knapp 24 600 Teilnehmenden an einer Hochschulprüfung ihre Abschlussprüfung mit der Note „sehr gut“ bzw. „ausgezeichnet“ bestanden. Der Anteil der „Einsler-Abschlüsse“ stieg gegenüber 2013 um 8,6 Prozentpunkte.

Die durchschnittliche Abschlussnote lag 2023 bei 2,1. Damit fiel sie um 0,2 Punkte besser aus als zehn Jahre zuvor. Besonders gute Abschlüsse wurden in den Absolventenjahrgängen erzielt, in denen die Studierenden viele Einschränkungen durch Corona-Maßnahmen erfahren haben: Sowohl im Prüfungsjahr 2021 als auch 2022 meldeten die rheinland-pfälzischen Prüfungsämter jeweils eine Durchschnittsnote von etwa 2,0.

Während der durch die Corona-Maßnahmen geprägten Studienzeiten wurden im Gegenzug vergleichsweise niedrigere Anteile derjenigen erfasst, die ihre Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden: In den Prüfungsjahren 2020 bis 2022 lag der Anteil der nicht bestandenen Prüfungen zwischen knapp vier und gut sechs Prozent; in den Vorjahren pendelte dieser stets zwischen rund neun und zehn Prozent. Im Jahr 2023 ist zu beobachten, dass sich der Nichtbestandenanteil mit knapp acht Prozent wieder erhöht und dem Niveau von vor 2020 annähert.

Die meisten Erstabschlüsse gab es in der Betriebswirtschaftslehre (rund 1 300), gefolgt von Germanistik/Deutsch (670) und dem Verwaltungshochschulabschluss „Polizei/Verfassungsschutz“ (500), der zur Ausübung des Polizeidienstes qualifiziert. Ein weiterführender Hochschulabschluss



wie z. B. der Masterabschluss wurde ebenfalls am häufigsten in der Betriebswirtschaftslehre (1 500) erlangt. Mit jeweils deutlichem Abstand folgten die Grundschul-/Primarstufenpädagogik (610), die Internationale Betriebswirtschaftslehre bzw. Internationales Management (480) und die Psychologie (470).

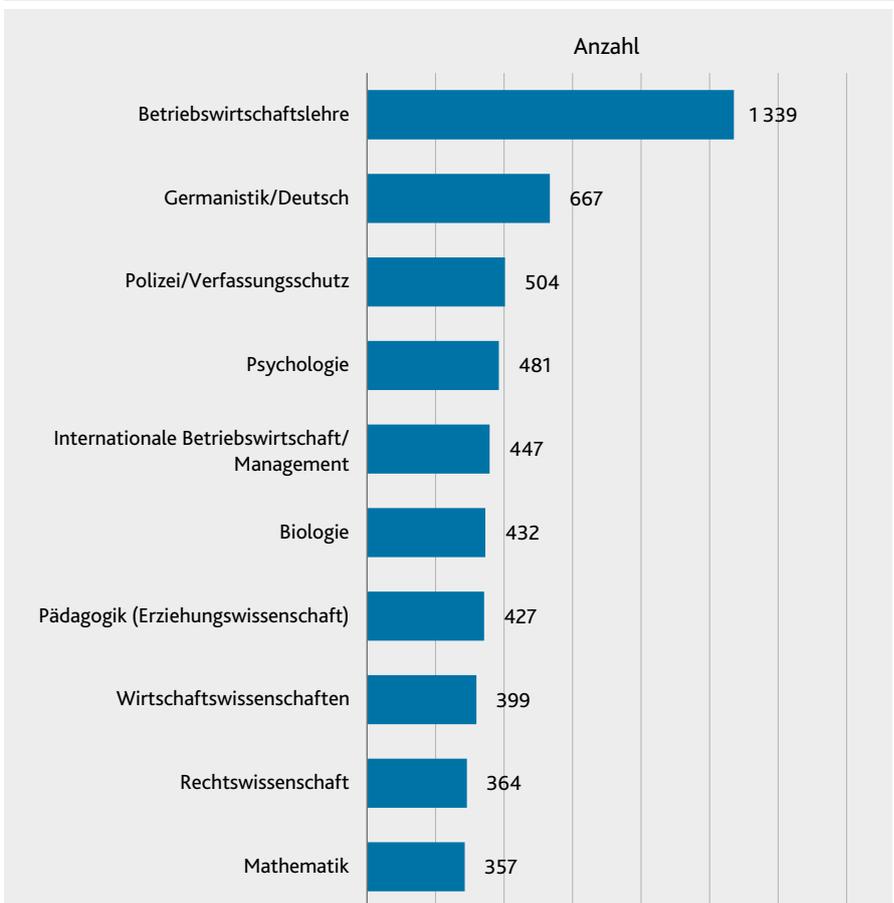
Die Zahlen stammen aus der Prüfungsstatistik. Diese Daten werden von den Prüfungsämtern in jedem Semester an das Statistische Landesamt gemeldet. Die Veröffentlichung der Daten erfolgt nach Prüfungsjahren. Das Prüfungsjahr 2023 beinhaltet das Wintersemester 2022/23 und das Sommersemester 2023.

Nur rund jede vierte Professur mit einer Frau besetzt

An den rheinland-pfälzischen Universitäten und Hochschulen lehrten und forschten zum Ende des Jahres 2023 rund 2 200 Professorinnen und Professoren, darunter etwa 631 Frauen (28 Prozent). Die Zahl der Professorinnen stieg gegenüber dem Vorjahr um sieben Prozent; im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der mit Männern besetzten Professuren um 0,2 Prozent ab.

Obwohl die Zahl der Professorinnen in den vergangenen zehn Jahren um 54 Prozent wuchs, bestehen in diesen statushohen Positionen weiterhin deutliche Geschlechterunterschiede: Die Zahl der Professoren war mit landesweit rund 1 600 etwa zweieinhalbmal höher als die der Professorinnen. Während bei den Männern 18 Prozent des wissenschaftlichen

Bestandene Erstabschlussprüfungen 2023 nach den zehn häufigsten Studienfächern¹



¹ Fächerklassifikation gemäß der Bundessystematik.

Personals Inhaber einer Professur oder eines Lehrstuhls waren, hatten nur neun Prozent der Wissenschaftlerinnen die Stellung einer Professorin.

Im Durchschnitt betreute jede Professorin bzw. jeder Professor (ohne Juniorprofessuren) 52 Studierende. Die besten Betreuungsverhältnisse wiesen die eher kleineren Hochschulen wie die Theologische Fakultät Trier (1:12), die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer (1:16) sowie die Hochschule für Gesellschaftsgestaltung Koblenz

(1:25) auf. Eine vergleichsweise hohe Studierendenzahl je Professur wurde an den Universitäten Koblenz (1:112), RPTU Kaiserslautern-Landau (1:72) und Trier (1:67) verzeichnet. Hinsichtlich der Fächergruppen konnten in den Kunstwissenschaften sowie in den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften (jeweils 1:26) die besten und in den Sportwissenschaften (1:128) das schlechteste Betreuungsverhältnis beobachtet werden.

In der Kultusministerkonferenz (2013) haben Bund und Länder eine Strate-

Wissenschaftliches Hochschulpersonal¹ 2013–2023 nach Tätigkeit

gie für die Internationalisierung der Hochschulen vereinbart. Ein Ziel war es, verstärkt wissenschaftliche Nachwuchskräfte sowie etablierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die Wahrnehmung von Lehr- und Forschungstätigkeiten aus dem Ausland zu gewinnen. In Rheinland-Pfalz hatten im Jahr 2023 rund 2 300 der 15 900 wissenschaftlich Beschäftigten eine ausländische Staatsangehörigkeit (15 Prozent). Die meisten ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stammten – wie im Vorjahr – aus Indien, Italien und China.

Deutlicher Zuwachs an Anträgen auf Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

Im Jahr 2023 bearbeiteten die Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BQFG) rund

2 800 Anträge auf Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation. Das waren 630 Anträge bzw. 29 Prozent mehr als im Vorjahr. Insgesamt wurden knapp 2 400 Verfahren positiv abgeschlossen oder mit der Auflage einer Ausgleichsmaßnahme wie etwa der erfolgreichen Teilnahme an einem Anpassungslehrgang.

Das Feststellungsverfahren bietet seit nunmehr zwölf Jahren die Möglichkeit, die Berufsabschlüsse qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland bzw. Rheinland-Pfalz anzuerkennen. Davon profitierte insbesondere die Gesundheitsversorgung: Im Jahr 2023 wurden unter anderem rund 1 200 Ausbildungsabschlüsse zur Gesundheits- und Krankenpflege und mehr als 500 Approbationen zur Ausübung des Arzt- oder Zahnarztberufs in den Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz bearbeitet.

Am häufigsten wurden Anträge für eine in Indien erworbene Qualifikation eingereicht (rund 390), gefolgt von den Philippinen (210), der Türkei (180) und der Ukraine (170). Mit dem 2020 in Kraft getretenen Fachkräfteeinwanderungsgesetz wurde der Rahmen für die Einwanderung von qualifizierten Fachkräften aus Ländern außerhalb der EU nach Deutschland erweitert. Damit einher ging ein Anstieg der Zahl der Anerkennungsverfahren von in Nicht-EU-Staaten erworbenen Berufs- und Hochschulabschlüssen: Zwischen 2019 und 2023 stieg deren Zahl um 74 Prozent. Neben der gesetzlichen Öffnung ist der Zuwachs unter anderem auch auf die gestiegene Zahl der Schutz- und Asylsuchenden aus der Ukraine und auf staatlich geförderte Initiativen zur Gewinnung von Fachkräften aus dem Nicht-EU-Ausland zurückzuführen.



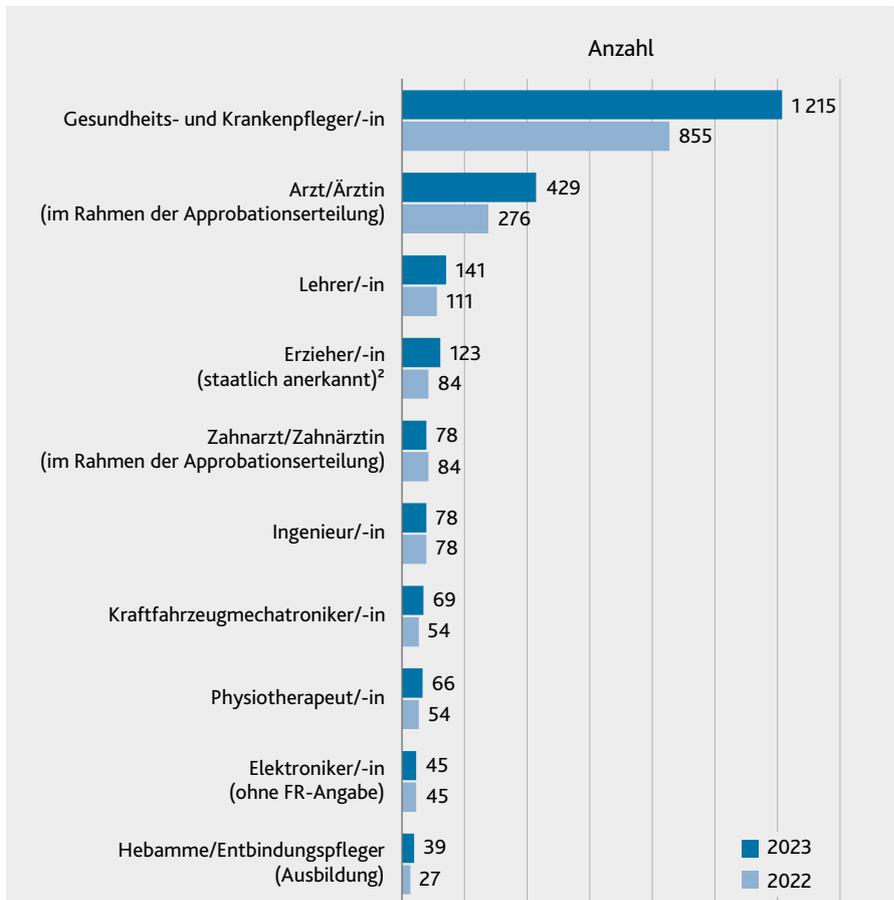
Unterschiede zwischen in Deutschland und in Drittstaaten erworbenen Berufsqualifikationen bedingten für eine gleichwertige Anerkennung jedoch häufig einer Nachqualifikation bzw. einer Ausgleichsmaßnahme. Gegenüber 2019 verdreifachte sich in der Folge die Zahl der bearbeiteten Anträge, in denen eine Ausgleichsmaßnahme auferlegt wurde (+221 Prozent). Nach erfolgreichem Abschluss der Nachqualifikation kann bei Gleichwertigkeit zum deutschen Referenzberuf eine vollständige Anerkennung der Bewerberinnen und Bewerber erfolgen.

Gesundheitsausgaben betragen 2022 rund 24,2 Milliarden Euro

Die Gesundheitsausgaben sind in Rheinland-Pfalz 2022 weiter gestiegen. Auf Basis aktueller Ergebnisse der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder ermittelt, beliefen sich die Ausgaben für Waren und Dienstleistungen rund um die Gesundheit 2022 auf 24,2 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Zunahme um 4,3 Prozent (Deutschland: +4,8 Prozent).

Seit Beginn der Zeitreihe 2008 wuchsen die Gesundheitsausgaben stetig. Treiber dieser Entwicklung dürften unter anderem die Folgen des demografischen Wandels, das gestiegene Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung und die Auswirkungen des medizinisch-technischen Fortschritts sein. Besonders hoch waren die Ausgabensteigerungen in den durch die Coronapandemie geprägten Jahren 2020 und 2021. Im Vergleich zu

Anerkennungsanträge 2022 und 2023 nach den zehn häufigsten Referenzberufen¹



¹ Aus Gründen der Geheimhaltung auf ein Vielfaches von drei gerundet. – ² Inklusive Erzieher/-in (reglementiert).

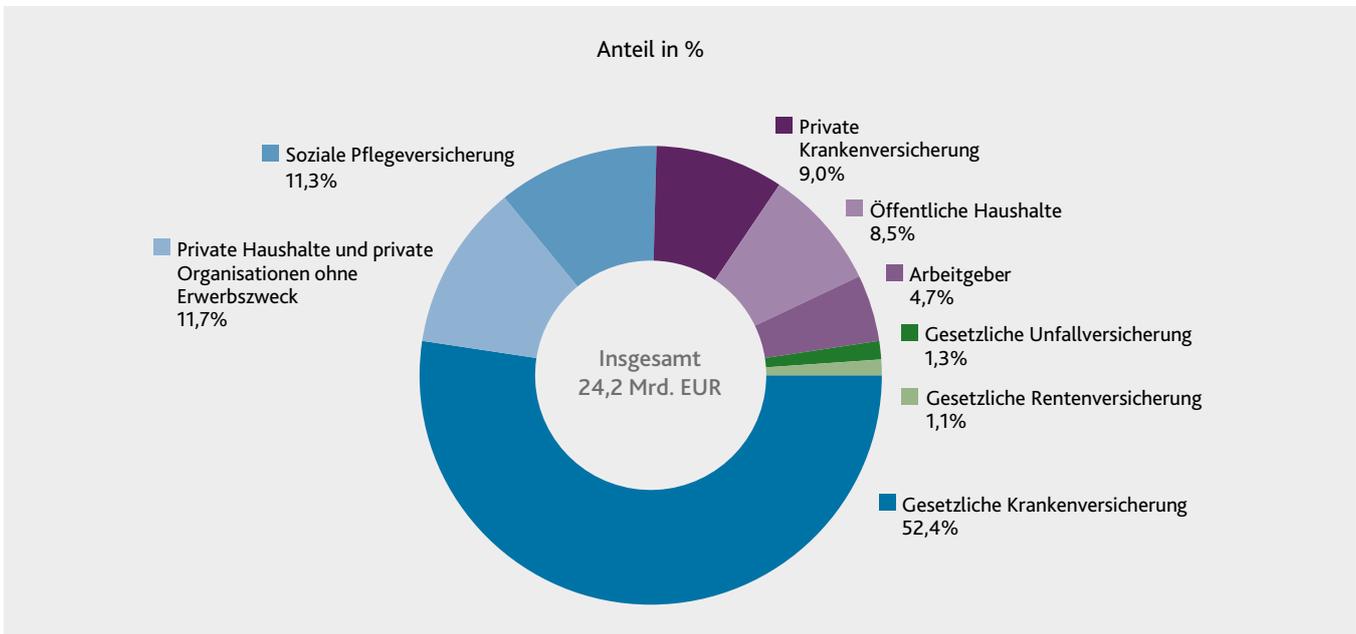
den beiden Vorjahren stiegen die Gesundheitsausgaben 2022 insgesamt schwächer, allerdings hatten Ausgaben zur Pandemiebekämpfung weiterhin einen spürbaren Einfluss auf das Ergebnis. Davon waren besonders die öffentlichen Haushalte betroffen: Ihre Gesundheitsausgaben erhöhten sich um 15 Prozent. Einem langfristigen Trend folgend nahmen auch die Gesundheitsausgaben der sozialen Pflegeversicherung kräftig zu (+12 Prozent). Weniger als im Vorjahr gaben dagegen die privaten Haushalte

und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck aus (–6,4 Prozent). Die Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte infolge der hohen Inflation könnte ein Grund dafür gewesen sein, dass die Menschen weniger für den Erhalt und die Wiederherstellung ihrer Gesundheit ausgaben.

Die Gesundheitsausgaben pro Kopf sind in Rheinland-Pfalz etwas niedriger als im Bundesdurchschnitt. Im Jahr 2022 betragen die Ausgaben je Einwohnerin und Einwohner 5 853 Euro (Deutschland: 5 939 Euro).



Gesundheitsausgaben 2022 nach Ausgabenträgern



Mehr als die Hälfte der Gesundheitsausgaben trägt die gesetzliche Krankenversicherung – in Rheinland-Pfalz waren es 2022 rund 52 Prozent. Auf jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner entfielen im Schnitt 3 070 Euro. Damit lagen der Ausgabenanteil sowie die Pro-Kopf-Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung unter dem Bundesdurchschnitt (53 Prozent; 3 167 Euro).

Den zweitgrößten Beitrag zu den Gesundheitsausgaben leisteten die Privathaushalte, die in Rheinland-Pfalz für zwölf Prozent der Ausgaben aufkamen (Deutschland: elf Prozent). Zu den Gesundheitsausgaben, die von den privaten Haushalten getragen werden, gehören z. B. Zuzahlungen zu Leistungen der Krankenversicherungen sowie Direktkäufe von gesundheitsbezogenen Waren und Dienstleistungen. Die rheinland-pfälzischen Privathaus-

halte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck gaben 2022 pro Kopf 683 Euro für die Gesundheit aus; bundesweit waren es 678 Euro.

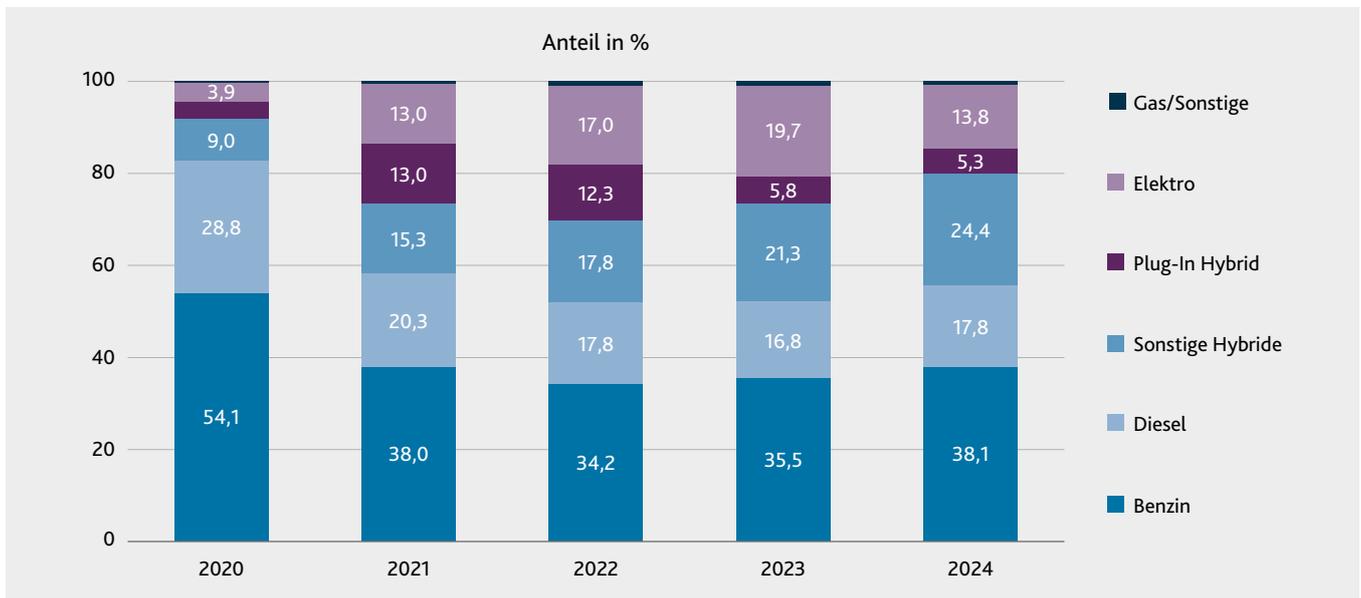
An dritter Stelle folgt die soziale Pflegeversicherung mit einem Ausgabenanteil von elf Prozent (Bundesdurchschnitt: zwölf Prozent). Je Einwohnerin und Einwohner tätigte die soziale Pflegeversicherung im Schnitt Ausgaben in Höhe von 659 Euro (Deutschland: 688 Euro).

Zahl der Pkw-Neuzulassungen im ersten Halbjahr angestiegen

In den ersten sechs Monaten 2024 wurden in Rheinland-Pfalz 56 187 Personenkraftwagen neu zugelassen. Das waren 8,4 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Deutschlandweit nahm die Zahl der Zulassungen um 5,4 Prozent zu.

Von den 56 200 neu zugelassenen Pkw im ersten Halbjahr waren rund 44 Prozent mit alternativen Antrieben ausgestattet. Einen reinen Elektroantrieb hatten 7 800 Fahrzeuge – das waren rund 14 Prozent aller Zulassungen von Personenkraftwagen. Die Zahl der Fahrzeuge mit Plug-In-Hybridantrieb lag bei knapp 3 000 (Anteil: 5,3 Prozent). Der Anteil der Neuzulassungen sonstiger Hybride an allen Pkw-Neuzulassungen hat in den vergangenen sechs Jahren kontinuierlich zugenommen und betrug im ersten Halbjahr dieses Jahres 24 Prozent. Die Zulassungszahlen bei den Pkw mit Verbrennungsmotoren stiegen wieder an. Die Benziner verzeichneten das zweite Jahr in Folge einen Anstieg. Von Januar bis Juni 2024 wurden 16 Prozent mehr Benziner zugelassen als im Vorjahreszeitraum. Bei den Dieselfahrzeugen kam es zu einem Anstieg um 14 Prozent.

Neuzulassungen von Personenkraftwagen im 1. Halbjahr 2020–2024 nach Kraftstoffarten



Von Januar bis Juni 2024 wurden sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in Deutschland insgesamt deutlich mehr Lastkraftwagen angemeldet als im Vorjahreszeitraum (+26 bzw. 22 Prozent). Die Zulassungen von Krafträdern im ersten Halbjahr waren sowohl in Rheinland-Pfalz (–8,2 Prozent) als

auch im Bundesdurchschnitt (–5,8 Prozent) rückläufig.

Insgesamt wurden in den ersten sechs Monaten in Rheinland-Pfalz 73 679 Kraftfahrzeuge neu angemeldet – das waren 8,3 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Die Zahl der Besitzumschreibungen stieg im Vergleich zum ersten Halbjahr 2023 um sechs Prozent auf 213 800. Davon entfielen 181 700 auf Pkw (+6,9 Prozent), 15 300 auf Krafträder (–1,4 Prozent), 11 500 auf Lkw (+5 Prozent) und 4 600 auf Zugmaschinen (+3,3 Prozent).



Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im August 2024

Die Inflation schwächte sich im August 2024 etwas ab. Der Verbraucherpreisindex lag 2,1 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Das ist der niedrigste Wert seit April 2021. Im Juli belief sich die Inflationsrate auf +2,6 Prozent.

Die Energiepreise wirkten im August weiterhin dämpfend auf die Teuerung: Im Vergleich zum Vorjahr verbilligte sich Energie um 4,3 Prozent. Merkbliche Preisrückgänge gab es vor allem bei Mineralölprodukten (-8 Prozent). Die Preise für Gas (einschließlich Betriebskosten) verringerten sich um 1,7 Prozent. Dagegen verteuerte sich Fernwärme binnen Jahresfrist um 36 Prozent.

Die Preise für Nahrungsmittel waren im August zwei Prozent höher als ein Jahr zuvor. Bei Speisefetten und Speiseölen fiel der Anstieg besonders hoch aus (+18 Prozent). Nur Gemüse wurde etwas günstiger (-0,2 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kern-

inflatonsrate bezeichnet wird, lag im August bei +2,8 Prozent, nach +3,1 Prozent im Juli.

In neun der zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindexes war das Preisniveau im August höher als im Vorjahresmonat. Die höchsten Preissteigerungen waren bei Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen zu beobachten (+7,5 Prozent). Dabei dürfte der Wegfall der Mehrwertsteuersenkung im Gaststättenbereich eine Rolle spielen. Den stärksten Preisrückgang verzeichnete der Bereich „Post und Telekommunikation“ (-1,3 Prozent).

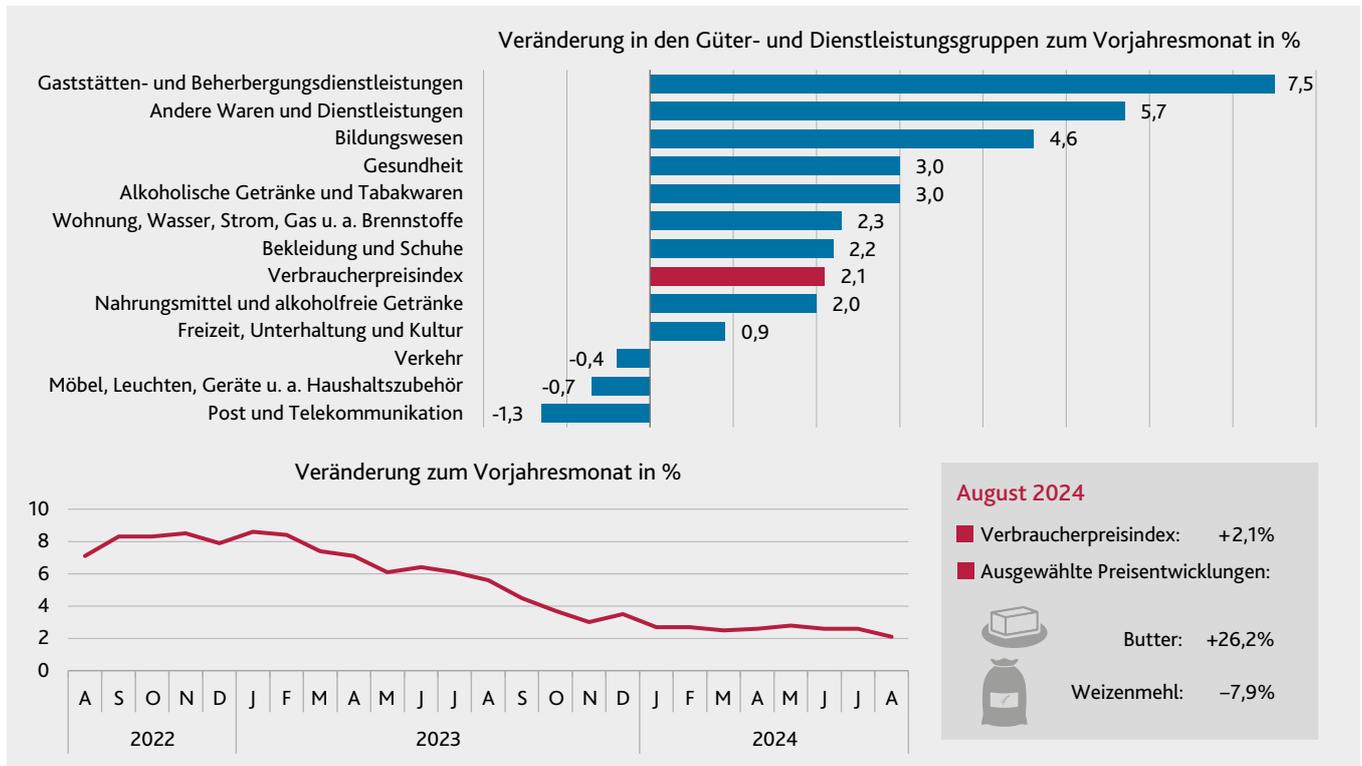
Im Vergleich zum Vormonat entwickelte sich der Verbraucherpreisindex rückläufig (-0,1 Prozent). Hierzu trugen drei der zwölf Abteilungen bei: Am stärksten nahmen die Preise für Waren und Dienstleistungen in der Abteilung „Verkehr“ ab (-1 Prozent). Spürbare Preiszuwächse waren dagegen saisonal bedingt bei Bekleidung und Schuhen zu verzeichnen (+0,8 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in elf rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden 23 Preisermittelnde im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im August 2024



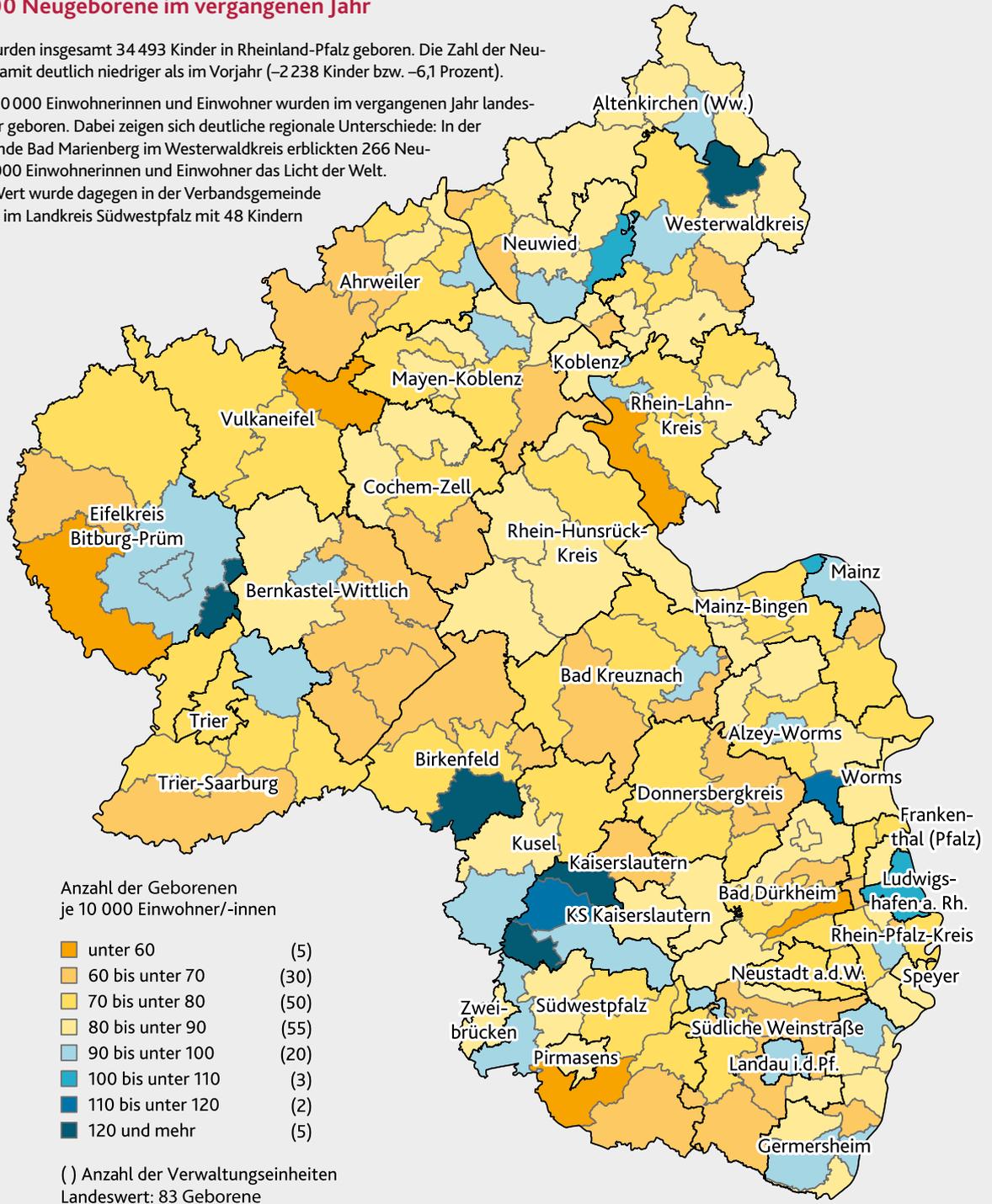


Neugeborene 2023

Rund 34 500 Neugeborene im vergangenen Jahr

Im Jahr 2023 wurden insgesamt 34 493 Kinder in Rheinland-Pfalz geboren. Die Zahl der Neugeborenen lag damit deutlich niedriger als im Vorjahr (-2 238 Kinder bzw. -6,1 Prozent).

Bezogen auf je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden im vergangenen Jahr landesweit 82,8 Kinder geboren. Dabei zeigen sich deutliche regionale Unterschiede: In der Verbandsgemeinde Bad Marienberg im Westerwaldkreis erblickten 266 Neugeborene je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner das Licht der Welt. Der niedrigste Wert wurde dagegen in der Verbandsgemeinde Pirmasens-Land im Landkreis Südwestpfalz mit 48 Kindern registriert.





Zur Situation schwerbehinderter Menschen im erwerbsfähigen Alter

Beeinträchtigung, Qualifikation, Erwerbstätigkeit und Lebensunterhalt



Von Dr. Andrea Weitzel

Rund fünf Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter haben eine Schwerbehinderung. Mit fortschreitendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit einer Erkrankung, die zu einer Schwerbehinderung führt, deutlich: Unter den 55- bis unter 65-Jährigen ist jede bzw. jeder Zehnte betroffen. Angeborene oder infolge eines Unfalls entstandene Beeinträchtigungen

machen nur einen kleinen Teil aller Schwerbehinderungen aus, sie gehen jedoch wesentlich häufiger mit dem höchsten Grad der Behinderung einher. Trotz einer relativ konstanten Schwerbehindertenquote zeigen sich im Zeitverlauf relevante Verschiebungen zwischen den Behinderungsarten. Funktionsbeeinträchtigungen der Organe und psychische Erkrankungen steigen kräftig. Die Auswertung zeigt, dass weniger als die Hälfte der Schwerbehinderten zwischen 15 und 65 Jahren erwerbstätig ist, ein Drittel bestreitet den Lebensunterhalt überwiegend aus Renten- oder Pensionszahlungen.

Arbeitskräftemangel als Chance für Schwerbehinderte

Babyboomer erreichen das Rentenalter

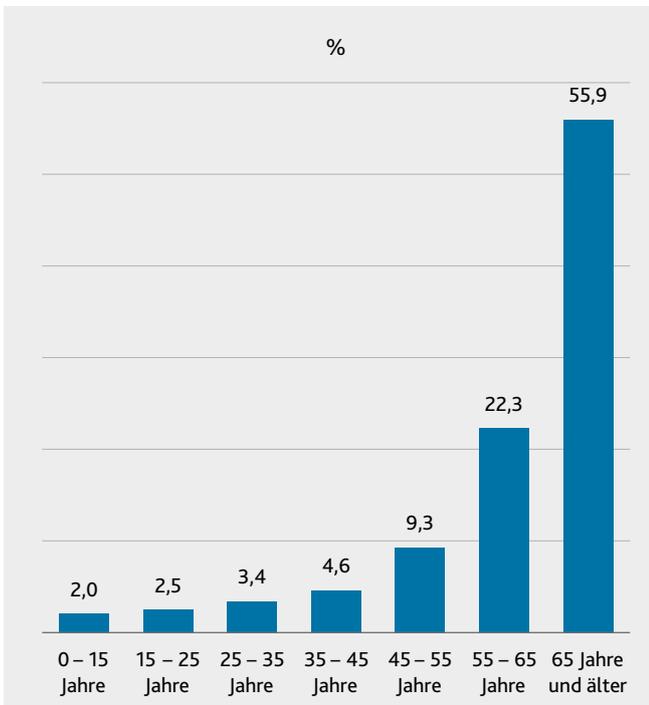
Im öffentlichen Diskurs bekommt das Thema „Renteneintritt der Babyboomer-Generation“ eine wachsende Bedeutung. Frauen und Männer des in Rheinland-Pfalz geburtenstärksten Jahrgangs 1963 feierten im vergangenen Jahr ihren 60. Geburtstag und erreichen bald ihr reguläres Ruhestandsalter. Da die nachfolgenden Geburtsjahrgänge schwächer besetzt sind, schrumpft die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ohne Zuwanderung absehbar und erheblich. In diesem Zusammenhang gewinnt das Thema „Arbeitskräftemangel“ zunehmend an Bedeutung, wenngleich der Mangel freilich nicht in allen Branchen und Berufen gleich stark ausgeprägt ist. Mit der

Frage, wie vakante Stellen (nach-)besetzt werden können, rücken mehrere Bevölkerungsgruppen in den Fokus, die zu Zeiten eines großen Arbeitskräfteangebots in den 1990er- und 2000er-Jahren weniger Berücksichtigung fanden. Eine Gruppe umfasst Menschen mit Behinderung. In einer älter werdenden Gesellschaft spielt Behinderung, die oftmals im Laufe des Lebens infolge von Krankheiten oder Unfällen entsteht, eine immer größere Rolle.

Dieser Beitrag befasst sich mit Schwerbehinderten im erwerbsfähigen Alter. Untersucht werden die Fragen: Was sind die Ursachen der Schwerbehinderungen und welche Behinderungsarten treten in welchem Ausmaß in Rheinland-Pfalz auf? Dabei werden

Steigen durch den Arbeitskräfteengpass die Arbeitsmarktchancen Schwerbehinderter?

G1 Schwerbehinderte 2021 nach Alter



auch Veränderungen im Zeitverlauf betrachtet. Anschließend werden die Schul- und Berufsbildung, die Erwerbssituation sowie die finanzielle Lage von Schwerbehinderten und Nichtbehinderten vergleichend dargestellt.

Zwei Datenquellen beschreiben die Situation Schwerbehinderter

Die amtliche Statistik verfügt mit dem Mikrozensus und der Schwerbehindertenstatistik über zwei umfangreiche Datenquellen, um die allgemeine Lebenssituation der Menschen mit Behinderung zu beschreiben. Sie sind eine gute Grundlage, um die voranschreitende gesellschaftliche Inklusion abzubilden. Bei der Darstellung und Interpretation der Ergebnisse muss jedoch beachtet werden, dass die beiden Datenangebote aus unterschiedlichen Berichtskreisen stammen und zudem in der Erhebungsmethodik voneinander unterscheiden.

Die Schwerbehindertenstatistik ist eine im Abstand von zwei Jahren zum Stichtag

31. Dezember als Vollerhebung durchgeführte Bundesstatistik. Berichtspflichtig ist in Rheinland-Pfalz das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung. Beim Mikrozensus handelt es sich um eine repräsentative Stichprobenerhebung, in der jährlich etwa ein Prozent aller Haushalte befragt werden. Die Ergebnisse sind stets mit einem Zufallsfehler behaftet, der sich aus der erforderlichen Hochrechnung der Rohdaten ergibt. Zur Grundgesamtheit des Mikrozensus zählt zwar die gesamte Wohnbevölkerung, die beiden Teilfragen, durch die Schwerbehinderte abgegrenzt werden, werden jedoch nur an Personen in Privathaushalten gestellt und ihre Beantwortung ist freiwillig.

Beantwortung von Fragen zur Schwerbehinderung ist freiwillig

Die Besonderheiten beider Statistiken hinsichtlich des Merkmals Schwerbehinderung wurden bereits in einem anderen Beitrag detailliert beschrieben.¹ Der Vergleich der Ergebnisse des Mikrozensus und der Schwerbehindertenstatistik zeigt eine insgesamt gute Annäherung. Eine Ergänzung der Schwerbehindertenstatistik um Ergebnisse des Mikrozensus erscheint sinnvoll und wenig problembehaftet, wenn nicht die absoluten Häufigkeiten, sondern die relative Verteilung der Merkmalsausprägungen in Verbindung mit Schwerbehinderungen betrachtet wird.

Wie stark sich eine Behinderung auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auswirkt, wird üblicherweise mit dem sogenannten Grad der Behinderung (GdB) festgestellt. Diese Kennzahl reicht – in Zehnerschritten – von 20 bis 100, wobei ein hoher Wert eine stärkere Beeinträchtigung anzeigt. Nimmt der Grad der Behinderung einen Wert von

Das Ausmaß der Beeinträchtigung wird durch den Grad der Behinderung gemessen

¹ Siehe Füchel, S.: Zur Lage behinderter Menschen 2017: Teil 1: Ergebnisse des Mikrozensus und der Schwerbehindertenstatistik im Vergleich. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 72. Jg. 2019, Heft 8, S. 566–576.

mindestens 50 an, spricht man von schwerbehinderten, bei einem Grad der Behinderung von 20 bis 40 dagegen von leichter behinderten Menschen. Voraussetzung ist in beiden Fällen die Feststellung einer Behinderung auf Grundlage der „Versorgungsmedizinischen Grundsätze“ gemäß Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV) durch amtlichen Bescheid seitens der zuständigen Versorgungsämter. Liegt eine Behinderung vor, stellt in Rheinland-Pfalz das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung auf Antrag einen Ausweis über die Eigenschaft als (schwer-)behinderte Person aus.

Schwerbehindertenquote nimmt im Verlauf des Lebens kontinuierlich zu

Nach den Ergebnissen der Schwerbehindertenstatistik lebten in Rheinland-Pfalz am Jahresende 2021 rund 328 100 Menschen mit einem Grad der Behinderung von min-

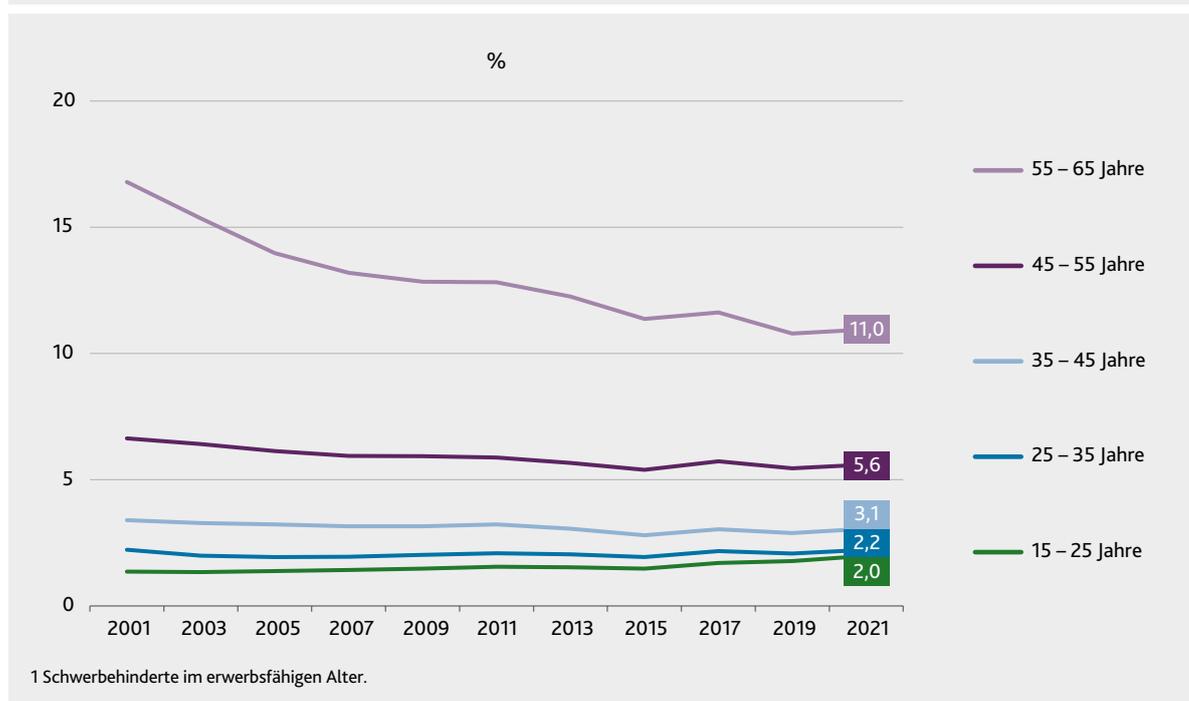
destens 50.² Während die Mehrheit der Schwerbehinderten 65 Jahre oder älter war (56 Prozent), waren es lediglich zwei Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren. Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen Schwerbehinderte im erwerbsfähigen Alter, d. h. Personen zwischen 15 und 65 Jahren. In diese Altersgruppe fielen 2021 rund 42 Prozent der Schwerbehinderten in Rheinland-Pfalz.

Die Schwerbehindertenquote, das ist der Anteil der schwerbehinderten 15- bis unter 65-Jährigen an der gleichaltrigen Bevölkerung, lag 2021 bei 5,3 Prozent. In den vergangenen 20 Jahren schwankte die Quote zwischen fünf und 5,9 Prozent. Veränderungen der Schwerbehindertenquote zwischen zwei Stichtagen können auf eine Verände-

Weniger als die Hälfte der Schwerbehinderten ist im erwerbsfähigen Alter

² In der Schwerbehindertenstatistik können bis zu drei Behinderungsarten angegeben werden. Die Auswertungen in diesem Beitrag beziehen sich auf die erste Behinderungsart, die die schwerste ist.

G2 Schwerbehindertenquote¹ 2001–2021 nach Alter



Die Entwicklung der Zahl der Schwerbehinderten als auch der Gesamtbevölkerungszahl zurückzuführen sein. Die Entwicklung der Zahl der Schwerbehinderten wird von den Neubeantragungen und von den Aberkennungen einer Schwerbehinderung – nach erfolgreicher Heilungsbewährung – beeinflusst. Zudem spielen sowohl für die Entwicklung der Zahl der Schwerbehinderten als auch für die Entwicklung der Zahl der Menschen ohne Schwerbehinderung Geburten und Zuzüge einerseits sowie Sterbefälle und Fortzüge andererseits eine Rolle.

Männer haben etwas häufiger eine Schwerbehinderung

Im Jahr 2021 besaßen 65 300 Frauen und 72 600 Männer im erwerbsfähigen Alter einen amtlich ausgestellten Schwerbehindertenausweis. Die Schwerbehindertenquote der Männer lag somit 0,4 Prozentpunkte über der Quote der Frauen (5,5 zu 5,1 Prozent).

Schwerbehindertenquote steigt kontinuierlich mit dem Lebensalter

Die Schwerbehindertenquote steigt kontinuierlich mit dem Lebensalter an. Von den 15- bis unter 25-Jährigen waren nur zwei Prozent schwerbehindert. In der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen hat dagegen mehr als jede bzw. jeder zehnte eine Schwerbehinderung (elf Prozent).

Schwerbehindertenquote der 55- bis unter 65-Jährigen sinkt

Bei der Betrachtung der zeitlichen Entwicklung der Schwerbehindertenquote für einzelne Altersgruppen über einen längeren Zeitraum werden Unterschiede zwischen den Generationen sichtbar. Die unterschiedlichen Quoten spiegeln zum Teil gesellschaftliche Modernisierungs- und Veränderungsprozesse wider. Beispielsweise können Schlaganfälle, die vor 20 Jahren noch häufig zu einer Schwerbehinderung infolge einer Lähmung führten, heutzutage oft so gut behandelt werden, dass die Betroffenen weniger und geringere Folgeschäden davontragen.

Werden die Schwerbehinderten im erwerbsfähigen Alter in fünf Gruppen zu je zehn Altersjahren unterteilt, so zeigt sich im Zeitverlauf, dass die Schwerbehindertenquote der 15- bis unter 25-Jährigen – von 1,4 auf zwei Prozent stieg. Bei den 25- bis unter 35-Jährigen blieb sie dagegen nahezu unverändert. In den drei Gruppen, die die 35- bis unter 65-Jährigen umfassen, gab es 2021 relativ betrachtet weniger Schwerbehinderte als 2001. Mit einem Minus von 5,8 Prozentpunkten sank die Schwerbehindertenquote in der Gruppe der 55- bis unter 65-Jährigen am stärksten.

Die Mehrheit der Schwerbehinderten im erwerbsfähigen Alter hatte 2021 den niedrigsten Grad einer Schwerbehinderung (GdB 50: 40 Prozent). Der höchste Grad der Behinderung von 100 wurde knapp einem Viertel der 15- bis unter 65-Jährigen zugesprochen (23 Prozent). Es folgten der GdB 60 und der GdB 80 (14 bzw. elf Prozent).

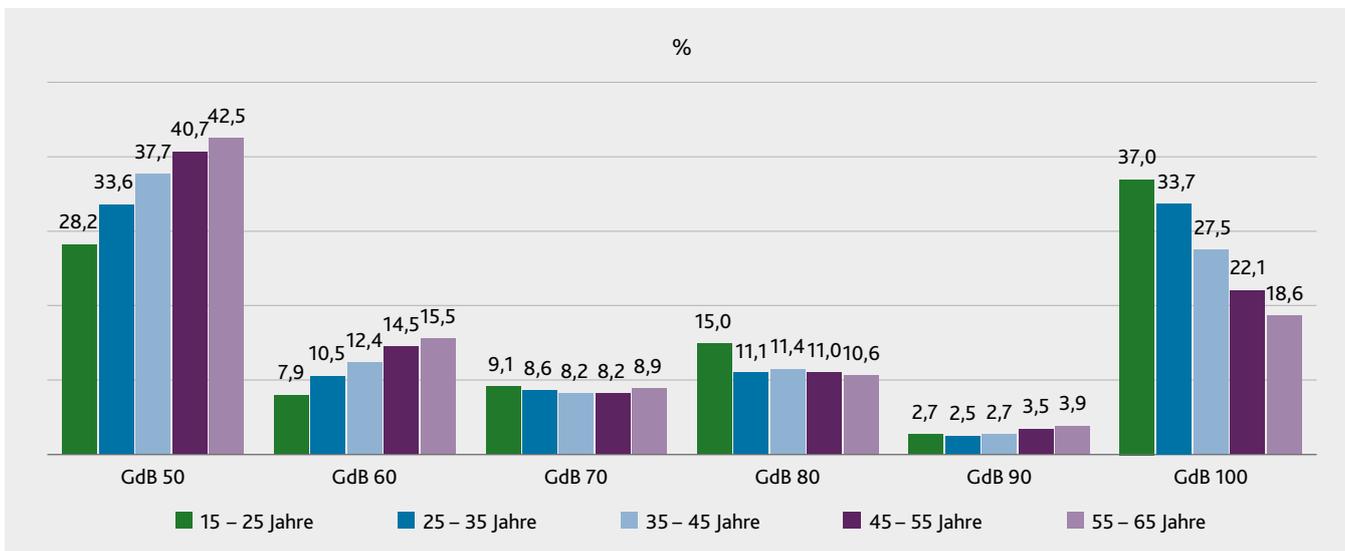
Mehrheit der Schwerbehinderten hat einen Grad der Behinderung von 50

Die Schwerbehinderten im erwerbsfähigen Alter haben tendenziell geringere Einschränkungen als die Schwerbehinderten insgesamt. Im Zeitverlauf blieb die Verteilung des Grades der Behinderung unter den Personen im erwerbsfähigen Alter bemerkenswert stabil. Lediglich der Anteil der Menschen mit einem Grad der Behinderung von 50 stieg zwischen 2001 und 2021 um zwei Prozentpunkte. Dagegen sank der Anteil der Personen mit einem Grad der Behinderung von 60 im gleichen Ausmaß.

Die häufigste Ursache für eine Schwerbehinderung der Menschen im erwerbsfähigen Alter war 2021 eine allgemeine Krankheit (88 Prozent). Hier handelt es sich um alle Krankheiten, die nicht angeboren oder als Berufskrankheit anerkannt sind. Eine Krankheit gilt nur dann als angeboren, wenn sie im

Im erwerbsfähigen Alter sind sehr häufig Krankheiten die Ursache einer Schwerbehinderung

G3 Schwerbehinderte im erwerbsfähigen Alter 2021 nach Grad der Behinderung und Alter



Angeborene Behinderungen machen weniger als fünf Prozent aus

ersten Lebensjahr in Erscheinung getreten ist. Demnach fallen auch nach dem ersten Geburtstag in Erscheinung getretene genetische Erkrankungen in die Kategorie der allgemeinen Krankheiten. An zweiter Stelle folgen „sonstige oder mehrere Ursachen“. Darunter fallen Behinderungen infolge von Selbstbeschädigung oder Selbstverstümmelung sowie Behinderungen, deren Ursache nicht zu ermitteln ist oder die auf mehreren unterschiedlichen Ursachen beruhen (acht Prozent). Eine angeborene Behinderung lag 2021 bei lediglich 3,5 Prozent der Schwerbehinderten im erwerbsfähigen Alter vor. Behinderungen infolge von Unfällen³ spielten mit 0,8 Prozent eine untergeordnete Rolle. Als Ursache einer Schwerbehinderung nahezu unbedeutend waren anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigungen (2021: 0,1 Prozent).

Die Zahl der Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigungen reduzierte sich zwischen 2001 und 2021 von knapp 500 auf

³ Dazu gehören Arbeits- und Verkehrsunfälle sowie häusliche und sonstige Unfälle.

weniger als 100 Betroffene (–82 Prozent). Die Zahl der infolge von Unfällen Schwerbehinderten ging innerhalb von 20 Jahren von 3 400 auf knapp 1 050 Fälle zurück (–69 Prozent). Ein vergleichbarer Rückgang konnte für Schwerbehinderungen, die auf sonstige oder mehrere Ursachen zurückzuführen sind, festgestellt werden (–67 Prozent). Ihre Zahl sank von 31 800 auf 10 500 Fälle.

Angeborene Behinderungen verringerten sich innerhalb von 20 Jahren von 8 100 auf 4 800 Personen im erwerbsfähigen Alter (–40 Prozent). Die Zahl der von allgemeiner Krankheit verursachten Schwerbehinderung schwankte zwischen 2001 und 2021, insgesamt ergab sich ein Zuwachs um sieben Prozent. Bei den Anteilswerten zeigt sich die größte Verschiebung zwischen der Ursachengruppe „Allgemeine Krankheit“, deren Anteil seit 2001 um 16 Prozentpunkte stieg, und der Gruppe „Sonstige oder mehrere Ursachen“, deren Anteilswert sich um knapp 13 Prozentpunkte verringerte. Ob es sich um eine tatsächliche Verschiebung der Ursachen handelt oder ob die tatsächlichen

Schwerbehinderungen infolge von Kriegsbeschädigungen und Unfällen sind stark rückläufig

Weniger angeborene Behinderungen als vor 20 Jahren

Ursachen der Schwerbehinderung besser ermittelt werden konnten, kann mit den verfügbaren Daten nicht geklärt werden.

Angeborene Erkrankungen sind tendenziell gravierender als im Laufe des Lebens erworbene

Angeborene und durch Verkehrsunfälle entstandene Behinderungen ziehen stärkere Beeinträchtigungen nach sich als solche aufgrund von allgemeiner Krankheit oder sonstigen Ursachen. Gut zwei Drittel der Schwerbehinderten im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit angeborenen Erkrankungen haben einen Grad der Behinderung von 100. Schwerbehinderungen, die infolge eines Verkehrsunfalls entstanden, führten in vier von zehn Fällen zu einem Grad der Behinderung von 100. Bei Behinderungen, die der Ursachengruppe „Allgemeine Krankheit“ zugeschrieben werden, sind die Einschränkungen weniger gravierend. Jeder bzw. jedem Fünften wurde der höchste Grad der Behinderung zuerkannt. Am relativ häufigsten wurde der niedrigste Grad der Behinderung infolge von Arbeitsunfällen und allgemeiner Krankheit vergeben (43 bzw. 41 Prozent).

Häufig liegen der Schwerbehinderung organische und psychische Beeinträchtigungen zugrunde

Funktionsbeeinträchtigungen von inneren Organen sind die häufigste Behinderungsart

Das Merkmal Behinderungsart beschreibt die Funktionsbeeinträchtigung, die infolge einer Krankheit oder eines Unfalls entstanden ist und durch die der Körper- und Gesundheitszustand abweicht, von dem, der für das Lebensalter typisch ist. Die insgesamt 55 Behinderungsarten werden zu acht Oberkategorien und einer Sammelkategorie für „Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen“ zusammengefasst. Bei den 15- bis unter 65-Jährigen lag 2021 am häufigsten eine „Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen“

vor (29 Prozent). Innerhalb dieses Bereichs dominierten 2001 Beeinträchtigungen des Herz-Kreislauf-Systems und der Verdauungsorgane. Zwanzig Jahre später wurden sie von Beeinträchtigungen der Geschlechtsorgane, der Verdauungsorgane sowie der inneren Sekretion und bzw. oder des Stoffwechsels abgelöst. Der Rückgang von Herz-Kreislauf-Erkrankungen ist mutmaßlich mit einem stärkeren gesellschaftlichen Fokus auf Prävention sowie auf bessere Behandlungsmöglichkeiten zurückzuführen.

Eine starke Zunahme von 2 400 auf 10 200 Fälle gab es bei Schwerbehinderungen aufgrund von Beeinträchtigungen der Geschlechtsorgane, zu denen auch die Brust gehört (+326 Prozent). Im selben Zeitraum reduzierte sich die Zahl der Schwerbehinderungen aufgrund des Verlustes einer Brust oder beider Brüste von 4 500 auf knapp 350 Fälle (-92 Prozent). Beides zusammen spricht dafür, dass sich die Behandlungsmöglichkeiten einerseits so stark verbessert haben, dass Krebspatientinnen und Krebspatienten häufiger überleben und weniger Amputationen erforderlich sind als vor 20 Jahren⁴, andererseits bleibt infolge der Krankheit eine Funktionsbeeinträchtigung zurück, die als Schwerbehinderung anerkannt wird.

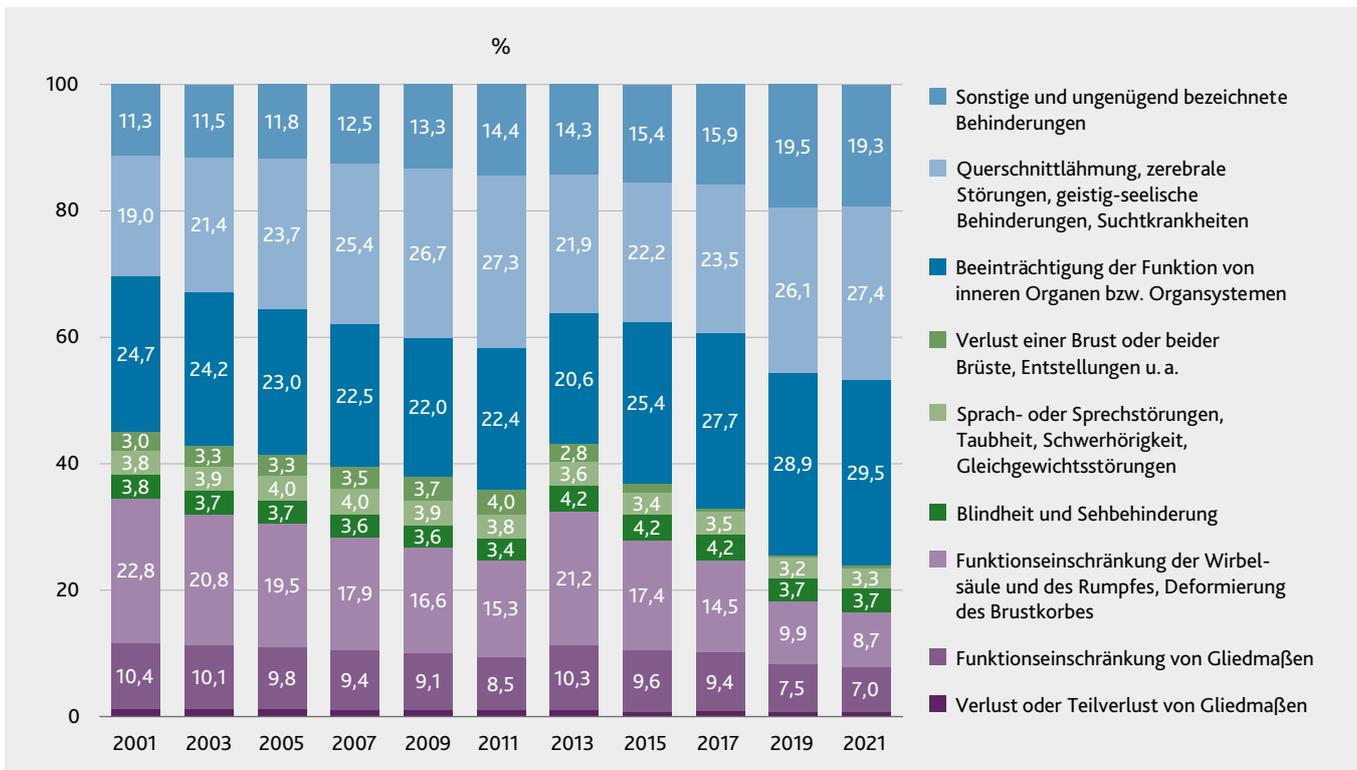
Beeinträchtigungen der Geschlechtsorgane nehmen infolge von Krebserkrankungen zu

Bei den 15- bis unter 65-jährigen Schwerbehinderten 2021 führten in 27 Prozent der Fälle „Querschnittslähmungen, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen oder Suchtkrankheiten“ zu der Schwerbehinderung. Die häufigste Behinderungsart innerhalb dieser Kategorie war sowohl 2001

Starker Anstieg von psychischen Erkrankungen

4 Robert Koch-Institut (Hrsg.) und die Gesellschaft der epidemiologischen Krebsregister in Deutschland e.V. (Hrsg.): Krebs in Deutschland für 2019/2020. 14. Ausgabe. Berlin, 2023. https://www.krebsdaten.de/Krebs/DE/Content/Publikationen/Krebs_in_Deutschland/krebs_in_deutschland_2023.pdf?__blob=publicationFile [abgerufen am 28.06.2024]

G4 Schwerbehinderte im erwerbsfähigen Alter 2001–2021 nach Funktionsbeeinträchtigung



als auch 2021 eine „Störung der geistigen Entwicklung“. Die Fälle von „Hirnorganischem Psychosyndrom ohne neurologische Ausfallserscheinungen am Bewegungsapparat⁵ und symptomatischen Psychosen“ nahmen innerhalb von 20 Jahren um rund ein Drittel zu. Eine erhebliche Steigerung zeigt sich bei den „Neurosen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen“, die von rund 3 000 Fällen 2001 auf mehr als 10 000 Fälle im Jahr 2021 anwachsen (+230 Prozent).

Deutlicher Rückgang bei Schwerbehinderungen aufgrund (Teil-)Verlusts von Gliedmaßen

Die Zahl der Schwerbehinderten im erwerbsfähigen Alter, die einen Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen hinnehmen mussten, an einer Funktionseinschränkung von Gliedmaßen, einer Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes oder einer Defor-

mierung des Brustkorbes leiden, reduzierte sich deutlich. Zudem haben heute etwas weniger Menschen eine Schwerbehinderung aufgrund einer Beeinträchtigung des Hör- oder des Sehvermögens als 20 Jahre zuvor (–25 bzw. –13 Prozent).

Nur jede bzw. jeder zweite Schwerbehinderte zählt zu den Erwerbspersonen

Vor dem Hintergrund des Arbeitskräfteengpasses, der sich durch das Ausscheiden der Babyboomer aus dem Erwerbsleben in den kommenden Jahren verstärken wird, stellt sich die Frage, inwieweit Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt integriert sind oder integriert werden können. Das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung, wie es in der 2009 in Kraft getretenen UN-Konvention

UN-Behinder-tenrechtskon-vention und Landesaktions-plan streben inklusive Ge-sellschaft an

5 Damit sind Hirnleistungsschwächen bzw. organische Wesensänderungen gemeint.

festgehalten wird, erstreckt sich – neben vielen anderen Lebensbereichen – auch auf Bildung und Arbeit. Demnach haben Menschen mit Behinderungen „das gleiche Recht auf Arbeit, [...] dies beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird.“⁶ Die Sicherung dieses Rechts gilt auch für Menschen, die während der Beschäftigung eine Behinderung erwerben.

In Rheinland-Pfalz konkretisiert ein 2010 verabschiedeter und kontinuierlich fortgeschriebener Landesaktionsplan die schrittweise Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Darin ist die Vision formuliert, dass „behinderte Menschen gemeinsam mit nicht behinderten Menschen in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarkts“⁷ arbeiten. Persönliche Stärken und Ziele sollen den Übergang von der Schule in das Arbeitsleben und die berufliche Ausbildung, die in regulären Betrieben stattfindet, bestimmen.

Untererfassung der Schwerbehinderung durch den Mikrozensus liegt an Menschen in Gemeinschaftsunterkünften

Daten zur Schul- und Berufsbildung sowie zur Erwerbsbeteiligung Schwerbehinderter liefert der Mikrozensus. Im Jahresdurchschnitt 2021 wurden in der repräsentativen Stichprobe in Rheinland-Pfalz insgesamt 130 800 Menschen im erwerbsfähigen Alter mit Schwerbehinderung ermittelt. Die Diffe-

6 Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen: Die UN-Behindertenrechtskonvention. Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. S. 24. https://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Downloads/DE/AS/PublikationenErklaerungen/Broschuere_UNKonvention_KK.pdf?__blob=publicationFile&v=8 [abgerufen am: 10.07.2024]

7 LANDESAKTIONSPLAN RHEINLAND-PFALZ zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. S. 41. https://mastd.rlp.de/fileadmin/06/04_Soziales/Soziales_Dokumente/Landesaktionsplan_UN-BRK_2021.pdf [abgerufen am: 03.07.2024]

renz von rund 7 000 Personen zur Schwerbehindertenstatistik erklärt sich teilweise durch die in Gemeinschaftsunterkünften lebenden Schwerbehinderten, weil Menschen in solchen Unterkünften im Rahmen des Mikrozensus nicht befragt werden.

Schwerbehinderte sind seltener erwerbstätig

Die Erwerbspersonen setzen sich zusammen aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen.

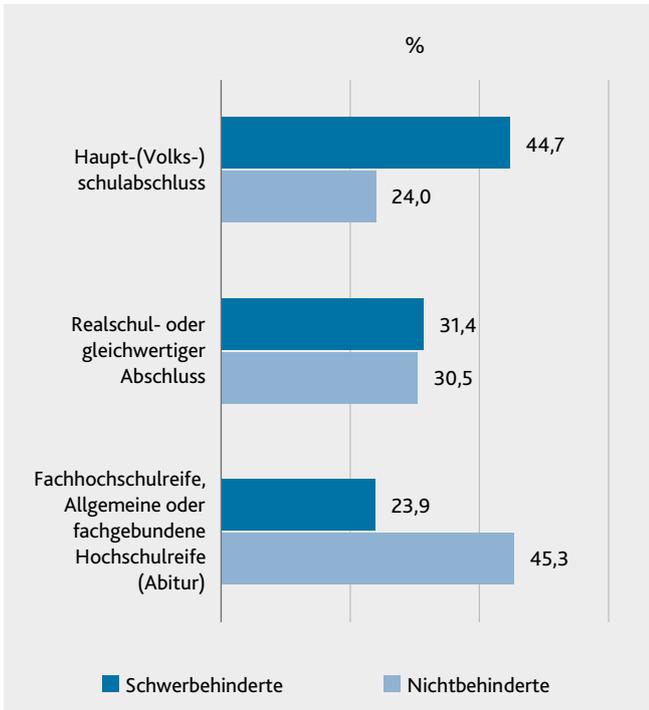
Weniger als die Hälfte der Schwerbehinderten zwischen 15 und 65 Jahren gehörte 2021 zu den Erwerbspersonen (47 Prozent). Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass mehr als die Hälfte der Menschen mit Schwerbehinderung zu den Nichterwerbspersonen zählte. Sieben von zehn Menschen mit leichter Behinderung waren Erwerbspersonen, und drei von zehn waren Nichterwerbspersonen. Bei den Menschen ohne Behinderung betrug die Relation von Erwerbs- zu Nichterwerbspersonen 82 zu 18 Prozent.

Die Erwerbstätigenquote der Schwerbehinderten – das ist der Anteil der schwerbehinderten Erwerbstätigen zwischen 15 und 65 Jahren an allen schwerbehinderten Personen dieser Altersgruppe – betrug 2021 rund 45 Prozent. Im Vergleich dazu lag die Erwerbstätigenquote der Menschen ohne Behinderung bei 80 Prozent.

Eine Auswertung der Erwerbstätigenquote Schwerbehinderter nach Altersgruppen liefert Hinweise auf eine Ursache der vergleichsweise geringen Erwerbsbeteiligung.

Nur jede bzw. jeder zweite Schwerbehinderte zwischen 15 und 65 Jahren ist erwerbstätig

G5 Personen im erwerbsfähigen Alter 2021 nach Art des allgemeinen Schulabschlusses



Da die Fallzahlen in der rheinland-pfälzischen Stichprobe für den Mikrozensus für diese Merkmalskombination relativ gering sind, werden hilfsweise Daten aller Bundesländer herangezogen.

Niedrigste Erwerbstätigenquote bei den Jüngsten und den Ältesten im erwerbsfähigen Alter

Per Definition zählen 15- bis unter 25-Jährige zwar zur erwerbsfähigen Bevölkerung; viele von ihnen befanden sich 2021 nach den bundesweiten Ergebnissen des Mikrozensus jedoch in der Schul-, Hochschul- oder Berufsausbildung. Gut ein Drittel der Schwerbehinderten in dieser Altersgruppe war bereits erwerbstätig (39 Prozent). Bei den Nichtbehinderten lag der Anteil knapp zehn Prozentpunkte höher. Die höchste Erwerbstätigenquote ließ sich bei den 25- bis unter 50-jährigen Schwerbehinderten feststellen (60 Prozent). Sie lag 24 Prozentpunkte unter derjenigen der Nichtbehinderten. Die Erwerbstätigenquoten der Schwerbehinderten zwischen 50 und

55 Jahren sowie zwischen 55 und 60 Jahren unterschieden sich 2021 nur geringfügig (54 zu 52 Prozent). Dasselbe galt für Menschen beider Altersgruppen ohne Behinderung (85,5 zu 81 Prozent). Menschen im Alter von 60 bis 65 Jahren waren sowohl mit als auch ohne Schwerbehinderung deutlich seltener erwerbstätig als vor dem 60. Geburtstag (32 zu 61 Prozent). Die Differenz zur Erwerbstätigenquote der 55- bis 60-Jährigen betrug in beiden Gruppen 20 Prozentpunkte.

Weitere Informationen zur Arbeitsmarktintegration der Menschen mit einer Schwerbehinderung können aus den Daten der Bundesagentur für Arbeit gewonnen werden. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit weist für Rheinland-Pfalz für das Berichtsjahr 2021 rund 35 000 Schwerbehinderte und 6 000 ihnen gleichgestellte Personen in regulärer Beschäftigung, d. h. am ersten Arbeitsmarkt, aus.⁸ Weitere 16 000 Schwerbehinderte arbeiteten in Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Darüber hinaus dürfte ein weiterer Teil als Selbstständige tätig gewesen sein.

Mehrheit der Schwerbehinderten hat einen Haupt- oder Volksschulabschluss

Bei der Suche nach den Ursachen für die geringe Erwerbsbeteiligung Schwerbehinderter lohnt sich ein Blick auf die Qualifikationsstruktur. Dabei zeigt sich: Menschen mit Schwerbehinderung erreichen in Rheinland-Pfalz seltener einen allgemeinen Schulabschluss als Nichtbehinderte. Und falls bei ihnen ein allgemeiner Schul-

Schwerbehinderte verfügen häufiger über einen Haupt- oder Volksschulabschluss

⁸ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Analyse Arbeitsmarkt, Menschen mit Behinderung, Deutschland 2022. https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202212/analyse/analyse-arbeitsmarkt-schwerbehinderte/analyse-arbeitsmarkt-schwerbehinderte-d-0-202212-pdf.pdf?__blob=publicationFile [abgerufen am 28.06.2024]

Ein Viertel der Schwerbehinderten ist ohne beruflichen Abschluss

abschluss vorliegt, ist es tendenziell ein niedriger Abschluss. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2021 beendeten in Rheinland-Pfalz wesentlich mehr Schwerbehinderte ihre Schulzeit mit einem Haupt- oder Volksschulabschluss⁹ als Menschen ohne Behinderung in der Altersgruppe 15 bis unter 65 Jahren (45 zu 24 Prozent). Exakt spiegelbildlich verhält es sich bei der Fachhochschul- oder der allgemeinen Hochschulreife (24 zu 45 Prozent). Über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss verfügte jeweils knapp ein Drittel der Schwer- und der Nichtbehinderten (31 bzw. 30 Prozent).

Menschen im erwerbsfähigen Alter haben etwas häufiger höhere Schulabschlüsse als die Bevölkerung insgesamt

Bei dem Vergleich zwischen Schwer- und Nichtbehinderten könnten sich zwei Effekte überlagern: Im Zuge der Bildungsexpansion¹⁰ erreichten immer mehr Menschen die Fachhochschul- oder die allgemeine Hochschulreife. Gleichzeitig verloren der Hauptschul- und der Realschulabschluss stetig an Bedeutung. Die heute 60-Jährigen schlossen die Schule wesentlich häufiger mit einem Haupt- oder Volksschulabschluss ab als die heute 30-Jährigen, von denen bereits die Hälfte eines Jahrgangs die Hochschulreife erreicht. Es ist also fraglich, ob das Bildungsverhalten der Alterskohorte oder die Schwerbehinderung Ursache der niedrigeren Schulabschlüsse sind. Gegen eine Behinderung als (Haupt-)Ursache spricht die Tatsache, dass eine Schwerbehinderung infolge einer Erkrankung oft erst zwischen dem 50. und dem 60. Lebensjahr festgestellt wird.

9 In diese Kategorie gehört auch der Abschluss der 8. oder 9. Klasse der Polytechnischen Oberschule der DDR.

10 Unter dem Begriff „Bildungsexpansion“ wird die enorme Ausdehnung des Bildungswesens in den vergangenen Jahrzehnten bezeichnet, infolge dessen immer mehr junge Menschen weiterführende Bildungseinrichtungen besuchen, mittlere oder höhere Bildungsabschlüsse erwerben und länger im Bildungssystem verweilen.

Blickt man auf die berufsqualifizierenden Abschlüsse, ergibt sich im Grundsatz ein ähnliches Bild. Mehr als ein Drittel der Schwerbehinderten im erwerbsfähigen Alter blieb 2021 ohne berufsqualifizierenden Abschluss (35 Prozent). Dies galt jedoch nur für 29 Prozent der Nichtbehinderten.

Von denjenigen, die über einen berufsqualifizierenden Abschluss verfügten, hatten drei Viertel der Schwerbehinderten eine Lehre absolviert. Unter den Nichtbehinderten waren es mit 68 Prozent etwas weniger. Menschen ohne Schwerbehinderung erreichten somit häufiger einen Fachschul-, einen Fachhochschul- oder einen Hochschulabschluss.¹¹

Lehre und Berufsausbildung am weitesten verbreiteter beruflicher Abschluss bei den Schwerbehinderten

Eine differenziertere Betrachtung von Schwerbehinderten, deren Einschränkung bereits während der Schulzeit bestand, und denjenigen, deren Einschränkung erst im Lauf des Erwerbslebens auftrat, könnte weitere interessante Erkenntnisse hervorbringen. Die zweite Gruppe hatte während der Ausbildungsphase vergleichbare Voraussetzungen wie Nichtbehinderte.

Menschen mit Behinderung sind häufiger von öffentlichen (Transfer-)Leistungen abhängig

Im Landesaktionsplan wird das Ziel formuliert, dass „behinderte Menschen [...] durch ihre Beschäftigung ein Einkommen erzielen [können], das ihnen ein selbstbestimmtes

11 Die exakten Anteilswerte für Schwerbehinderte können an dieser Stelle aufgrund der geringen Fallzahl in der Stichprobe und des damit einhergehenden hohen Stichprobenfehlers nicht ausgewiesen werden. Von den Nichtbehinderten schlossen elf Prozent die Fachschule ab, und 20 Prozent konnten einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss vorweisen.



Gut ein Drittel der Schwerbehinderten bestreitet den überwiegenden Lebensunterhalt aus einer eigenen Erwerbstätigkeit

Leben ermöglicht.“¹² Tatsächlich bestritten nur knapp 36 Prozent der Schwerbehinderten im erwerbsfähigen Alter ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch eine eigene Erwerbstätigkeit. Der Anteil der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ohne Behinderung, die eine eigene Erwerbstätigkeit als primäre Quelle ihres Lebensunterhalts angaben, war mit 73 Prozent doppelt so hoch. Menschen mit leichter Behinderung waren denjenigen ohne Behinderung ähnlicher: 59 Prozent lebten von ihrer eigenen Erwerbstätigkeit.

Gut ein Drittel der Schwerbehinderten lebt von einer Rente oder Pension

Fast ebenso häufig wie die eigene berufliche Tätigkeit wurde von den Schwerbehinderten eine Renten- oder Pensionszahlung als Haupteinkommensquelle angeführt. Mehr als jede bzw. jeder dritte Schwerbehinderte zwischen 15 und 65 Jahren war zuletzt darauf angewiesen (34 Prozent). Für die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ohne Behinderung spielte diese Einkommensquelle dagegen kaum eine Rolle. Nur zwei Prozent finanzierten ihren Lebensunterhalt vorwiegend über eine hauptsächlich für das Alter bestimmte Transferleistung.

Öffentliche Leistungen als Haupteinkommensquelle sind bei den Menschen mit Schwerbehinderung weiterverbreitet als bei nichtbehinderten Menschen

Auch anderweitige öffentliche Leistungen – wie z. B. das Arbeitslosengeld I und Leistungen nach Hartz IV, eine Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung bei Erwerbsunfähigkeit und andere Hilfen in besonderen Lebenslagen – waren in der Summe unter schwerbehinderten Menschen in Rheinland-Pfalz 2021 weiterverbreitet als unter Nichtbehinderten. Fast 19 Prozent der Schwerbehinderten gaben eine öffentliche Transferleistung als überwiegende Quelle

¹² Landesaktionsplan Rheinland-Pfalz zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. S. 41. https://mastd.rlp.de/fileadmin/06/04_Soziales/Soziales_Dokumente/Landesaktionsplan_UN-BRK_2021.pdf [abgerufen am: 03.07.2024]

ihres Lebensunterhalts an. Von den Nichtbehinderten bestritt dagegen nur eine Minderheit ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch öffentliche Transfers (7,3 Prozent).

Fazit

Schwerbehinderung hat viele Facetten und äußert sich sehr unterschiedlich. Mehrheitlich sind ältere Menschen ab etwa 60 Jahren betroffen, bei denen die Schwerbehinderung infolge einer Erkrankung anerkannt wird. Diese Schwerbehinderungen führen meist zu geringeren Einschränkungen als angeborene Erkrankungen, beispielsweise Störungen der geistigen Entwicklung oder Sinnesbehinderungen.

Durch systematische Früherkennungsprogramme und verbesserte Behandlungsmöglichkeiten sind die Fallzahlen einiger Behinderungsarten innerhalb des Zeitraums von 2001 bis 2021 stark zurückgegangen, etwa was den (Teil-)Verlust von Gliedmaßen betrifft. Auch Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie Erkrankungen der Atemwege führen heute seltener zu einer Schwerbehinderung als zu Beginn des Jahrtausends.

Einige körperliche und seelische Erkrankungen führen heute häufiger zu einer Schwerbehinderung als vor 20 Jahren. Zu den körperlichen Erkrankungen gehören die Funktionsbeeinträchtigung der Verdauungs-, Harn- und Geschlechtsorgane sowie des Blutes. Mit seelischen Erkrankungen sind Neurosen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen gemeint. Die gesellschaftliche Enttabuisierung der Thematik führte möglicherweise zu einer häufigeren Diagnostik und einer damit verbundenen Anerkennung der Schwerbehinderung.

Mit Blick auf die Erwerbsintegration zeigen die Ergebnisse des Mikrozensus, dass

Schwerbehinderte seltener erwerbstätig sind als Menschen ohne Einschränkungen. Mehr als die Hälfte der Schwerbehinderten im erwerbsfähigen Alter zählt zu den Nichterwerbspersonen. Die empirischen Befunde deuten darauf hin, dass die Nichterwerbspersonen mehrheitlich diejenigen sind, die ohnehin kurz vor der Rente stehen und den Arbeitsmarkt aufgrund ihrer Behinderung früher verlassen haben. So gibt ein Drittel der Schwerbehinderten zwischen 15 und 65 Jahren an, überwiegend von einer Rente oder Pension zu leben. Sehr wahrscheinlich handelt es sich um ein freiwilliges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben. Sozialpolitisch und gesellschaftlich bedarf es größerer Anstrengungen, Menschen mit

früh in Erscheinung getretenen Behinderungen stärker zu fördern, um durch einen erfolgreichen Schulabschluss die Chancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu erhöhen. Denn die Ergebnisse des Mikrozensus zeigen, dass Schwerbehinderte im Vergleich zu Menschen ohne Behinderung grundsätzlich schlechtere Chancen haben, einen höheren allgemeinen Schulabschluss zu erlangen. Eine höhere Qualifikation der Menschen mit Behinderung könnte darüber hinaus den zunehmenden Fach- und Arbeitskräftemangel lindern.

Dr. Andrea Weitzel ist Referentin im Referat „Analysen Staat, Soziales“.



Wahlbeteiligung bei Europawahl nimmt zu AfD und BSW gewinnen dort, wo nur wenige Menschen abstimmen



Von Sebastian Fückel

In Rheinland-Pfalz stieg die Wahlbeteiligung bei Europawahlen zum dritten Mal in Folge. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis machten bei der zehnten Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 9. Juni 2024 zwei von drei Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch (66,7 Prozent). Erstmals durften durch eine Änderung des Europawahlgesetzes auch 16- und 17-Jährige an der Abstimmung teilnehmen. Regional fiel die Wahlbeteiligung vor allem in urbaneren sowie in strukturschwachen Gebieten gering aus. Von der höheren Zahl der Wählerinnen und Wähler konnten vor allem die AfD und das BSW profitieren. Gleichwohl zeigt sich, dass die beiden Parteien insbesondere dort niedrige Stimmenanteile erzielten, wo sich insgesamt viele Menschen an der Europawahl beteiligten.

16- und 17-Jährige erstmals wahlberechtigt

Die Änderung des Europawahlgesetzes ...

Mit der Verabschiedung des sechsten Gesetzes zur Änderung des Europawahlgesetzes¹ beschloss der Deutsche Bundestag zur Europawahl 2024 ein Novum in der Geschichte bundesweiter politischer Wahlen. Denn bei der zehnten Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments erhielten in Deutschland erstmals auch 16- und 17-Jährige das aktive Stimmrecht. Die Bundesrepublik ist damit einer von nur fünf Staaten in der Europäischen Union, in denen Bürgerinnen und Bürger bereits vor Vollendung des

¹ Europawahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1994 (BGBl. I S. 423, 555, 852), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 11) geändert worden ist.

18. Lebensjahres an der Europawahl teilnehmen dürfen. Neben Deutschland sind dies Belgien, Griechenland, Malta und Österreich.

In Rheinland-Pfalz erhöht sich die Zahl der Wahlberechtigten dadurch um schätzungsweise 64 600 Personen (siehe Textkasten). Gemessen an allen Wahlberechtigten entspricht dies einem Anteil von 2,1 Prozent.

Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis waren bei der Europawahl 3,08 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer wahlberechtigt. Dies sind 10 565 Personen mehr als 2019 (+0,3 Prozent). Trotz der Erweiterung um die Gruppe der 16- und 17-Jährigen ergab sich bei der Zahl der Wahlberechtigten kein neuer Rekordwert. Die höchste Zahl an Stimmberechtigten wurde

... erhöht die Zahl der Wahlberechtigten um ca. 64 600 Personen.

Mehr Wahlberechtigte als 2019, aber kein neuer Rekord



Zahl der 16- und 17-jährigen Wahlberechtigten

Der Wert von 64 600 Personen ergibt sich, wenn für die Ergebnisse der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf Basis des Zensus 2011 zum 31. Dezember 2023 angenommen wird, dass von den Personen mit einer Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union von denjenigen, die 2006 geboren sind, sieben Zwölftel (entspricht bei einer Gleichverteilung der Geburtstage über das gesamte Jahr den Monaten Juni bis Dezember), von denjenigen, die 2007 geboren sind, alle, und von denjenigen, die 2008 geboren sind, fünf Zwölftel (entspricht bei einer Gleichverteilung der Geburtstage über das gesamte Jahr den Monaten Januar bis Mai) wahlberechtigt sind.

Ferner wird angenommen, dass sich das Verhältnis der Zahl der Wahlberechtigten nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der allgemeinen Wahlstatistik und der auf die soeben skizzierte Weise ermittelten Zahl der zum Wahltag 16-jährigen und älteren Personen mit Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union auf Basis der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum 31. Dezember 2023 insgesamt auf die Gruppe der 16- und 17-Jährigen übertra-

gen lässt. Über alle Altersgruppen hinweg beträgt dieses Verhältnis etwa 0,94.

Dass die Zahl der Wahlberechtigten nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der allgemeinen Wahlstatistik geringer ausfällt als die Personenzahl, die sich bei der Auswertung der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ergibt, ist unter anderem auf die natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen zurückzuführen, die zwischen dem Jahresende 2023 und dem 9. Juni 2024 stattfanden. Darüber hinaus kann im Rahmen der Auswertung der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes nicht ermittelt werden, wie viele Personen ihren gewöhnlichen Wohnsitz bereits seit mindestens drei Monaten in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union haben. Dies ist jedoch eine notwendige Voraussetzung für die Ausübung des aktiven Wahlrechts. Ebenso wenig kann mittels dieser Datenbasis beispielsweise geprüft werden, wie viele Personen mit gewöhnlichem Aufenthaltsort in Rheinland-Pfalz und der Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union sich dafür entschieden, ihr Stimmrecht nicht in Deutschland, sondern in ihrem Heimatland auszuüben.

Höchststand im
Jahr 2009

in Rheinland-Pfalz 2009 erreicht, als mehr als 3,1 Millionen Bürgerinnen und Bürger über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments entscheiden durften. Hauptursache für die seither rückläufige Entwicklung der Zahl der Stimmberechtigten im Alter von 18 und mehr Jahren ist der demografische Wandel, der bereits seit eineinhalb Jahrzehnten dafür sorgt, dass die wahlberech-

tigte Bevölkerung – vor allem unter den deutschen Staatsangehörigen – schrumpft.

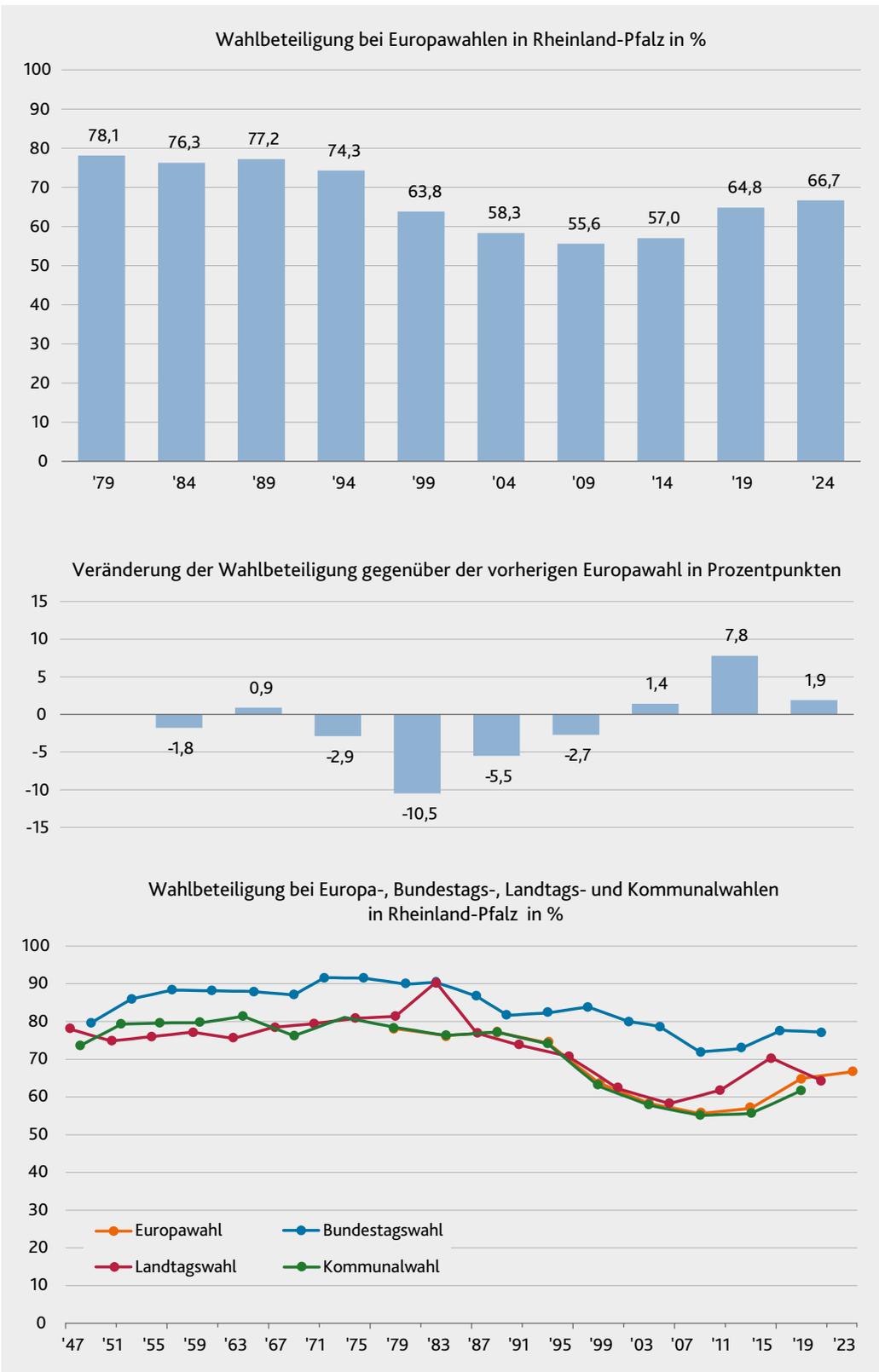
Zwei von drei Wahlberechtigten geben ihre Stimme ab

In Rheinland-Pfalz stieg bei der Europawahl 2024 zwar auch die Zahl der Wählerinnen und Wähler um gut 63 500 auf 2,06 Milli-

2,06 Millionen
Wählerinnen
und Wähler



G1 Wahlbeteiligung bei Europawahlen 1979–2024 sowie Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen 1947–2024





onen Personen (+3,2 Prozent). Hinter dem Höchstwert, der 1989 mit 2,23 Millionen Personen erreicht wurde, blieb die Zahl jedoch ein gutes Stück zurück. Positiv mag stimmen, dass damit bereits zum dritten Mal in Folge mehr Wählerinnen und Wähler als bei der jeweils vorangegangenen Abstimmung über die Zusammensetzung des Europaparlaments zur Urne gingen oder per Brief wählten.

Wahlbeteiligung steigt zum dritten Mal in Folge

Dieser positive Trend spiegelt sich auch in der Entwicklung der Wahlbeteiligung wider, die ebenfalls das dritte Mal in Folge zunahm. Sie belief sich nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis in Rheinland-Pfalz auf 66,7 Prozent. Damit machten zwei von drei wahlberechtigten Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Ein höherer Wert wurde zuletzt 1994 erreicht, als 74,3 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen gingen oder per Brief wählten. Gegenüber der Europawahl 2019 erhöhte sich die Wahlbeteiligung um 1,9 Prozentpunkte.

Wahlbeteiligung im bundes- und im EU-weiten Vergleich überdurchschnittlich

Vierthöchste Wahlbeteiligung im Ländervergleich

Hinsichtlich der Wahlbeteiligung belegt Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis den vierten Platz. Nur in Sachsen (69,4 Prozent), im Saarland (67,9 Prozent) und in Brandenburg (67,5 Prozent) gaben anteilig mehr Wahlberechtigte ihre Stimme ab. Den mit Abstand niedrigsten Wert verzeichnet Bremen mit 57 Prozent.

Bundesweit belief sich die Wahlbeteiligung auf 64,8 Prozent – ein Anstieg um 3,4 Prozentpunkte gegenüber 2019. Nur 1979 – bei der ersten Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments – fiel das Interesse

der Bürgerinnen und Bürger an einer Europawahl bundesweit noch etwas höher aus (65,7 Prozent).

Zu der überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz dürfte beigetragen haben, dass parallel wieder die Kommunalwahlen stattfanden. Neben Rheinland-Pfalz gab es am 9. Juni auch in Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt Kommunalwahlen. Außerdem fanden in Thüringen auf kommunaler Ebene zahlreiche Stichwahlen statt. Alle diese Länder – bis auf Sachsen-Anhalt und Thüringen – verzeichneten bei der Europawahl im bundesweiten Vergleich eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung.

Europa- und Kommunalwahlen finden zeitgleich statt

Ein Blick über die Bundesgrenze hinweg zeigt, dass sich die Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz auch im Vergleich mit anderen EU-Mitgliedsstaaten auf einem hohen Niveau bewegt.² Lediglich in Belgien (89,8 Prozent), in Luxemburg (82,3 Prozent) und in Malta (73 Prozent) votierten relativ betrachtet mehr Unionsbürgerinnen und -bürger über die Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Beteiligung an der Wahl auch EU-weit auf hohem Niveau

Dabei ist zu beachten, dass es in Belgien und in Luxemburg (zumindest formell) eine Wahlpflicht gibt; die Missachtung wird in der Praxis allerdings in der Regel nicht geahndet. Auch in Griechenland und in Italien sehen die Verfassungen formell eine Wahlpflicht vor, deren Missachtung in der Praxis für gewöhnlich ebenfalls nicht geahndet wird. In diesen beiden Staaten fiel die Beteiligung an

² Die Angaben zur Höhe der Wahlbeteiligung in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beziehen sich auf vorläufige Ergebnisse zum Stand 14. Juni 2024, die dem Europäischen Parlament nach Auswertungen von Verian bereitgestellt wurden.

Quelle: Europäisches Parlament: Wahlbeteiligung nach Jahr. Vorläufige Ergebnisse. <https://results.elections.europa.eu/de/wahlbeteiligung> [abgerufen am 15. Juni 2024]



der Europawahl mit 41,4 und 48,3 Prozent sogar sehr viel geringer aus als in Rheinland-Pfalz.

Die niedrigste Wahlbeteiligung aller 27 EU-Mitgliedsstaaten wurde für Kroatien festgestellt, dem jüngsten EU-Mitglied. Dort nahm nur etwas mehr als ein Fünftel der Bürgerinnen und Bürger an der Europawahl teil (21,4 Prozent).

Mehr Unionsbürgerinnen und Unionsbürger stimmen ab

Über alle Mitgliedsstaaten hinweg fiel die Wahlbeteiligung mit 51,1 Prozent etwas höher aus als 2019 (50,7 Prozent). Dies ist der höchste Wert seit 1994, als 56,7 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben, und im Verbleich aller Europawahlen seit 1979 ist es der fünfthöchste Wert. Tendenziell ist zu beobachten, dass seit 2014 das Interesse der Unionsbürgerinnen und -bürger an den Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments im EU-Durchschnitt wieder zunimmt. Aussagen und Interpretationen zur zeitlichen Entwicklung sind auf der supranationalen Ebene infolge der diversen Erweiterungsrounden und des Austritts des Vereinigten Königreiches im Jahr 2020 allerdings nur eingeschränkt möglich, da sich die Zusammensetzung der wahlberechtigten Grundgesamtheit zwischen den einzelnen Abstimmungen zum Teil erheblich verändert hat.

Städtische und ländliche Regionen nähern sich an

Wahlbeteiligung steigt in kreisfreien Städten stärker als in den Landkreisen

In Rheinland-Pfalz fiel auf tieferer regionaler Ebene die Beteiligung bei allen bisherigen Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in den kreisfreien Städten geringer aus als in den Landkreisen – so auch 2024. Während in den zwölf kreisfreien Städten nur 62,7 Prozent der Stimmberechtigten an der Europawahl teilnahmen, waren es in den 24 Landkreisen 67,9 Prozent. Gegenüber 2019 nahm die Wahlbeteiligung in den kreisfreien Städten allerdings etwas stärker zu als in den Landkreisen (+2,8 gegenüber +1,5 Prozentpunkte). Dadurch verringerte sich der Abstand zwischen den städtischen und den ländlichen Regionen mit 5,2 Prozentpunkten auf den niedrigsten Wert aller zehn Europawahlen. Der bislang größte Abstand stellte sich 1999 ein, als die Wahlbeteiligung in den Landkreisen um 12,7 Prozentpunkte höher ausfiel als in den kreisfreien Städten.

Die Spannweite der Wahlbeteiligung reicht in den kreisfreien Städten von 55,7 Prozent in Pirmasens bis 68,9 Prozent in Neustadt. In keiner der zwölf kreisfreien Städte nahmen mehr als 70 Prozent der Wahlberechtigten an der Abstimmung teil; in vier kreisfreien Städten gingen weniger als 60 Prozent zur Urne oder wählten per Brief. Neben Pirmasens war dies auch in Ludwigshafen (56,2 Prozent), in Kaiserslautern (57,1 Prozent) und in Zweibrücken (59,4 Prozent) der Fall.

Im Vergleich zu 2019 hat sich die Wahlbeteiligung in allen zwölf kreisfreien Städten erhöht. Besonders starke Zuwächse verzeichneten Zweibrücken (+6,7 Prozentpunkte), Pirmasens (+5,9 Prozentpunkte) und Worms (+5,2 Prozentpunkte). Auffallend ist, dass dies die drei kreisfreien Städte sind, in denen die AfD – gemessen in Prozentpunkten – ihre höchsten Zugewinne erzielte. Auch das BSW erreichte bei seinem erstmaligen Antritt in diesen drei kreisfreien Städten überdurchschnittliche Stimmenergebnisse. Von dem Anstieg der Wahlbeteiligung dürften die beiden Parteien insofern profitiert haben, als sie ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler zur Stimmberechtigten an der Europawahl teilnahmen, waren es in den 24 Landkreisen 67,9 Prozent. Gegenüber 2019 nahm die Wahlbeteiligung in den kreisfreien Städten allerdings etwas stärker zu als in den Landkreisen (+2,8 gegenüber +1,5 Prozentpunkte). Dadurch verringerte sich der Abstand zwischen den städtischen und den ländlichen Regionen mit 5,2 Prozentpunkten auf den niedrigsten Wert aller zehn Europawahlen. Der bislang größte Abstand stellte sich 1999 ein, als die Wahlbeteiligung in den Landkreisen um 12,7 Prozentpunkte höher ausfiel als in den kreisfreien Städten.

AfD und BSW punkten in den Städten, in denen die Wahlbeteiligung am stärksten zunimmt

Die Spannweite der Wahlbeteiligung reicht in den kreisfreien Städten von 55,7 Prozent in Pirmasens bis 68,9 Prozent in Neustadt. In keiner der zwölf kreisfreien Städte nahmen mehr als 70 Prozent der Wahlberechtigten an der Abstimmung teil; in vier kreisfreien Städten gingen weniger als 60 Prozent zur Urne oder wählten per Brief. Neben Pirmasens war dies auch in Ludwigshafen (56,2 Prozent), in Kaiserslautern (57,1 Prozent) und in Zweibrücken (59,4 Prozent) der Fall.

T1 Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2024 in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Verwaltungsbezirk	Wahlbeteiligung in %	Veränderung in Prozentpunkten	Rang		
			2024	2019	Veränderung
Frankenthal (Pfalz), St.	60,7	+3,6	31	31	•
Kaiserslautern, St.	57,1	+2,5	34	33	▼
Koblenz, St.	64,2	+3,4	25	26	▲
Landau i. d. Pfalz, St.	68,3	+1,8	17	14	▼
Ludwigshafen a. Rh., St.	56,2	+2,1	35	34	▼
Mainz, St.	69,1	+0,9	12	9	▼
Neustadt a. d. Weinstr., St.	68,9	+3,6	13	19	▲
Pirmasens, St.	55,7	+5,9	36	36	•
Speyer, St.	64,2	+3,6	25	28	▲
Trier, St.	62,1	+1,8	29	29	•
Worms, St.	60,6	+5,2	32	32	•
Zweibrücken, St.	59,4	+6,7	33	35	▲
Ahrweiler	67,1	+1,2	21	16	▼
Altenkirchen (Ww.)	64,2	+3,4	25	26	▲
Alzey-Worms	70,0	+2,1	7	11	▲
Bad Dürkheim	71,0	+1,1	5	5	•
Bad Kreuznach	64,5	+0,7	23	23	•
Bernkastel-Wittlich	68,1	+3,0	18	21	▲
Birkenfeld	61,4	+2,8	30	30	•
Cochem-Zell	69,2	+0,4	11	8	▼
Donnersbergkreis	68,5	+2,1	16	15	▼
Eifelkreis Bitburg-Prüm	69,8	+0,5	9	6	▼
Germersheim	67,3	+1,6	19	18	▼
Kaiserslautern	68,8	+1,4	14	12	▼
Kusel	69,6	+3,0	10	13	▲
Mainz-Bingen	70,0	-0,7	7	3	▼
Mayen-Koblenz	64,5	+2,3	23	24	▼
Neuwied	63,7	+1,8	28	25	▼
Rhein-Hunsrück-Kreis	68,8	+0,6	14	9	▲
Rhein-Lahn-Kreis	65,0	-0,8	22	17	▼
Rhein-Pfalz-Kreis	71,1	+2,2	3	7	▲
Südliche Weinstraße	71,3	-0,2	2	1	▼
Südwestpfalz	72,8	+1,7	1	2	▲
Trier-Saarburg	71,1	+0,9	3	4	▲
Vulkaneifel	70,4	+6,3	6	22	▲
Westerwaldkreis	67,3	+2,0	19	19	•
Rheinland-Pfalz	66,7	+1,9	x	x	x
Kreisfreie Städte	62,7	+2,8	x	x	x
Landkreise	67,9	+1,5	x	x	x



gabe motiviert haben könnten. Der geringste Zuwachs der Wahlbeteiligung ergab sich im Vergleich der kreisfreien Städte in der Landeshauptstadt Mainz (+0,9 Prozentpunkte).

In den Landkreisen reicht die Spanne der Wahlbeteiligung von 61,4 Prozent in Birkenfeld bis 72,8 Prozent in der Südwestpfalz. Insgesamt gaben in acht Landkreisen mehr als 70 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab; in keinem Landkreis fiel die Wahlbeteiligung unter die Marke von 60 Prozent.

Drei Landkreise mit geringerer Wahlbeteiligung als 2019

Bei der Europawahl 2024 verzeichneten von den 24 Landkreisen – bezogen auf die Wahlberechtigten – 21 Kreise mehr Wählerinnen und Wähler als fünf Jahre zuvor. Der stärkste Zuwachs stellt sich in der Vulkaneifel ein (+6,3 Prozentpunkte). Die drei Landkreise, in denen die Wahlbeteiligung 2024 geringer ausfiel als 2019, sind der Rhein-Lahn-Kreis (–0,8 Prozentpunkte), Mainz-Bingen (–0,7 Prozentpunkte) und die Südliche Weinstraße (–0,2 Prozentpunkte).

Historisch betrachtet sind die Verwaltungsbezirke damit noch weit von den bisherigen Höchst- und Tiefstständen entfernt. Die höchste Wahlbeteiligung bei den bisherigen zehn Europawahlen wurde mit jeweils 84,4 Prozent in den Landkreisen Südliche Weinstraße (1979) und Cochem-Zell (1989) gemessen. Den Negativrekord hält die kreisfreie Stadt Kaiserslautern; dort nahmen 2009 nur 41 Prozent der Wahlberechtigten an der Europawahl teil.

Geringere Beteiligung in strukturschwachen Regionen

Noch etwas größer als auf der Ebene der kreisfreien Städte und der Landkreise fällt die Spanne der Wahlbeteiligung auf der Ebene der zwölf kreisfreien Städte, der

29 verbandsfreien Gemeinden und der 129 Verbandsgemeinden aus. In den 170 Verwaltungseinheiten der so abgegrenzten Verbandsgemeindeebene reicht die Höhe der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2024 nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis von 51,7 Prozent in der verbandsfreien Gemeinde Idar-Oberstein bis 77,2 Prozent in der Verbandsgemeinde Maikammer.

Auf der Verbandsgemeindeebene nahmen in vier Verwaltungseinheiten mehr als 75 Prozent der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht wahr. Neben der Verbandsgemeinde Maikammer war dies auch in der Verbandsgemeinde Wachenheim (76 Prozent), in der Verbandsgemeinde Bodenheim (75,6 Prozent) und in der Verbandsgemeinde Deidesheim (75,4 Prozent) der Fall. Auf der anderen Seite lag die Wahlbeteiligung neben der verbandsfreien Gemeinde Idar-Oberstein nur in der verbandsfreien Gemeinde Bad Kreuznach mit 53,5 Prozent unterhalb der Schwelle von 55 Prozent.

Zwischen 2019 und 2024 stieg die Wahlbeteiligung in 136 der 170 Verwaltungseinheiten. Den stärksten Zuwachs verzeichnet die Verbandsgemeinde Gerolstein mit einem Plus von 9,4 Prozentpunkten. Von den 34 Verwaltungseinheiten, in denen die Wahlbeteiligung sank, sticht die Verbandsgemeinde Nieder-Olm heraus. Dort fiel das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Europawahl um 3,6 Prozentpunkte.

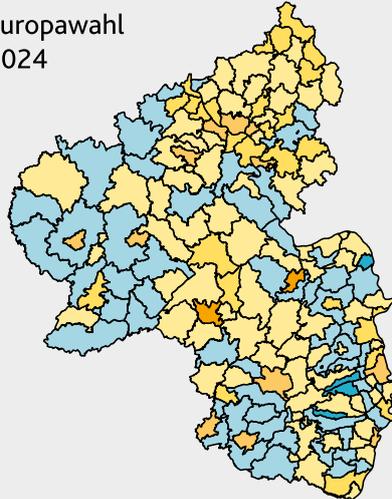
Schon der Vergleich der kreisfreien Städte mit den Landkreisen deutete an, dass die Höhe der Wahlbeteiligung in einem statistischen Zusammenhang mit dem Urbanisierungsgrad der Regionen steht. Diese Vermutung lässt sich auf der Verbandsgemeindeebene bestätigen. Wird der Korrelationskoeffizient zwischen der Bevölkerungs-

Spanne der Wahlbeteiligung auf Verbandsgemeindeebene beträgt über 25 Prozentpunkte

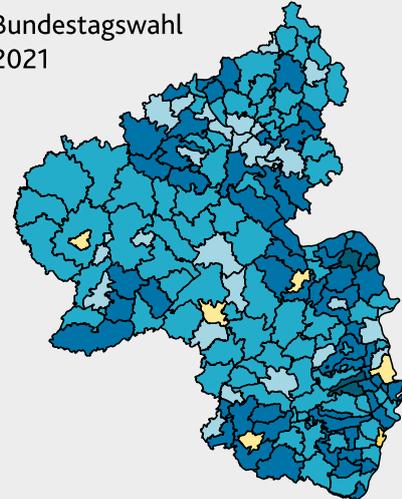
In 34 Verwaltungseinheiten sinkt die Beteiligungsrate

K1 Wahlbeteiligung bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen 2019–2024 in den kreisfreien Städten und Landkreisen

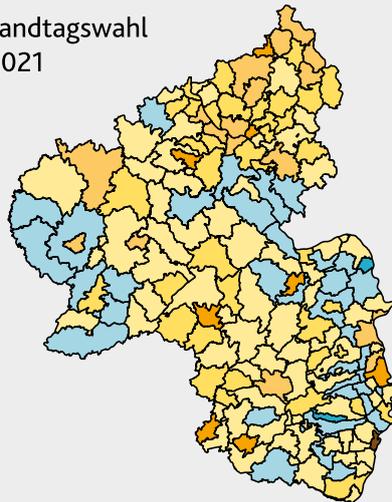
Europawahl
2024



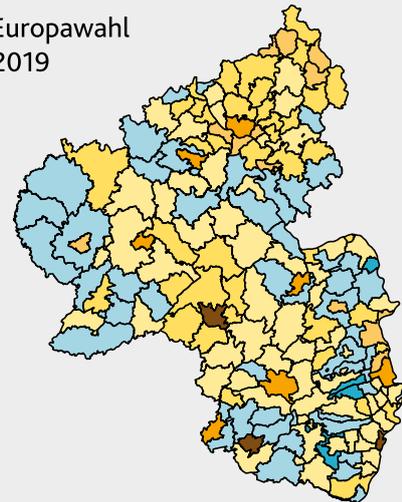
Bundestagswahl
2021



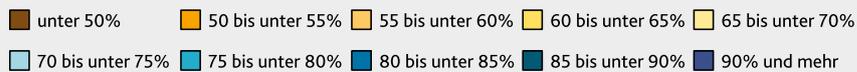
Landtagswahl
2021



Europawahl
2019



Wahlbeteiligung



Wahlbeteiligung von ... bis unter ... %	Europawahl 2024	Europawahl 2019	Bundestagswahl 2021	Landtagswahl 2021
	Anzahl Verwaltungsbezirke			
Unter 50	0	1	0	0
50 – 55	0	3	0	3
55 – 60	4	3	0	5
60 – 65	10	8	0	13
65 – 70	14	17	2	12
70 – 75	8	4	7	3
75 – 80	0	0	21	0
80 – 85	0	0	6	0
85 – 90	0	0	0	0
90 und mehr	0	0	0	0
Landeswert in %	66,7	64,8	77,2	64,3



T2 Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 1979–2024 in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Verwaltungsbezirk	'79	'84	'89	'94	'99	'04	'09	'14	'19	'24
	Wahlbeteiligung in %									
Frankenthal (Pfalz), St.	74,6	72,3	74,0	68,6	58,4	52,7	47,2	48,1	57,1	60,7
Kaiserslautern, St.	67,8	66,8	68,3	63,9	46,7	45,9	41,0	43,7	54,6	57,1
Koblenz, St.	72,6	68,9	70,6	68,5	54,1	48,7	45,6	49,3	60,8	64,2
Landau i. d. Pfalz, St.	73,3	72,5	74,5	72,8	57,2	53,2	48,9	54,7	66,5	68,3
Ludwigshafen a. Rh., St.	69,8	69,3	67,7	65,7	53,5	49,1	46,6	45,0	54,1	56,2
Mainz, St.	74,1	70,8	71,9	69,1	58,1	55,3	53,1	55,1	68,2	69,1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	79,5	76,3	77,0	73,2	61,9	55,9	55,8	55,1	65,3	68,9
Pirmasens, St.	70,5	67,9	66,0	64,9	49,5	49,4	44,6	44,9	49,8	55,7
Speyer, St.	73,6	71,0	71,3	69,6	56,2	51,3	48,5	50,1	60,6	64,2
Trier, St.	67,8	65,6	68,3	64,1	50,6	45,3	46,4	48,6	60,3	62,1
Worms, St.	68,4	68,0	70,6	64,9	51,4	45,7	45,6	48,8	55,4	60,6
Zweibrücken, St.	70,6	69,8	70,3	66,3	58,7	44,9	43,6	43,7	52,7	59,4
Ahrweiler	78,1	75,8	76,3	74,5	64,1	56,9	55,4	57,4	65,9	67,1
Altenkirchen (Ww.)	80,6	77,9	79,5	75,5	62,8	56,1	53,5	55,3	60,8	64,2
Alzey-Worms	82,9	82,9	82,2	78,6	68,1	61,4	59,1	60,9	67,9	70,0
Bad Dürkheim	81,8	80,3	79,6	77,4	67,0	62,9	62,3	60,3	69,9	71,0
Bad Kreuznach	78,6	76,8	77,6	74,2	64,4	59,4	55,6	58,6	63,8	64,5
Bernkastel-Wittlich	78,1	76,7	78,8	76,1	68,0	62,9	60,7	59,6	65,1	68,1
Birkenfeld	73,9	73,3	74,9	70,2	60,0	52,7	50,3	53,0	58,6	61,4
Cochem-Zell	82,9	82,5	84,4	81,3	74,2	66,2	62,0	63,6	68,8	69,2
Donnersbergkreis	82,6	81,7	81,6	77,4	68,8	62,4	58,5	59,2	66,4	68,5
Eifelkreis Bitburg-Prüm	81,0	77,9	80,6	77,5	71,7	66,5	64,1	62,8	69,3	69,8
Germersheim	82,1	280,2	80,8	77,2	68,2	61,2	57,5	57,8	65,7	67,3
Kaiserslautern	82,3	80,6	81,7	78,6	69,7	64,6	60,9	61,6	67,4	68,8
Kusel	79,3	78,8	79,5	76,5	66,9	61,5	59,2	61,4	66,6	69,6
Mainz-Bingen	80,6	79,5	79,7	77,1	66,3	61,8	60,6	62,7	70,7	70,0
Mayen-Koblenz	79,4	76,2	77,2	74,6	64,5	57,4	52,3	55,5	62,2	64,5
Neuwied	78,9	75,0	76,1	72,2	61,5	54,3	52,9	54,2	61,9	63,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	82,1	79,9	81,7	78,1	68,7	65,2	59,6	61,7	68,2	68,8
Rhein-Lahn-Kreis	78,2	77,3	77,7	74,6	64,6	59,4	56,3	58,8	65,8	65,0
Rhein-Pfalz-Kreis	82,7	80,4	80,7	78,5	66,5	62,0	57,8	59,5	68,9	71,1
Südliche Weinstraße	84,4	82,7	83,4	81,0	72,5	66,9	63,5	63,3	71,5	71,3
Südwestpfalz	84,3	81,7	84,0	82,0	74,1	68,0	66,7	66,9	71,1	72,8
Trier-Saarburg	82,6	80,0	82,1	79,8	70,2	63,7	61,9	61,5	70,2	71,1
Vulkaneifel	80,8	79,3	80,4	77,7	72,5	63,8	60,0	60,6	64,1	70,4
Westerwaldkreis	80,5	79,3	79,4	76,2	65,1	59,2	56,6	58,9	65,3	67,3
Rheinland-Pfalz	78,1	76,3	77,2	74,3	63,8	58,3	55,6	57,0	64,8	66,7
Kreisfreie Städte	71,4	69,5	70,4	67,2	54,2	49,9	47,6	49,3	59,9	62,7
Landkreise	80,6	78,7	79,7	76,7	66,9	61,0	58,2	59,5	66,4	67,9
Wahlbeteiligung von ... bis unter ... %	<40	40–45	45–50	50–55	55–60	60–65	65–70	70–75	75–80	>80



dichte und der Höhe der Wahlbeteiligung für die 170 Verwaltungseinheiten berechnet, stellt sich ein deutlicher negativer statistischer Zusammenhang ein ($r = -0,41$).³ Das bedeutet, die Wahlbeteiligung fällt umso niedriger aus, je höher die Bevölkerungsdichte einer Verwaltungseinheit ist. Konkret lag die Wahlbeteiligung im Durchschnitt der 34 Verwaltungseinheiten mit der niedrigsten Bevölkerungsdichte (erstes Quintil) bei 70 Prozent. Im Durchschnitt der 34 Verwaltungseinheiten mit der höchsten Bevölkerungsdichte (fünftes Quintil) betrug sie dagegen ganze sechs Prozentpunkte weniger (64 Prozent). Auch für die Verbandsgemeindeebene lässt sich somit feststellen, dass die Wahlberechtigten in urbaneren Regionen bei der Europawahl seltener von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten.

Je höher der Arbeitslosenanteil und je höher die soziale Mindestsicherungsquote, desto geringer die Wahlbeteiligung

Gleiches gilt für die eher strukturschwachen Gebiete in Rheinland-Pfalz. Denn auch die Höhe des Anteils arbeitsloser Menschen an der Bevölkerung sowie des Anteils der Menschen, die auf Leistungen der sozialen Mindestsicherung angewiesen sind, steht in einem negativen statistischen Zusammenhang mit der Höhe der Wahlbeteiligung. Diese negativen statistischen Zusammenhänge sind sogar noch etwas stärker ausgeprägt als bei der Bevölkerungsdichte. Für den Anteil Arbeitsloser an der Bevölkerung nimmt der Korrelationskoeffizient bei der Europawahl 2024 einen Wert von $r = -0,68$ an; für den Anteil der Menschen, die auf soziale Mindestsicherungsleistungen angewiesen sind, sogar einen Wert von $r = -0,8$. Zwischen der durchschnittlichen Höhe der Wahlbeteiligung in den Verwaltungseinheiten mit dem niedrigsten Arbeitslosenanteil (erstes Quintil) und den Verwaltungseinheiten

³ Der Korrelationskoeffizient wird in diesem Beitrag nach Bravais-Pearson berechnet.

mit dem höchsten Arbeitslosenanteil (fünftes Quintil) beläuft sich die Differenz auf 8,4 Prozentpunkte; bei der sozialen Mindestsicherungsquote liegen sogar 9,8 Prozentpunkte zwischen dem ersten und dem fünften Quintil.

Zwar können auf Basis solcher einfacher Zusammenhangsanalysen auf der Aggregatenebene keine direkten Schlussfolgerungen auf Kausalbeziehungen auf der Individualebene gezogen werden. Dennoch liegt die Vermutung nahe, dass Personen mit schwächerem sozio-ökonomischen Status seltener von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten. Dieser Befund ist demokratietheoretisch nicht ohne Probleme, da die Beteiligung an politischen Wahlen eine der stärksten Legitimationsquellen für die Repräsentation politischer Interessen sozialer Gruppen durch politische Entscheidungsträgerinnen und -träger ist. Beteiligen sich bestimmte soziale Gruppen systematisch seltener an grundlegenden politischen Prozessen, besteht die Gefahr, dass die Akzeptanz von politischen Entscheidungen und von Entscheidungsträgerinnen und -trägern durch die betroffenen Gruppen mittel- bis langfristig abnimmt.

Bedenklich ist in diesem Zusammenhang, dass die Wahlbeteiligung auch dort tendenziell geringer ausfällt, wo relativ viele junge Menschen leben. Für den Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung stellt sich – allerdings nur ein schwacher – negativer statistischer Zusammenhang ein ($r = -0,21$). Leben in einer Verwaltungseinheit dagegen viele Seniorinnen und Senioren im Alter von 65 und mehr Jahren, beteiligten sich tendenziell mehr Menschen an der Europawahl ($r = +0,25$).⁴ Dieses Mus-

Höhere Teilnahmequote in Gebieten mit vielen Seniorinnen und Senioren

⁴ Detailliertere Auswertungen zum Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und dem Alter der Wahlberechtigten sind mithilfe der Repräsentativen Wahlstatistik möglich. Die Daten der Repräsentativen Wahlstatistik werden voraussichtlich in einigen Wochen vorliegen.



ter ist für politische Wahlen zwar nicht neu; angesichts der umfassenden Debatten über die Absenkung des Wahlalters im Vorfeld der Europawahl scheint das politische Interesse der jüngeren Wahlberechtigten jedoch nur mäßig ausgeprägt gewesen zu sein.

Konfessionelle
Struktur offen-
bart statistische
Zusammen-
hangsmuster

Einen weiteren positiven statistischen Zusammenhang gibt es zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem Katholiken- bzw. Katholikenanteil in den 170 Verwaltungseinheiten der Verbandsgemeindeebene ($r = +0,25$). Davon dürfte nicht zuletzt die CDU profitiert haben, nachdem es in der politischen Wahlforschung ein bereits seit langem gesicherter Befund ist, dass Katholikinnen und Katholiken überproportional häufig dazu tendieren, ihre Stimme der Union zu geben. Demgegenüber kann bei der Europawahl 2024 kein statistischer Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem Anteil der Protestantinnen und Protestanten in den Verwaltungseinheiten der Verbandsgemeindeebene nachgewiesen werden.

Ein negativer Korrelationskoeffizient ergibt sich für den statistischen Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem Anteil der Menschen mit sonstiger oder ohne Religionszugehörigkeit ($r = -0,48$) sowie dem Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Bevölkerung ($r = -0,59$). Dies könnte sich vor allem mit Blick auf das Stimmenergebnis der GRÜNEN negativ ausgewirkt haben. Denn postmaterialistische und kosmopolitische Einstellungen und Werthaltungen, die häufig in einem positiven statistischen Zusammenhang mit den Wahlergebnissen der GRÜNEN stehen, sind in Gebieten mit einem hohen Anteil von Menschen ohne traditionelle konfessionelle Bindung und einem hohen Anteil von Ausländerinnen und Ausländern in der Bevölkerung meist weiter verbreitet. Fiel die

Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2024 in diesen Gebieten tendenziell niedriger aus als in anderen Verwaltungseinheiten, könnte dies einen Teil zu der Erklärung des vergleichsweise schwachen Wahlergebnisses der GRÜNEN beitragen.

AfD und BSW punkten in Gebieten mit geringer Wahlbeteiligung

Auffallend ist weiter, dass die Höhe der Wahlbeteiligung in einem zum Teil starken negativen Zusammenhang mit der Höhe des Stimmenanteils einzelner Parteien steht. Die AfD ($r = -0,29$), DIE LINKE ($r = -0,42$) sowie das BSW ($r = -0,36$) erzielten bei der Europawahl 2024 überall dort höhere Stimmenanteile, wo die Wahlbeteiligung niedrig war. So erreichte beispielsweise die AfD im Durchschnitt der 17 Verwaltungseinheiten mit der niedrigsten Wahlbeteiligung (erstes Dezil) mit 17,7 Prozent einen um 4,6 Prozentpunkte höheren Stimmenanteil als im Durchschnitt der 17 Verwaltungseinheiten mit der höchsten Wahlbeteiligung (zehntes Dezil), wo sie nur auf 13,1 Prozent kam. Bei der Partei DIE LINKE reicht die Spanne des durchschnittlichen Stimmenanteils in Abhängigkeit von der Höhe der Wahlbeteiligung zwischen dem ersten und dem zehnten Dezil der 170 Verwaltungseinheiten von 1,8 bis 1,2 Prozent; beim BSW von 5,7 bis vier Prozent.

Dieser Befund legt die Interpretation nahe, dass es anderen Parteien in bestimmten Regionen weniger gut gelungen ist, ihre Wählerschaft bei der Europawahl zu mobilisieren. Davon konnten vor allem die AfD und das BSW profitieren.

Von den drei Regierungsparteien im Land stellt sich nur für die SPD ein negativer statistischer Zusammenhang zwischen der

AfD und BSW
profitieren von
geringer Wahl-
beteiligung

Mobilisierungs-
defizit bei
der SPD

T3 Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2024 nach strukturellen Merkmalen der Verwaltungseinheiten

Merkmal	Quintile ¹ der Verwaltungseinheiten	Durchschnitt der Merkmalsausprägung	Durchschnittliche Höhe der Wahlbeteiligung	Stärke des statistischen Zusammenhangs zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem Merkmal gemäß Korrelationskoeffizient nach Bravais-Pearson ³
		in der Dimension des jeweiligen Merkmals ²	%	
Bevölkerungsdichte	sehr gering	78,0	70,0	-0,41
	gering	138,8	69,6	
	durchschnittlich	204,6	68,9	
	hoch	339,7	67,3	
	sehr hoch	819,2	64,0	
Bevölkerungsanteil der unter 18-Jährigen	sehr gering	15,1	69,3	-0,21
	gering	16,3	68,9	
	durchschnittlich	17,0	67,2	
	hoch	17,5	67,9	
	sehr hoch	18,8	66,5	
Bevölkerungsanteil der 18- bis unter 65-Jährigen	sehr gering	57,3	68,1	-0,15
	gering	58,7	67,9	
	durchschnittlich	59,4	69,3	
	hoch	60,1	67,7	
	sehr hoch	61,9	66,8	
Bevölkerungsanteil der 65-Jährigen und Älteren	sehr gering	20,9	66,2	0,25
	gering	22,4	68,6	
	durchschnittlich	23,3	67,3	
	hoch	24,6	68,2	
	sehr hoch	26,8	69,5	
Ausländeranteil	sehr gering	6,8	70,6	-0,59
	gering	9,1	70,5	
	durchschnittlich	11,3	68,8	
	hoch	13,7	66,6	
	sehr hoch	19,2	63,1	
Bevölkerungsanteil mit katholischer Religionszugehörigkeit	sehr gering	18,6	66,3	0,25
	gering	24,8	67,2	
	durchschnittlich	32,9	68,4	
	hoch	43,0	67,1	
	sehr hoch	59,8	70,8	
Bevölkerungsanteil mit evangelischer Religionszugehörigkeit	sehr gering	8,7	68,1	0,00
	gering	15,7	67,2	
	durchschnittlich	23,2	67,9	
	hoch	31,3	68,5	
	sehr hoch	41,1	67,9	
Bevölkerungsanteil mit sonstiger/ohne Religionszugehörigkeit	sehr gering	29,2	71,0	-0,48
	gering	35,5	69,3	
	durchschnittlich	40,5	67,4	
	hoch	44,6	67,6	
	sehr hoch	51,0	64,4	
Beschäftigungsquote	sehr gering	34,6	67,7	0,01
	gering	38,7	65,8	
	durchschnittlich	39,8	68,9	
	hoch	41,0	68,4	
	sehr hoch	42,7	69,0	
Arbeitslosenanteil	sehr gering	1,5	71,2	-0,68
	gering	1,9	70,0	
	durchschnittlich	2,2	68,3	
	hoch	2,6	67,5	
	sehr hoch	3,6	62,8	
Soziale Mindestsicherungsquote	sehr gering	3,3	72,0	-0,80
	gering	4,3	70,5	
	durchschnittlich	5,1	68,8	
	hoch	6,4	66,2	
	sehr hoch	9,7	62,2	
Wohnraumversorgung	sehr gering	468,5	69,2	-0,15
	gering	487,5	68,2	
	durchschnittlich	506,7	67,2	
	hoch	527,1	67,8	
	sehr hoch	572,8	67,3	

1 Die 170 Verwaltungseinheiten wurden für jedes Merkmal nach der Höhe der betreffenden Merkmalsausprägung aufsteigend sortiert und in fünf gleich große Gruppen eingeteilt. – 2 Zur Übersicht der Einheiten der einzelnen Merkmale siehe S. 73 der Statistischen Analyse Nr. 64. – 3 Der Korrelationskoeffizient nach Bravais-Pearson kann Werte zwischen -1 und +1 annehmen. Ein Koeffizient nahe dem Wert +1 deutet darauf hin, dass die Wahlbeteiligung in den Verwaltungseinheiten desto höher ist, je höher das Bezugsmerkmal in den Verwaltungseinheiten ausgeprägt ist. Ein Koeffizient nahe dem Wert -1 deutet darauf hin, dass die Wahlbeteiligung in den Verwaltungseinheiten desto geringer ist, je höher das Bezugsmerkmal in den Verwaltungseinheiten ausgeprägt ist. Ein Koeffizient nahe 0 deutet darauf hin, dass in den Verwaltungseinheiten zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem Bezugsmerkmal kein statistischer Zusammenhang besteht.



Höhe der Wahlbeteiligung und ihrem Stimmenanteil ein ($r = -0,15$). Er fällt jedoch moderater aus als bei der AfD, der Partei DIE LINKE und dem BSW. Auch dies könnte für ein Mobilisierungsdefizit sprechen, nachdem die SPD nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis absolut betrachtet gegenüber der Europawahl 2019 rund 62 300 Stimmen verlor und relativ betrachtet mit einem Stimmenanteil von nur 17,5 Prozent einen historischen Tiefstand bei einer Europawahl hinnehmen muss.

GRÜNE nach
Rekordergebnis
wieder auf altem
Niveau

Die GRÜNEN gaben absolut betrachtet gegenüber der Europawahl 2019 zwar mehr als doppelt so viele Stimmen ab – nämlich rund 139 700. Ihr Stimmenanteil bewegt sich mit 9,3 Prozent allerdings in etwa wieder auf dem Niveau der Europawahlen von 2004, 2009 und 2014. Angesichts der besonderen Aufmerksamkeit, die dem Thema Umwelt- und Klimaschutz bei der Europawahl 2019 entgegengebracht wurde, spricht vieles dafür, dass das Ergebnis der GRÜNEN bei der vergangenen Europawahl außergewöhnlich gut ausfiel und sie 2024 wieder auf ihr Stammwählerinnen- und Stammwählerpotential zurückgefallen sind. Dafür spricht auch, dass es auf der Verbandsgemeindeebene praktisch keinen statistischen Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem Stimmenanteil der GRÜNEN gibt ($r = +0,04$).

FDP
stabilisiert
sich

Für die FDP, die absolut betrachtet im Vergleich zu 2019 gut 5 400 Stimmen hinzugewinnen und ihren Stimmenanteil mit 5,9 Prozent minimal ausbauen konnte, ergibt sich demgegenüber ein schwacher positiver statistischer Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und ihrem Stimmenergebnis ($r = +0,12$). Von den drei Regierungsparteien dürfte es ihr am besten

gelingen sein, ihre Kernwählerschaft zu mobilisieren.

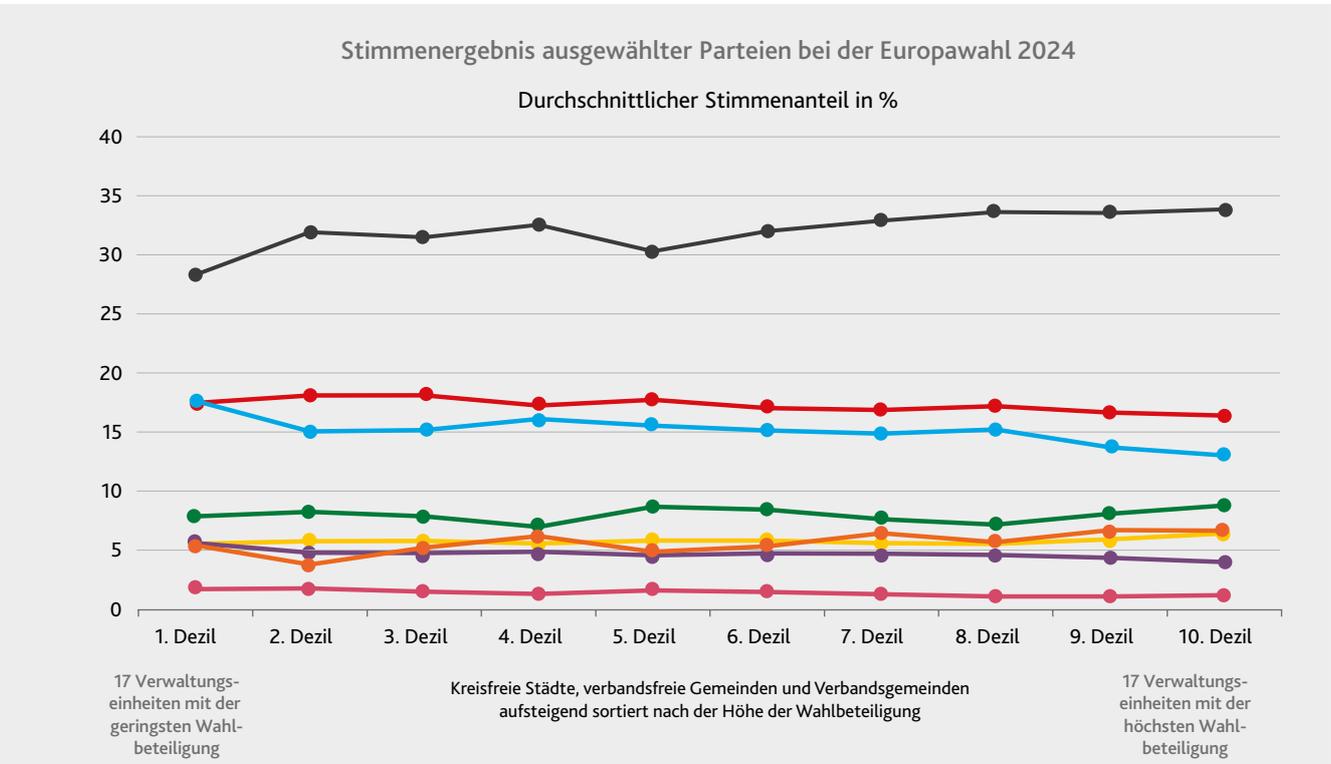
Positive statistische Zusammenhänge stellen sich zudem zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und den Stimmenanteilen der beiden Oppositionsparteien CDU ($r = +0,28$) und FREIE WÄHLER ($r = +0,16$) ein. Die CDU, die ihr Ergebnis von 2019 absolut (+9 400 Stimmen) und relativ (-0,6 Prozentpunkte) betrachtet in etwa halten konnte, und die FREIEN WÄHLER, die ihr Ergebnis sowohl absolut (+48 800 Stimmen) als auch relativ (+2,3 Prozentpunkte) ausbauen konnten, profitierten damit von der hohen Wahlbeteiligung. Sie konnten zum einen ihre Kernwählerinnen und -wähler sehr wahrscheinlich erneut zur Teilnahme an der Europawahl motivieren. Zum anderen dürften sie aber auch teils neue Wählerinnen und Wähler hinzugewonnen haben.

Oppositions-
parteien
zählen zu den
Gewinnern

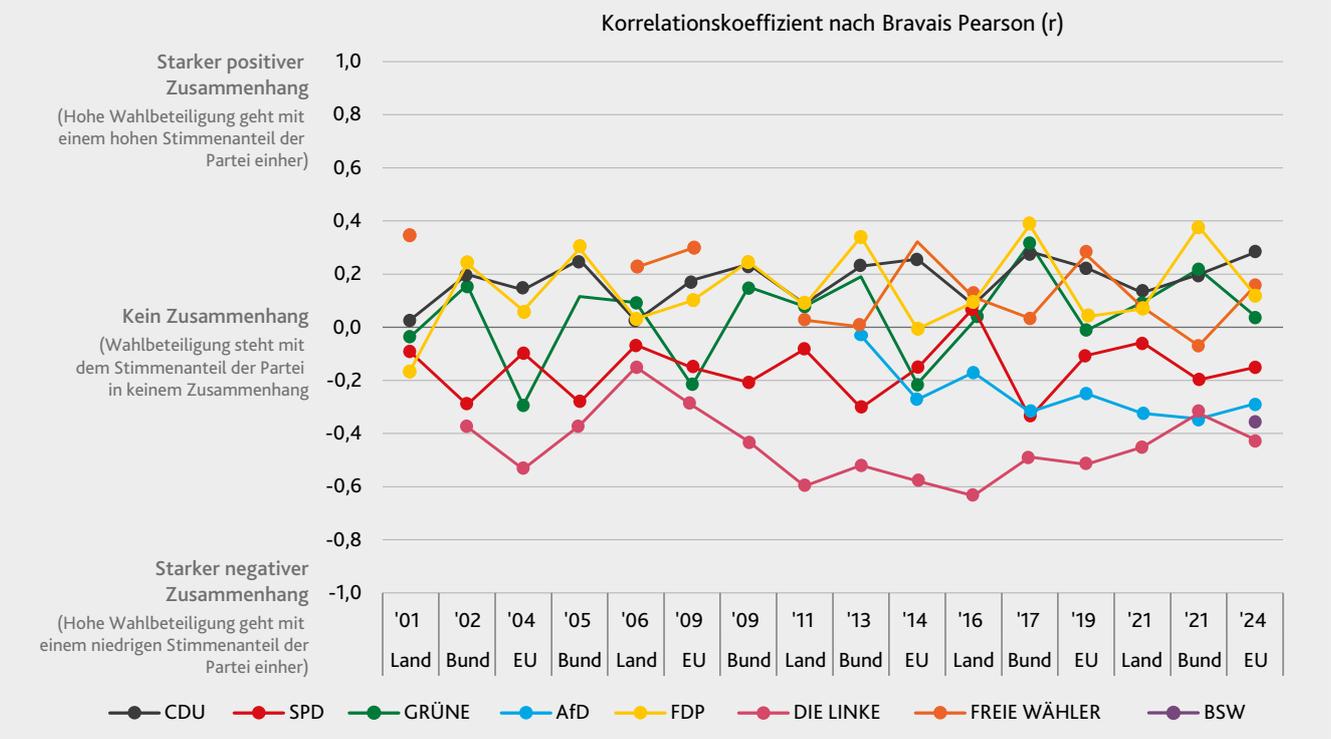
Dass eine Zunahme der Wahlbeteiligung jedoch nicht zwangsläufig mit einem besseren Ergebnis der drei Regierungsparteien im Land oder der CDU und den FREIEN WÄHLERN einhergehen muss, belegen die positiven statistischen Zusammenhänge zwischen der Veränderung der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2024 im Vergleich zur Europawahl 2019 (gemessen in Prozentpunkten) und den Stimmenanteilen der AfD ($r = +0,37$), der Partei DIE LINKE ($r = +0,06$) und des BSW ($r = +0,3$) bei der Europawahl 2024. Nur bei diesen drei Parteien fällt der Korrelationskoeffizient positiv aus. Besonders die Werte der AfD und des BSW sprechen dafür, dass die höhere Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2024 auch auf die Mobilisierung ehemaliger Nichtwählerinnen und Nichtwähler zurückgehen könnte, die bei der Abstimmung ihre Unzufriedenheit mit den Regierungsparteien zum Ausdruck bringen wollten.

AfD und BSW
konnten ver-
mutlich ehe-
malige Nicht-
wählerinnen
und -wähler
aktivieren

G2 Statistischer Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und dem Stimmenanteil ausgewählter Parteien 2001–2024



Stärke des statistischen Zusammenhangs zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem Stimmenanteil ausgewählter Parteien





Fazit

Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl in Rheinland-Pfalz ist zum dritten Mal in Folge gestiegen. Dieser positive Befund wird allerdings dadurch etwas getrübt, dass sich nicht in allen Regionen des Landes gleichermaßen mehr Bürgerinnen und Bürger an die Urnen begaben oder per Brief wählten. Vielmehr zeigt sich weiterhin, dass die Wahlbeteiligung vor allem in strukturschwachen Regionen niedriger ausfällt als in Gebieten, die sozio-ökonomisch stärker aufgestellt sind. Auch zwischen Stadt und Land bestehen Unterschiede, wobei in den ländlichen Regionen mehr Menschen von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten.

Mit Blick auf das Wahlergebnis sprechen die empirischen Befunde dafür, dass die Zunahme der Wahlbeteiligung in erster Linie die AfD und das BSW gestärkt hat. Beide Parteien erzielten dort hohe Stimmenanteile, wo die Wahlbeteiligung gegenüber 2019 zunahm. Dennoch muss festgehalten werden, dass ihr Ergebnis umso geringer ausfiel, je mehr Menschen sich insgesamt an der

Europawahl beteiligten. Dies spricht dafür, dass es den beiden Parteien gelungen sein dürfte, ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler, die womöglich mit dem Handeln der Regierungsparteien unzufrieden waren, zur Wahlteilnahme zu bewegen – in erster Linie zum Nachteil der SPD und mit Abstrichen der GRÜNEN.

Die Auswirkungen der Absenkung des Wahlalters, wodurch es erstmals auch den 16- und 17-Jährigen ermöglicht wurde, ihre Stimme bei einer Europawahl abzugeben, können etwas detaillierter erst mit der Auswertung der Repräsentativen Wahlstatistik untersucht werden. Die Ergebnisse werden voraussichtlich in wenigen Wochen vorliegen. Erste Befunde deuten jedoch darauf hin, dass sich die Wahlbeteiligung infolge der gesetzlichen Änderung in den jüngeren Altersgruppen nicht sehr stark erhöhte.

Sebastian Fückel, M. A., leitet das Referat „Analysen Staat, Soziales“.

Statistische Analyse „Europawahl 2024 – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht“

Diese und weitere interessante Informationen zur Europawahl am 9. Juni erhalten Sie in der Publikation „Europawahl 2024 – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht“. Hier finden Sie neben einer textlichen Kommentierung der vorläufigen amtlichen Endergebnisse auch ausführliche Tabellen und Grafiken sowie kartografische Darstellungen. Die Analyse steht im Internet zum kostenfreien Download bereit:



www.statistik.rlp.de/publikationen/analysen



Titelfoto: © MNStudio – stock.adobe.com



Vorankündigung: Statistische Analyse „Europawahl 2024 – Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik“

Im Rahmen der Repräsentativen Wahlstatistik wurden bei der Europawahl am 9. Juni 2024 in ausgewählten Stimmbezirken Stimmzettel mit Markierungen für sechs Altersgruppen und für das Geschlecht ausgegeben, die in anonymisierter Form Auswertungen des Stimmverhaltens nach den beiden Merkmalen erlauben.

Darüber hinaus werden für ausgewählte Stimmbezirke auch die Wählerverzeichnisse ausgewertet. Diese Auswertung liefert Erkenntnisse über die Wahlbeteiligung nach zehn Altersgruppen und dem Geschlecht. Die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik werden voraussichtlich zum Jahresende im Internet verfügbar sein.





Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

A close-up photograph of a statistical table with various numerical values. The numbers are arranged in a grid pattern, with some rows and columns highlighted in a light beige color. The numbers are printed in a dark, sans-serif font. The values range from 520 to 125,677. The table is slightly tilted, and the background is a light, neutral color.

520	129 151	130 953	128 142
5 752	134 121	128 093	127 842
126 058	126 824	133 450	125 432
134 628	134 545	157 284	110 128
157 811	157 827	111 776	110 128
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 112
65 282	64 829	77 648	61 112
78 320	78 146	92 396	61 112
95 409	94 429	125 873	61 112
	125 677	103 807	61 112
	87 027	69 112	61 112



Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2022	2023			2024				
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 133 ^{1,2}	4 168 ^{1,2}	4 162	4 163	4 163	4 175	4 175	4 176	4 177
darunter Ausländer/-innen ³	1 000	534 ^{1,2}	579 ^{1,2}	571	573	575	594	595	597	599

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 703	1 553	554	1 204	1 125	403	636	774	1 469
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 061	2 874	2 631	2 784	2 698	2 529	2 634	2 797	2 724
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	8,9	8,3	8,2	7,9	7,9	7,1	7,9	7,0	7,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	4 495	4 273	4 186	4 678	4 140	4 797	4 452	4 302	3 983
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	13,0	12,3	13,1	13,2	12,1	13,5	13,4	10,7	11,6
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	11	8	5	10	6	11	8	5	11
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,5	2,8	1,9	3,6	2,2	4,3	3,0	1,8	4,0
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 434	-1 398	-1 555	-1 894	-1 442	-2 268	-1 818	-1 505	-1 259
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-4,2	-4,0	-4,9	-5,4	-4,2	-6,4	-5,5	-3,8	-3,7

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	16 539	13 267	11 930	13 083	11 744	12 497	11 694	12 682	12 696
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	10 570	7 609	7 083	7 418	6 340	7 206	6 822	7 383	7 220
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 684	10 528	9 225	10 190	9 755	9 800	9 320	10 390	9 874
* darunter in das Ausland	Anzahl	4 982	5 022	4 520	4 941	4 679	4 651	4 699	5 240	4 697
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	5 855	2 738	2 705	2 893	1 989	2 697	2 374	2 292	2 822
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	14 277	14 666	13 570	14 426	13 577	15 554	13 351	13 923	13 939

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

	Einheit	2020	2021	2022		2023				
				30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 429	1 454	1 480	1 500	1 485	1 483	1 487	1 504	1 490
* Frauen	1 000	667	677	691	700	696	694	694	702	699

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.



noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1,2,3}

	Einheit	2020	2021	2022			2023			
				30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Ausländer/-innen	1 000	174	190	208	214	208	214	220	225	218
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	423	434	448	450	449	450	453	454	456
* darunter Frauen	1 000	343	350	360	361	361	361	362	363	364
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	15	16	17	12	14	16	17	12
* produzierendes Gewerbe	1 000	436	436	440	446	441	441	440	445	440
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	316	319	326	330	328	327	326	330	326
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	223	233	239	242	240	240	243	245	243
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	440	450	458	463	464	462	461	466	469

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2022	2023			2024				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Arbeitslose	Anzahl	102 515	110 716	108 405	110 213	115 171	118 201	118 784	122 436	125 804
* Frauen	Anzahl	47 178	50 748	49 549	50 849	53 908	52 771	53 129	55 189	57 061
Männer	Anzahl	55 337	59 968	58 856	59 364	61 263	65 430	65 655	67 247	68 743
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	40 333	43 146	41 465	42 978	45 113	45 942	46 579	48 989	50 474
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	62 182	67 570	66 940	67 235	70 058	72 259	72 205	73 447	75 330
* Arbeitslosenquote ⁸	%	4,6	4,9	4,8	4,9	5,1	5,2	5,2	5,4	5,5
* Frauen	%	4,5	4,8	4,6	4,8	5,1	4,9	4,9	5,1	5,3
* Männer	%	4,6	5,0	4,9	5,0	5,1	5,4	5,4	5,6	5,7
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	3,8	4,3	4,0	4,4	5,2	4,7	4,7	5,3	6,0
jüngere von 15–20 Jahren	%	3,3	3,8	3,2	3,4	5,0	3,9	3,8	4,3	5,8
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,5	4,7	4,7	4,7	4,8	5,0	5,0	5,0	5,1
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,1	5,3	5,2	5,2	5,3	5,4	5,4	5,5	5,6
* Ausländer/-innen ⁹	%	11,9	13,3	12,6	12,8	13,5	13,4	13,3	13,7	14,2
Deutsche	%	3,5	3,7	3,6	3,7	3,8	3,8	3,9	4,0	4,1
* Kurzarbeiter/-innen ¹⁰	Anzahl	14 748	9 457	6 305	4 379	4 762
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹¹	Anzahl	45 781	41 871	42 598	42 129	41 826	37 255	37 362	36 907	36 516

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹²

	Einheit	2022	2023			2024				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	220 686	233 932	234 978	234 879	234 082	237 752	238 236	238 180	...
* darunter Frauen	Anzahl	112 509	119 470	120 347	120 113	119 578	119 491	119 555	119 447	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	146 892	156 617	156 900	156 954	156 511	161 484	161 888	161 891	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	61 133	64 769	65 415	65 370	64 968	64 160	64 164	64 118	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	59 377	63 034	63 667	63 619	63 208	62 389	62 387	62 349	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. – 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

**Bautätigkeit****(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für Wohngebäude**

Einheit	2022	2023				2024				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	536	303	292	285	311	245	284	269	250
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	459	253	251	225	255	199	237	222	215
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	75	55	34	38	51	30	36	40	29
private Haushalte	Anzahl	459	246	254	247	257	212	243	228	219
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 237	835	968	1 200	850	640	724	681	697
* Umbauter Raum	1 000 m ³	728	468	457	663	518	370	422	380	379
* Wohnfläche	1 000 m ²	137	86	80	117	94	68	77	70	68
Wohnräume	Anzahl	5 346	3 319	3 280	4 275	3 558	2 637	2 928	2 727	2 571
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke										
	Mio. EUR	305	209	223	300	238	171	191	178	158

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	130	124	119	143	147	104	128	96	105
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	69	64	64	75	67	56	66	54	49
private Haushalte	Anzahl	47	46	45	50	59	38	44	28	41
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	31	16	12	35	36	16	-	20	55
* Umbauter Raum	1 000 m ³	862	705	783	600	943	324	1 091	1 009	637
* Nutzfläche	1 000 m ²	181	89	96	82	95	54	123	108	84
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke										
	Mio. EUR	152	118	121	132	91	75	129	118	106

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)										
	Anzahl	1 498	1 089	1 318	1 397	1 130	877	1 120	907	924
* Wohnräume (einschließlich Küchen)										
	Anzahl	6 389	4 247	4 507	5 179	4 530	3 382	4 093	3 541	3 412



Landwirtschaft

	Einheit	2022	2023			2024				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 436	10 112	9 787	10 031	8 989	10 182	10 657	9 480	9 564
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 239	1 134	1 036	1 082	1 012	1 253	1 103	958	938
darunter										
* Kälber	t	6	5	5	5	3	6	4	5	3
* Jungrinder	t	8	4	6	5	2	8	3	2	2
* Schweine	t	9 164	8 942	8 709	8 920	7 925	8 883	9 518	8 486	8 567
* Eierzeugung ²	1 000	22 974	22 059	20 568	19 702	21 678	24 927	23 910	23 946	22 823

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden³

* Betriebe	Anzahl	1 022	1 020	1 022	1 021	1 021	1 046	1 046	1 045	1 045
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	258 732	261 247	261 095	260 477	260 804	264 407	263 624	263 131	262 279
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 939	31 918	29 946	31 794	31 711	32 334	33 385	29 582	31 190
* Entgelte	Mio. EUR	1 248	1 291	1 308	1 563	1 321	1 272	1 350	1 398	1 357
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mio. EUR	9 646	8 776	8 167	8 932	9 199	8 741	8 575	7 834	8 246
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mio. EUR	5 531	4 631	4 522	4 772	4 859	4 765	4 854	4 391	4 500
Investitionsgüterproduzenten	Mio. EUR	2 398	2 640	2 341	2 635	2 801	2 529	2 256	2 049	2 328
Gebrauchsgüterproduzenten	Mio. EUR	101	104	92	107	131	106	119	113	120
Verbrauchsgüterproduzenten	Mio. EUR	1 615	1 401	1 212	1 418	1 407	1 341	1 346	1 281	1 299
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mio. EUR	3 041	2 344	2 299	2 393	2 418	2 510	2 517	2 247	2 246
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mio. EUR	1 076	1 180	974	1 169	1 284	1 142	846	706	888
darunter										
* Auslandsumsatz	Mio. EUR	5 297	4 840	4 624	4 977	5 051	4 902	4 834	4 381	4 544
Exportquote ⁶	%	54,9	55,1	56,6	55,7	54,9	56,1	56,4	55,9	55,1
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2021=100	87,7	69,8	59,1	69,8	71,4	72,2	70,4	65,6	66,6
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2021=100	87,3	71,6	66,1	70,3	73,0	79,6	76,2	70,2	74,0
Investitionsgüterproduzenten	2021=100	79,9	67,5	53,3	72,3	68,9	68,7	66,2	62,1	61,6

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

**noch: Produzierendes Gewerbe****Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹**

Einheit	2022	2023				2024				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Gebrauchsgüterproduzenten	2021=100	119,6	118,3	112,6	121,5	146,6	126,5	135,2	142,1	139,3
Verbrauchsgüterproduzenten	2021=100	116,0	66,0	48,4	52,2	65,8	51,7	57,4	52,7	49,2
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2021=100	82,8	63,4	60,5	62,4	63,1	70,0	68,3	64,0	66,6
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2021=100	72,0	57,9	42,1	67,7	59,7	55,4	51,9	59,4	54,3

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	171	170	171	171	170	172	171	172	172
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	10 229	10 411	10 300	10 319	10 334	10 671	10 721	10 754	10 835
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 245	1 267	1 165	1 254	1 251	1 324	1 394	1 203	1 313
* Entgelte ³	Mio. EUR	51	55	55	59	55	54	62	59	59
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mio. kWh	302	266	226	186	184	325	305	290	257
* Nettostromerzeugung	Mio. kWh	286	251	213	172	170	304	291	276	243

**Baugewerbe
Bauhauptgewerbe⁶**

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	24 296	24 658	24 723	24 725	24 948	24 713	25 090	25 030	24 885
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 394	2 360	2 363	2 603	2 624	2 413	2 655	2 315	2 530
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	452	400	402	444	430	388	428	364	389
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	815	860	832	934	918	886	953	873	906
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 127	1 100	1 129	1 225	1 277	1 139	1 274	1 079	1 235
darunter Straßenbau	1 000 h	611	591	608	679	683	590	691	577	666
* Entgelte	Mio. EUR	91	94	92	100	99	89	100	99	103

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

**noch: Baugewerbe****Bauhauptgewerbe¹**

Einheit	2022	2023				2024				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mio. EUR	397	414	362	424	454	356	444	391	442
davon										
* Wohnungsbau	Mio. EUR	82	72	64	83	74	58	69	59	62
* gewerblicher Bau ²	Mio. EUR	140	153	137	151	178	130	179	153	158
* öffentlicher und Straßenbau	Mio. EUR	176	189	160	190	202	168	196	178	221
darunter Straßenbau	Mio. EUR	93	100	81	102	110	74	96	95	121

Ausbaugewerbe**(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³**

Einheit	2022	2023	2023				2024			
	Durchschnitt	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.		
Betriebe ⁴	Anzahl	497	523	495	525	524	523	519	572	581
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	19 764	20 741	19 751	20 247	20 689	21 191	20 836	21 878	21 963
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 687	6 046	5 637	6 080	6 019	6 174	5 913	6 232	6 242
* Entgelte	Mio. EUR	184	201	198	187	198	201	218	210	219
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mio. EUR	662	801	853	595	734	829	1 047	701	846

Handel⁵**Großhandel⁶**

Einheit	2022	2023				2024				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Beschäftigte	2015=100	108,0	109,1	108,7	108,7	109,1	109,0	109,1	111,5	...
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	135,4	134,8	132,3	133,9	139,2	117,3	148,8	130,2	...
* Umsatz real ⁷	2015=100	109,7	108,4	106,1	106,3	111,1	92,8	120,7	104,1	...

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2015=100	107,9	109,0	109,2	109,1	109,1	107,7	108,3	109,1	...
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	129,9	132,1	130,8	138,7	137,4	138,3	135,6	135,5	...
* Umsatz real ⁷	2015=100	110,4	106,4	105,1	111,4	110,5	109,6	107,5	107,4	...

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

**noch: Handel¹****Kfz-Handel^{1,2}**

	Einheit	2022	2023			2024				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Beschäftigte	2015=100	107,9	109,1	108,0	107,8	107,7	110,2
* Umsatz nominal ³	2015=100	128,9	142,4	130,8	148,6	149,7	148,4
* Umsatz real ³	2015=100	108,3	110,3	102,7	115,9	115,7	112,2

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2015=100	92,0	99,6	100,0	102,9	104,7	97,4	101,1
* Umsatz nominal ³	2015=100	113,0	121,8	122,3	139,2	135,0	110,6	117,4
* Umsatz real ³	2015=100	91,1	91,6	92,9	105,1	101,0	82,0	86,2

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	659	...	731	941	931	589	697	936	900
* darunter von Auslandsgästen	1 000	123	...	129	173	181	84	130	166	181
* Gästeübernachtungen	1 000	1 755	...	1 896	2 413	2 380	1 500	1 724	2 418	2 252
* darunter von Auslandsgästen	1 000	366	...	353	480	505	213	346	456	491

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2022	2023			2024				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 663	1 679	1 459	1 477	1 816	1 217	1 493	1 655	1 809
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 139	1 136	933	966	1 336	766	989	1 164	1 293
* Getötete Personen	Anzahl	12	11	6	3	17	8	9	10	16
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	5	4	3	1	5	2	2	4	9
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	-	2	8	-	3	4	7
Radfahrer	Anzahl	1	1	2	-	2	-	2	1	-
Fußgänger	Anzahl	2	2	1	-	1	3	1	-	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 438	1 454	1 195	1 284	1 718	1 002	1 262	1 462	1 599

1 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.



noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2022	2023			2024				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
schwer verletzte Personen	Anzahl	234	212	167	205	256	116	187	213	239
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	93	88	93	87	87	51	76	75	77
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	55	50	15	54	80	18	41	57	70
Radfahrer	Anzahl	52	42	35	39	64	19	40	40	57
Fußgänger	Anzahl	19	18	16	16	12	19	17	18	17

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2022	2023			2024				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 417	11 511	10 143	12 106	13 298	13 309	12 266	11 792	15 031
darunter										
Krafträder	Anzahl	1 057	1 005	1 299	1 391	1 478	1 475	1 423	1 253	1 211
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	8 992	9 012	7 506	9 123	10 138	9 921	8 998	8 888	11 580
* Lastkraftwagen	Anzahl	869	993	775	1 014	1 098	1 383	1 213	1 077	1 531
Zugmaschinen	Anzahl	395	404	471	443	504	448	506	452	505

Personenbeförderung

	Einheit	2022	2023	2022	2023			2024		
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	63 196	62 824	60 536	60 859	59 951	59 059	71 427	66 385	...
Personenkilometer ³	Mio.	626	698	620	657	658	733	745	772	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2022	2023			2024				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Gütereingang	1 000 t	960	877	1 011	981	1 041	903	921	929	896
* Güterversand	1 000 t	695	653	850	704	702	638	662	739	693

Außenhandel⁴

Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

	Einheit	2022	2023			2024				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Insgesamt	Mio. EUR	5 128	5 026	4 931	5 215	5 413	5 047	5 107	4 704	4 863
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. EUR	380	424	417	453	468	401	442	423	422
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. EUR	4 670	4 460	4 367	4 608	4 805	4 422	4 404	4 067	4 208

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

**noch: Außenhandel¹****Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Einheit	2022	2023				2024				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Rohstoffe	Mio. EUR	38	33	37	45	36	34	29	32	30
* Halbwaren	Mio. EUR	212	167	169	166	163	182	189	180	196
* Fertigwaren	Mio. EUR	4 420	4 260	4 161	4 397	4 606	4 206	4 186	3 855	3 983
* Vorerzeugnisse	Mio. EUR	1 328	1 081	1 094	1 097	1 134	1 119	1 212	1 103	1 085
* Enderzeugnisse	Mio. EUR	3 093	3 179	3 067	3 300	3 472	3 088	2 974	2 752	2 898
davon nach										
* Europa	Mio. EUR	3 514	3 454	3 482	3 575	3 776	3 582	3 571	3 253	3 395
darunter in/nach										
EU-Länder (27)	Mio. EUR	2 955	2 910	2 979	3 013	3 184	3 027	3 014	2 722	2 883
Belgien	Mio. EUR	280	236	233	234	239	235	232	240	242
Luxemburg	Mio. EUR	59	61	64	63	67	62	70	57	63
Dänemark	Mio. EUR	57	58	53	52	57	54	53	52	59
Finnland	Mio. EUR	38	35	40	37	37	34	45	36	33
Frankreich	Mio. EUR	509	517	523	523	578	513	508	454	514
Griechenland	Mio. EUR	97	75	92	66	89	116	124	77	92
Irland	Mio. EUR	31	28	27	38	19	43	23	29	29
Italien	Mio. EUR	317	299	294	331	339	328	302	270	289
Niederlande	Mio. EUR	346	360	423	359	423	330	360	315	335
Österreich	Mio. EUR	208	194	190	196	214	198	203	179	171
Schweden	Mio. EUR	80	82	77	90	87	77	77	73	81
Spanien	Mio. EUR	223	237	229	239	260	245	271	240	258
Portugal	Mio. EUR	34	37	44	45	48	33	29	31	31
Großbritannien	Mio. EUR	218	215	186	216	233	200	191	183	190
* Afrika	Mio. EUR	138	136	118	146	142	145	130	135	128
* Amerika	Mio. EUR	761	704	629	715	757	691	721	641	670
darunter nach USA	Mio. EUR	518	483	420	509	535	447	497	423	438
* Asien	Mio. EUR	655	668	642	710	674	572	613	624	604
darunter nach China	Mio. EUR	180	165	161	179	160	186	180	165	152
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mio. EUR	60	64	59	69	63	56	71	51	66

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mio. EUR	4 075	3 860	3 942	4 045	4 157	3 939	3 928	3 631	3 853
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. EUR	402	423	492	486	444	422	413	396	408
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. EUR	3 502	3 181	3 211	3 276	3 436	3 180	3 125	2 940	3 058
davon										
* Rohstoffe	Mio. EUR	52	43	47	45	53	33	43	35	44
* Halbwaren	Mio. EUR	357	337	384	448	342	380	393	364	296
* Fertigwaren	Mio. EUR	3 093	2 801	2 781	2 783	3 041	2 767	2 689	2 541	2 718

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.



noch: Außenhandel¹

Einfuhr (Generalhandel)²

Einheit	2022	2023				2024				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mio. EUR	798	627	715	665	637	612	657	562	673
* Enderzeugnisse	Mio. EUR	2 295	2 174	2 066	2 119	2 404	2 155	2 032	1 979	2 046
davon aus										
* Europa	Mio. EUR	2 823	2 737	2 745	2 794	2 884	2 794	2 822	2 590	2 778
darunter aus										
EU-Ländern (27)	Mio. EUR	2 474	2 394	2 426	2 474	2 506	2 482	2 484	2 322	2 496
Belgien	Mio. EUR	337	291	327	334	291	314	333	304	297
Luxemburg	Mio. EUR	55	59	64	63	54	53	64	52	60
Dänemark	Mio. EUR	40	37	34	33	33	49	36	45	43
Finnland	Mio. EUR	17	18	16	17	15	15	16	12	19
Frankreich	Mio. EUR	354	334	346	302	380	322	326	280	315
Griechenland	Mio. EUR	25	22	24	19	19	17	13	20	9
Irland	Mio. EUR	50	27	19	31	27	22	26	21	29
Italien	Mio. EUR	258	252	265	278	281	236	242	233	274
Niederlande	Mio. EUR	335	311	317	346	317	294	347	301	314
Österreich	Mio. EUR	160	144	129	126	170	132	144	115	159
Schweden	Mio. EUR	31	35	42	36	40	35	39	31	37
Spanien	Mio. EUR	173	209	184	186	192	319	186	282	302
Portugal	Mio. EUR	36	40	35	49	44	45	41	48	43
Großbritannien	Mio. EUR	74	81	66	62	108	74	92	70	65
* Afrika	Mio. EUR	94	75	83	113	53	95	86	101	98
* Amerika	Mio. EUR	355	323	432	361	354	352	340	333	299
darunter aus USA	Mio. EUR	269	255	375	295	276	279	267	230	218
* Asien	Mio. EUR	793	707	661	751	846	684	665	592	660
darunter aus China	Mio. EUR	422	353	312	380	374	321	316	317	320
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mio. EUR	9	14	16	21	17	9	9	10	11

Gewerbeanzeigen³

Einheit	2022	2023				2024				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 624	2 906	2 418	2 878	2 860	2 976	2 883	2 565	2 907
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	415	402	361	372	402	463	434	389	476
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 739	2 015	1 686	2 033	2 007	2 027	1 973	1 798	1 954
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 282	2 571	1 911	2 247	2 254	2 417	2 369	2 085	2 383
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	323	339	210	299	269	353	361	284	365
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 510	1 760	1 340	1 523	1 568	1 586	1 555	1 433	1 529

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

**Insolvenzen**

	Einheit	2022	2023			2024				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Insgesamt	Anzahl	397	410	359	475	408	449	460	455	432
davon										
* Unternehmen	Anzahl	50	62	48	60	60	83	71	71	67
* Verbraucher	Anzahl	244	233	212	272	244	247	276	244	267
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	86	96	88	117	88	98	92	110	84
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	17	19	11	26	16	21	21	30	14
* Voraussichtliche Forderungen	Mio. EUR	89	144	62	163	86	116	61	75	79

Handwerk²

	Einheit	2022	2023	2023				2024		
		Durchschnitt	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	
* Beschäftigte ³	2020=100 ⁴	97,3	96,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2020=100 ⁶	124,7	101,5

Preise

	Einheit	2022	2023			2024				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2020=100	109,8	116,2	116,3	116,6	117,0	119,3	119,3	119,6	119,5
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2020=100	102,8	104,3	104,3	104,4	104,5	107,5	107,5	107,6	107,8

Verdienste⁷**Monatlicher
Nominallohnindex⁸**

	Einheit	2022	2023				2024			
		Juli	April	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Monatlicher Nominallohnindex ⁸	2022=100	95,9	104,0	109,6	108,6	100,9	112,0	110,6	111,0	107,5

**Vierteljährlicher
Nominallohnindex^{8,9}**

	Einheit	2022	2023	2023				2024		
		Durchschnitt	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	
* Vierteljährlicher Nominallohnindex ^{8,9}	2022=100	100	103,1	114,5	95,9	105,3	98,2	112,9	102,8	109,1
* Frauen	2022=100	(100)	103,9	(116,1)	96,8	103,8	99,1	116,0	104,1	108,5
* Männer	2022=100	(100)	102,7	(113,6)	95,5	106,1	97,8	111,2	102,1	109,5
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2022=100	(100)	104,5	(109,5)	100,9	101,6	102,3	113,2	106,6	108,9
* Produzierendes Gewerbe	2022=100	(100)	104,6	(108,8)	96,2	110,4	97,7	114,1	102,4	112,1
* Dienstleistungsbereich	2022=100	(100)	102,2	(117,4)	95,7	102,7	98,4	112,1	102,9	107,5

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Bis 2021: im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich; ab 2022: in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. – 8 Nominallohnindex: Grundlage der Berechnung des Index sind die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. – 9 Der vierteljährliche Nominallohnindex errechnet sich nicht aus den monatlichen Nominallohnindizes, da bei der vierteljährlichen Berechnung auch Dateneingänge berücksichtigt werden, die zum jeweiligen Monatsabschluss noch nicht vorlagen.



Geld und Kredit¹

	Einheit	2021	2022		2023			2024		
		Durchschnitt	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
Kredite an Nichtbanken	Mio. EUR	125 993	141 882	154 395	155 394	156 498	156 795	156 305	156 109	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mio. EUR	7 646	9 816	10 931	11 226	10 851	11 240	10 395	10 980	...
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mio. EUR	7 500	9 138	11 795	12 038	12 229	12 491	12 081	11 490	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mio. EUR	110 847	122 928	131 669	132 130	133 418	133 064	133 829	133 639	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mio. EUR	123 160	136 799	146 110	146 973	147 670	148 594	148 394	148 639	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mio. EUR	115 551	128 985	138 126	138 763	139 653	140 254	140 132	140 339	...
öffentliche Haushalte	Mio. EUR	7 608	7 815	7 984	8 210	8 017	8 340	8 262	8 300	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mio. EUR	2 833	5 083	8 285	8 421	8 828	8 201	7 911	7 470	...
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mio. EUR	136 413	141 337	143 161	140 024	138 526	138 135	141 980	140 220	...
Sichteinlagen	Mio. EUR	94 508	98 466	99 480	94 385	90 351	87 260	86 613	83 417	...
Termineinlagen	Mio. EUR	15 117	16 593	17 768	20 061	22 340	24 645	27 993	29 165	...
Sparbriefe	Mio. EUR	1 503	1 599	1 952	3 110	4 647	6 148	8 089	9 107	...
Spareinlagen	Mio. EUR	25 285	24 679	23 961	22 468	21 188	20 082	19 285	18 531	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mio. EUR	134 492	139 084	141 025	137 953	136 530	136 112	139 932	138 033	...
Unternehmen und Privat- personen	Mio. EUR	130 373	134 500	136 426	133 505	132 392	131 840	134 551	133 644	...
öffentliche Haushalte	Mio. EUR	4 120	4 585	4 599	4 448	4 138	4 272	5 381	4 389	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mio. EUR	1 920	2 253	2 136	2 071	1 996	2 023	2 048	2 187	...

Steuern

	Einheit	2022	2023			2024				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mio. EUR	6 516	6 027	6 063	6 129	5 925	5 058	6 301	6 189	5 384
Steuern vom Einkommen	Mio. EUR	1 730	1 707	1 158	2 363	1 441	851	2 416	2 271	1 102
Lohnsteuer	Mio. EUR	1 067	1 144	1 373	1 049	905	851	1 537	933	992
Lohnsteuer-Zerlegung	Mio. EUR	209	212	502	-	-	-	658	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mio. EUR	271	264	-38	669	10	-21	-22	654	-8
Kapitalertragsteuer	Mio. EUR	146	130	62	306	507	41	658	278	119

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

**noch: Steuern**

Einheit	2022	2023				2024				
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mio. EUR	27	27	72	-4	10	20	178	12	21
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mio. EUR	21	20	67	-	-	-	168	-	-
Körperschaftsteuer	Mio. EUR	219	141	-311	343	11	-39	65	394	-22
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mio. EUR	-72	-9	-99	-	-	-	42	-	-
Steuern vom Umsatz	Mio. EUR	4 785	4 320	4 905	3 766	4 484	4 207	3 885	3 918	4 282
Umsatzsteuer	Mio. EUR	493	502	754	149	740	625	277	233	640
Einfuhrumsatzsteuer	Mio. EUR	4 292	3 818	4 151	3 617	3 744	3 582	3 608	3 686	3 642
Zölle	Mio. EUR	327	259	237	265	277	247	248	241	232
Bundessteuern	Mio. EUR	47	45	18	57	24	17	20	60	11
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mio. EUR	3	7	10	-9	6	2	-5	-5	-6
Solidaritätszuschlag	Mio. EUR	43	38	8	66	19	14	25	65	17
Landessteuern	Mio. EUR	123	103	89	171	79	102	96	101	277
Erbschaftsteuer	Mio. EUR	40	36	36	102	23	35	30	31	209
Grunderwerbsteuer	Mio. EUR	56	43	37	36	37	48	48	37	50
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mio. EUR	22	19	14	27	15	14	15	27	14
Feuerschutzsteuer	Mio. EUR	3	3	2	2	2	2	1	3	2
Biersteuer	Mio. EUR	2	2	0	5	3	2	2	3	3

Einheit	2022	2023	2022	2023				2024		
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	
Gemeindesteuern										
Grundsteuer A	Mio. EUR	1 183	914	1 067	1 087	754	872	945	1 076	882
Grundsteuer B	Mio. EUR	5	5	4	5	5	7	4	5	5
Gewerbesteuer (brutto)	Mio. EUR	162	179	152	159	185	206	166	174	191
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mio. EUR	994	705	888	897	537	632	752	871	659
	Mio. EUR	22	25	23	26	26	27	23	26	27

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.



noch: Steuern

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeinde- verbände

Einheit	2022	2023	2022	2023				2024		
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	
Mio. EUR	1 677	1 491	2 013	1 123	1 368	1 394	2 078	1 049	1 442	
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mio. EUR	877	641	721	892	451	585	636	861	576
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mio. EUR	527	554	940	42	637	480	1 057	-7	565
Anteil an der Umsatzsteuer	Mio. EUR	85	86	173	-	63	89	192	-10	78

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2022	2023			2024					
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
Mio. EUR	1 343	1 359	920	2 189	1 230	1 075	1 439	1 246	1 372	
Landessteuern	Mio. EUR	123	103	89	171	79	102	96	101	277
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mio. EUR	674	652	353	959	555	268	948	941	381
Lohnsteuer	Mio. EUR	366	390	449	353	292	268	518	304	328
veranlagte Einkommensteuer	Mio. EUR	115	112	-16	284	4	-9	-9	278	-3
Kapitalertragsteuer	Mio. EUR	72	67	44	152	250	19	329	157	58
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mio. EUR	12	12	32	-2	4	9	78	5	9
Körperschaftsteuer	Mio. EUR	110	70	-156	172	5	-19	33	197	-11
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mio. EUR	524	591	478	1 055	568	657	395	204	681
Umsatzsteuer	Mio. EUR	287	392	424	839	417	490	217	16	502
Einfuhrumsatzsteuer	Mio. EUR	237	199	53	216	152	166	178	188	179
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mio. EUR	16	9	0	3	19	34	0	-	23
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mio. EUR	7	4	0	1	8	14	0	-	10

Steuereinnahmen des Bundes

Mio. EUR	3 262	3 025	2 998	3 084	2 980	2 426	3 063	3 067	2 559	
Bundessteuern	Mio. EUR	47	45	18	57	24	17	20	60	11
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mio. EUR	762	745	474	1 052	651	361	1 083	1 015	475
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mio. EUR	2 437	2 226	2 507	1 972	2 286	2 014	1 960	1 992	2 049
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mio. EUR	16	9	0	3	19	34	0	-	23



Unsere Produkte und Informationsangebote



Newsletter

Mit unserem kostenlosen Newsletter erhalten Sie regelmäßig eine Übersicht der aktuellen Neuigkeiten sowie unserer neu erschienenen Veröffentlichungen



Statistische Monatshefte

Statistische Ergebnisse und Analysen, sowie die Einordnung in den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kontext



Statistische Berichte

Ergebnisse aus den verschiedenen Erhebungen des Statistischen Landesamtes



Analysen

Ausführliche Betrachtung ausgewählter Themen wie Wirtschaftsentwicklung und demografischer Wandel



Faltblätter & Broschüren

Mit Tabellen und Grafiken werden statistische Sachverhalte leicht verständlich erläutert



Gemeinschaftsveröffentlichungen

Vergleichbare statistische Daten über die Grenzen der Bundesländer hinweg



MATS

Ergebnispräsentation über Dashboards und interaktive Tabellen (ersetzen nach und nach die Statistischen Berichte)



Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel
Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz
Titelfoto: © Garnar – stock.adobe.com
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/publikationen/monatshefte